

Grundsätze und Konsolidierungskreis

1 Zusammenfassung der Rechnungslegungsgrundsätze

1.1 Allgemeine Angaben

BASF SE (Registergericht: Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein; Eintragsnummer: HRB 6000) ist eine börsennotierte Kapitalgesellschaft mit Sitz in Ludwigshafen am Rhein. Die Anschrift ist Carl-Bosch-Straße 38, 67056 Ludwigshafen am Rhein, Deutschland.

Der Konzernabschluss der BASF SE zum 31. Dezember 2017 wurde nach den Vorschriften der am Abschlussstichtag gültigen International Financial Reporting Standards (IFRS) des International Accounting Standards Board (IASB) und den gemäß § 315a Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB) ergänzend anzuwendenden Regelungen aufgestellt. Die Anwendung der IFRS erfolgt grundsätzlich erst, nachdem sie durch die Europäische Union anerkannt wurden. Alle für das Geschäftsjahr 2017 verbindlichen IFRS und Verlautbarungen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) wurden angewendet.

Der Konzernabschluss ist in Euro aufgestellt. Alle Beträge einschließlich der Vorjahreszahlen werden in Millionen Euro angegeben, sofern nicht anders gekennzeichnet.

Die Abschlüsse der einbezogenen Gesellschaften sind zum Bilanzstichtag des Konzernabschlusses aufgestellt. Die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen im Wesentlichen denen des Jahres 2016. Hier- von ausgenommen sind Änderungen, die sich durch die Anwendung neuer beziehungsweise überarbeiteter Rechnungslegungsstandards ergeben haben.

Der Vorstand der BASF SE hat diesen Abschluss in seiner Sitzung am 19. Februar 2018 aufgestellt, den aufgestellten Abschluss dem Aufsichtsrat zur Prüfung und Billigung vorgelegt und zur Veröffentlichung freigegeben.

1.2 Änderungen in der Rechnungslegung

Im Jahr 2017 erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Änderungen an IAS 7 „Angabeninitiative“

Die Änderungen haben zum Ziel, die Information über die Veränderung der Verschuldung des Unternehmens zu verbessern. Danach hat ein Unternehmen Angaben über die Entwicklung solcher Finanzverbindlichkeiten und dazugehöriger finanzieller Vermögenswerte zu machen, deren Einzahlungen und Auszahlungen in der Kapitalflussrechnung im Cash-flow aus Finanzierungstätigkeit gezeigt werden.

☞ Zu einer Überleitungsrechnung siehe Anmerkung 29 ab Seite 229

Änderungen an IAS 12 „Ansatz von latenten Steueransprüchen für nicht realisierte Verluste“

Die Änderungen an IAS 12 zielen insbesondere darauf ab, die Bilanzierung latenter Steueransprüche aus nicht realisierten Verlusten bei zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten klarzustellen. Die Anwendung hat keine wesentlichen Auswirkungen auf BASF.

Verbesserungen zu IFRS 2014 2016: Durch die „Annual Improvements to IFRSs (2014–2016)“ wurden drei IFRS geändert, von denen nur die folgende Änderung im Jahr 2017 anzuwenden war: In IFRS 12 wird klargestellt, dass die Angaben grundsätzlich auch für solche Anteile an Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen oder assoziierten Unternehmen gelten, die als zur Veräußerung gehalten im Sinne des IFRS 5 klassifiziert werden; eine Ausnahme hiervon bilden die Angaben nach IFRS 12.B10 – B16 (Finanzinformationen). Die Klarstellung hat keine Auswirkungen auf BASF.

Noch nicht zu berücksichtigende IFRS und IFRIC

Die Auswirkungen der im Jahr 2017 noch nicht in Kraft getretenen beziehungsweise von der Europäischen Union noch nicht anerkannten IFRS und IFRIC auf den Abschluss der BASF-Gruppe wurden geprüft und werden nachfolgend erläutert.

IFRS 9 „Finanzinstrumente“

Am 24. Juli 2014 veröffentlichte das IASB die endgültige Fassung von IFRS 9 „Finanzinstrumente“, der neue Vorschriften zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten, grundlegende Änderungen bezüglich der Bilanzierung von Wertminderungen bestimmter finanzieller Vermögenswerte sowie überarbeitete Regelungen zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen enthält. Die Übernahme durch die Europäische Union erfolgte am 29. November 2016. IFRS 9 ist anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. BASF wird IFRS 9 somit erstmalig zum 1. Januar 2018 anwenden.

Bei der Bewertung von Finanzinstrumenten hält IFRS 9 an den bisherigen Wertmaßstäben „fortgeführte Anschaffungskosten“ und „beizulegender Zeitwert“ fest und unterscheidet weiterhin zwischen einer erfolgswirksamen oder erfolgsneutralen Erfassung von Zeitwertänderungen. Die Zuordnung finanzieller Vermögenswerte zu diesen Bewertungskategorien basiert künftig zum einen auf dem Geschäftsmodell, nach dem Portfolios finanzieller Vermögenswerte gesteuert werden. Zum anderen hängt sie von der sogenannten Zahlungsstrombedingung ab, das heißt der konkreten Ausgestaltung der vertraglich vereinbarten Zahlungsströme eines einzelnen finanziellen Vermögenswerts.

Die Erfassung von Wertminderungen ist künftig für nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte in Höhe der erwarteten Verluste vorzunehmen. Diese sind in Abhängigkeit der Veränderung des Kreditausfallrisikos des Kontrahenten zu ermitteln. Der Wertminderungsansatz sieht grundsätzlich ein dreistufiges Modell zur Ermittlung der Wertminderungen vor. Für bestimmte Finanzinstrumente, wie zum Beispiel Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, gilt ein vereinfachter Ansatz mit einem zweistufigen Modell zur Ermittlung von Wertminderungen.

IFRS 9 enthält zudem neue Regelungen zur Anwendung von Hedge Accounting, um die Risikomanagementaktivitäten eines Unternehmens besser darzustellen, insbesondere im Hinblick auf die Steuerung von nichtfinanziellen Risiken.

Die Neuregelungen zur Klassifizierung und Bewertung können sich ebenfalls auf die bilanzielle Behandlung von sonstigen Beteiligungen auswirken, welche künftig gemäß IFRS 9.B5.2.3 ausschließlich zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind.

Durch die mit IFRS 9 eingeführte Zahlungsstrombedingung, die bei der Klassifizierung finanzieller Vermögenswerte zu berücksichtigen ist, kann es dazu kommen, dass finanzielle Vermögenswerte, die unter IAS 39 zu fortgeführten Anschaffungskosten oder erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, künftig erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind. Auswirkungen hieraus ergeben sich bei BASF bei Wertpapieren, die bisher als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte eingestuft sind und somit erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

Die Ermittlung erwarteter Verluste auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erfolgt künftig bei BASF im Wesentlichen auf Basis interner oder externer Kundenratings und den damit korrelierenden Ausfallwahrscheinlichkeiten.

Darüber hinaus ist das neue Wertminderungsmodell auch für weitere Finanzinstrumente anzuwenden, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wie beispielsweise Bankguthaben, Darlehensforderungen und sonstige Forderungen. Im Rahmen der Ermittlung von Wertminderungen wird im Wesentlichen ebenfalls auf interne oder externe Ratings des jeweiligen Kontrahenten zurückgegriffen. Da auf die genannten Vermögenswerte unter IAS 39 keine Einzelwertberichtigungen ermittelt wurden, resultierten insoweit aus der Erstanwendung von IFRS 9 zusätzliche Wertminderungen.

In Bezug auf die Neuregelungen zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen geht BASF davon aus, dass prinzipiell alle bestehenden Sicherungsbeziehungen unter IFRS 9 fortgeführt werden können.

Wesentliche sonstige Beteiligungen werden bei BASF künftig in Übereinstimmung mit IFRS 9 zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Ein wesentlicher Umstellungseffekt wird in diesem Zusammenhang nicht erwartet.

Die Erstanwendung von IFRS 9 erfolgt entsprechend der modifiziert retrospektiven Methode. BASF erwartet hierdurch einen eigenkapitalmindernden Effekt zwischen 30 und 40 Millionen €, der zum 1. Januar 2018 unmittelbar im Eigenkapital erfasst wird. Dieser resultiert im Wesentlichen aus der Erfassung von Wertminderungen auf Forderungen aus Lieferungen

und Leistungen. Die erwarteten Auswirkungen repräsentieren einen Schätzwert, der von den tatsächlichen Auswirkungen abweichen kann.

IFRS 15 „Umsatzerlöse aus Kundenverträgen“

Das IASB hat am 28. Mai 2014 den neuen Standard zur Umsatzrealisierung IFRS 15 veröffentlicht. Dieser wurde durch die Europäische Union im dritten Quartal 2016 in europäisches Recht übernommen. Die Zielsetzung des Standards ist insbesondere, die bisherigen Regelungen zu vereinheitlichen und somit die Transparenz und Vergleichbarkeit von Finanzinformationen zu verbessern. Nach IFRS 15 sind Umsatzerlöse dann zu realisieren, wenn der Kunde die Verfügungsmacht über die vereinbarten Güter und Dienstleistungen erlangt und Nutzen aus diesen ziehen kann. Die Umsatzerlöse sind mit dem Betrag der Gegenleistung zu bewerten, die das Unternehmen zu erhalten erwartet. Die Regelungen und Definitionen des IFRS 15 ersetzen künftig die Inhalte des IAS 11, IAS 18 und IFRIC 13. Der neue Standard ist anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Die Auswirkungen des neuen Standards, einschließlich der nachträglich verabschiedeten Klarstellungen, auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der BASF wurden untersucht. Hierzu wurde eine konzernweite Analyse durchgeführt.

Die Analyse hat ergeben, dass Umsatzerlöse aus Lizenzen, welche über einen Zeitraum realisiert werden, nach IFRS 15 in der Bilanz anders ausgewiesen werden. Die Abgrenzung erfolgt derzeit als passiver Rechnungsabgrenzungsposten. Unter IFRS 15 erfolgt der Ausweis in der neu eingeführten Bilanzposition „Vertragliche Verbindlichkeiten“. Im Zuge der Umstellung auf IFRS 15 wird zum 1. Januar 2018 eine Umgliederung in Höhe von circa 100 Millionen € erwartet.

Auf Basis der Untersuchungen erwartet BASF keine weiteren wesentlichen Auswirkungen auf ihre Ertrags- und Vermögenslage. Die geringe Auswirkung des IFRS 15 ist darauf zurückzuführen, dass aus den Verträgen mit Kunden der BASF üblicherweise lediglich jeweils eine Leistungsverpflichtung resultiert und diese zu einem bestimmten Zeitpunkt erfüllt wird.

BASF wird IFRS 15 erstmals ab dem 1. Januar 2018 anwenden. Die Erstanwendung wird nach der modifizierten retrospektiven Methode erfolgen. Mit der Einführung des neuen Standards wird es neben der Änderung in der Bilanz, in Form der neuen Bilanzpositionen „Vertragliche Vermögenswerte“ und „Vertragliche Verbindlichkeiten“, zusätzliche quantitative und qualitative Anhangangaben geben.

IFRS 16 „Leasingverhältnisse“

Das IASB hat am 13. Januar 2016 den neuen Leasingstandard IFRS 16 veröffentlicht. Die Regelungen und Definitionen des IFRS 16 ersetzen künftig die Inhalte des IAS 17, IFRIC 4, SIC-15 und SIC-27. Der Standard sieht für den Leasingnehmer ein Bilanzierungsmodell vor, in dem sämtliche Nutzungsrechte an Vermögenswerten und Verbindlichkeiten aus Leasingvereinbarungen in der Bilanz zu erfassen sind, es sei denn, die Laufzeit beträgt zwölf Monate oder weniger oder es handelt sich um einen Vermögenswert mit einem Betrag von geringem Wert (bis 5.000 USD). Für Leasinggeber unterscheidet sich das Bilanzierungsmodell nicht wesentlich von jenem in IAS 17

„Leasingverhältnisse“. Die Übernahme des neuen Standards durch die Europäische Union erfolgte im vierten Quartal 2017. Der neue Standard ist anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen. BASF plant keine vorzeitige Anwendung.

BASF hat mit einer Beurteilung der möglichen Auswirkungen auf ihren Konzernabschluss begonnen und plant, die Erleichterungen in Anspruch zu nehmen. Dennoch ist davon auszugehen, dass eine erhebliche Anzahl der Leasingvereinbarungen, die heute Operating-Leasingverhältnisse darstellen, bilanziell zu erfassen sind. Neben der Erhöhung der Bilanzsumme der BASF wird sich die Art der Aufwendungen, die mit den Operating-Leasingverhältnissen verbunden sind, ändern, da IFRS 16 die linearen Aufwendungen für Operating-Leasingverhältnisse durch einen Abschreibungsaufwand für Nutzungsrechte (right-of-use assets) und Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten aus dem Leasingverhältnis ersetzt. BASF plant, die Anpassungen, die sich aus dem Übergang durch Anwendung der modifiziert retrospektiven Methode auf IFRS 16 ergeben, als kumulativen Effekt direkt in den übrigen Gewinnrücklagen zum 1. Januar 2019 ohne Anpassung der Vergleichsinformationen zu erfassen.

📖 Mehr zu Leasing siehe Anmerkung 28 ab Seite 228

Verbesserungen zu IFRS 2014–2016: Durch die „Annual Improvements to IFRSs (2014–2016)“ wurden drei IFRS geändert, von denen die beiden folgenden Änderungen erst ab dem 1. Januar 2018 verpflichtend anzuwenden sind: In IAS 28 wird klargestellt, dass das Wahlrecht zur Bewertung einer Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen oder Gemeinschaftsunternehmen, das von einer Wagniskapitalgesellschaft oder einem anderen qualifizierenden Unternehmen gehalten wird, je Beteiligung unterschiedlich ausgeübt werden kann. Darüber hinaus erfolgte die Streichung der befristeten Erleichterungsvorschriften in IFRS 1, Appendix E (IFRS 1.E3–E7) für erstmalige IFRS-Anwender. Die Änderungen wurden im ersten Quartal 2018 in EU-Recht übernommen. Die Änderungen haben keine Auswirkungen auf BASF.

Änderungen an IAS 28 „Langfristige Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen“

Am 12. Oktober 2017 hat das IASB Änderungen zur Bilanzierung von langfristigen Anteilen an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen veröffentlicht. Die Änderungen von IAS 28 stellen klar, dass IFRS 9 auf langfristige Anteile an assoziierten Unternehmen oder Gemeinschaftsunternehmen anzuwenden ist, die nicht at Equity bilanziert werden. Die Änderung ist – vorbehaltlich einer Übernahme in EU-Recht – ab dem 1. Januar 2019 verpflichtend anzuwenden. Die Auswirkungen werden unter „IFRS 9 – Finanzinstrumente“ in der Anhangangabe „1.2 Änderungen in der Rechnungslegung“ erläutert.

Das IASB hat noch weitere Änderungen zu Standards und Interpretationen herausgegeben, deren Anwendung noch nicht verpflichtend ist und deren Übernahme in das EU Recht (Endorsement) noch nicht erfolgt ist. Voraussichtlich werden diese Änderungen keinen wesentlichen Einfluss auf die

Berichterstattung der BASF haben. BASF plant keine vorzeitige Anwendung der Änderungen.

Änderungen an IFRS 10 und IAS 28 – „Veräußerung oder Einbringung von Vermögenswerten zwischen einem Investor und einem assoziierten Unternehmen oder Joint Venture“

Das IASB hat am 11. September 2014 Änderungen an IFRS 10 und IAS 28 veröffentlicht. Die Änderungen adressieren eine bekannte Inkonsistenz zwischen den Vorschriften des IFRS 10 und des IAS 28 (2011) für den Fall der Veräußerung von Vermögenswerten an ein assoziiertes Unternehmen oder ein Gemeinschaftsunternehmen beziehungsweise der Einlage von Vermögenswerten in ein assoziiertes Unternehmen oder ein Gemeinschaftsunternehmen.

Der Erstanwendungszeitpunkt wurde durch das IASB auf unbestimmte Zeit verschoben.

Änderungen an IFRS 2 „Klassifizierung und Bewertung von anteilsbasierten Vergütungen“:

Die Änderungen beschäftigen sich mit einzelnen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Bilanzierung von anteilsbasierten Vergütungen mit Barausgleich. Die Änderung betrifft die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der aus anteilsbasierten Vergütungen resultierenden Verpflichtungen. Die Änderungen sind – vorbehaltlich einer Übernahme in EU-Recht – auf Vergütungen anzuwenden, die in Geschäftsjahren gewährt beziehungsweise geändert werden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen.

Änderungen an IFRS 9 „Finanzielle Vermögenswerte mit einer negativen Vorfälligkeitsentschädigung“

Die Anpassungen betreffen eine begrenzte Anpassung der für die Klassifikation von finanziellen Vermögenswerten relevanten Beurteilungskriterien. Finanzielle Vermögenswerte mit einer negativen Vorfälligkeitsentschädigung dürfen unter bestimmten Voraussetzungen zu fortgeführten Anschaffungskosten oder erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert im sonstigen Ergebnis anstatt erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden.

Die Änderungen sind – vorbehaltlich einer Übernahme in EU-Recht – zum 1. Januar 2019 erstmalig anzuwenden.

Änderungen an IFRIC 22 „Transaktionen in fremder Währung und im Voraus gezahlte Gegenleistungen“:

IFRIC 22 adressiert eine Anwendungsfrage zu IAS 21 „Auswirkungen von Wechselkursänderungen“. Klargestellt wird, auf welchen Zeitpunkt der Wechselkurs für die Umrechnung von Transaktionen in Fremdwährungen zu ermitteln ist, die erhaltene oder geleistete Anzahlungen beinhalten. Maßgeblich für die Umrechnung des zu Grunde liegenden Vermögenswerts, Ertrags oder Aufwands ist danach der Wechselkurs, der zum Zeitpunkt, zu dem der aus der Vorauszahlung resultierende Vermögenswert beziehungsweise die Schuld erstmals erfasst wurde, relevant war. Die Interpretation ist – vorbehaltlich einer Übernahme in EU-Recht – erstmals in der ersten Berichtsperiode eines am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnenden Geschäftsjahres anzuwenden.

IFRIC 23 „Bilanzierung von Unsicherheiten in Bezug auf Ertragsteuern“: IFRIC 23 ergänzt die Regelungen in IAS 12 hinsichtlich der Berücksichtigung von Unsicherheiten bezüglich der ertragsteuerlichen Behandlung von Sachverhalten und Transaktionen. IFRIC 23 ist – vorbehaltlich einer Übernahme in EU-Recht – erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen.

Verbesserungen zu IFRS 2015–2017: Durch die „Annual Improvements to IFRSs (2015–2017)“ wurden vier IFRS geändert.

In IFRS 3 wird klargestellt, dass ein Unternehmen bei Erlangung der Beherrschung über einen Geschäftsbetrieb, an dem es zuvor im Rahmen einer gemeinsamen Tätigkeit (Joint Operation) beteiligt war, die Grundsätze für sukzessive Unternehmenszusammenschlüsse anzuwenden hat. Der bislang vom Erwerber gehaltene Anteil ist neu zu bewerten.

In IFRS 11 wird festgelegt, dass eine Partei bei Erlangung einer gemeinschaftlichen Führung (joint control) an einem Geschäftsbetrieb, an dem sie zuvor im Rahmen einer gemeinschaftlichen Tätigkeit (Joint Operation) beteiligt war, den bisher gehaltenen Anteil nicht neu bewertet.

IAS 12 wird dahingehend geändert, dass alle ertragsteuerlichen Konsequenzen von Dividendenzahlungen in gleicher Weise zu berücksichtigen sind, wie die Erträge, auf denen die Dividenden beruhen.

Zuletzt wird im IAS 23 festgelegt, dass bei der Bestimmung des Finanzierungskostensatzes, wenn ein Unternehmen allgemein Mittel für die Beschaffung von qualifizierenden Vermögenswerten aufgenommen hat, Kosten für Fremdkapital, das speziell im Zusammenhang mit der Beschaffung von qualifizierenden Vermögenswerten aufgenommen wurde, bis zu deren Fertigstellung nicht zu berücksichtigen sind.

Die Änderungen sind – vorbehaltlich einer Übernahme in EU-Recht – erstmals in der ersten Berichtsperiode eines am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnenden Geschäftsjahres anzuwenden.

1.3 Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Konsolidierungskreis: Der Konsolidierungskreis basiert auf der Anwendung der Standards IFRS 10 und 11.

Nach IFRS 10 besteht ein Konzern aus einem Mutterunternehmen und seinen Tochterunternehmen, die von dem Mutterunternehmen beherrscht werden. „Beherrschung“ über ein Beteiligungsunternehmen setzt die gleichzeitige Erfüllung der folgenden drei Kriterien voraus:

- Entscheidungsmacht des Mutterunternehmens über die maßgeblichen Tätigkeiten des Beteiligungsunternehmens,
- variable Rückflüsse aus dem Beteiligungsunternehmen gehen dem Mutterunternehmen zu sowie
- Fähigkeit des Mutterunternehmens, seine Entscheidungsmacht zur Beeinflussung der variablen Rückflüsse einsetzen zu können.

Auf Basis der Corporate Governance und eventuell bestehender Zusatzverträge werden für Gesellschaften deren maßgebliche Tätigkeiten, variable Rückflüsse und der Zusammenhang zwischen der Beeinflussbarkeit der maßgeblichen Tätigkeiten und den variablen Rückflüssen analysiert.

Nach IFRS 11, der die Bilanzierung von gemeinsamen Vereinbarungen (Joint Arrangements) regelt, wird zwischen Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures) und gemeinschaftlichen Tätigkeiten (Joint Operations) unterschieden. Im Falle von Joint Ventures sind die Partner aufgrund ihrer Gesellschafterstellung am Reinvermögen eines gemeinschaftlich geführten rechtlich selbständigen Unternehmens beteiligt. Bei Joint Operations haben die gemeinschaftlich beherrschenden Parteien unmittelbare Rechte an den Vermögenswerten und Verpflichtungen für die Verbindlichkeiten aus der Vereinbarung. Diese Voraussetzung ist insbesondere dann erfüllt, wenn die Produktion des Joint Arrangements nahezu vollständig an die Partner veräußert wird und die Partner dadurch die laufende Finanzierung des Joint Arrangements sicherstellen.

Bei Gesellschaften, die nach der Analyse der Corporate-Governance-Strukturen als Joint Arrangement eingestuft werden, wird untersucht, ob die Kriterien für ein Joint Venture oder für eine Joint Operation gemäß IFRS 11 vorliegen. Sofern die Strukturierung mittels eines eigenständigen Vehikels erfolgt, werden dessen Rechtsform, die sonstigen vertraglichen Vereinbarungen sowie alle übrigen Fakten und Begleitumstände geprüft.

In den Konzernabschluss werden neben der BASF SE alle wesentlichen Tochterunternehmen voll und alle wesentlichen Joint Operations anteilmäßig einbezogen. Gesellschaften mit ruhender oder nur geringer Geschäftstätigkeit, die für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nur von untergeordneter Bedeutung sind, werden nicht konsolidiert, sondern unter Sonstige Beteiligungen ausgewiesen. Diese Gesellschaften werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und bei Wertminderung abgeschrieben. Die Summe des Vermögens sowie des Eigenkapitals dieser Gesellschaften beträgt weniger als 1 % des Konzernwerts.

Joint Ventures und assoziierte Unternehmen werden nach der **Equity-Methode** im Konzernabschluss bilanziert. Als assoziiert gelten Unternehmen, bei denen ein maßgeblicher Einfluss auf die Geschäfts- und Finanzpolitik ausgeübt werden kann und bei denen es sich nicht um Tochterunternehmen, Joint Ventures oder Joint Operations handelt. In der Regel liegt ein Kapitalanteil zwischen 20 % und 50 % vor. Das At-Equity-Ergebnis wird als Teil des Ergebnisses der Betriebstätigkeit (EBIT) ausgewiesen.

Konsolidierungsmethoden: Die in den Konzernabschluss übernommenen Vermögenswerte und Schulden der einbezogenen Gesellschaften werden einheitlich nach den hier beschriebenen Grundsätzen bilanziert und bewertet. Bei den nach der Equity-Methode bilanzierten Gesellschaften werden wesentliche Bewertungsabweichungen, die aus der Anwendung abweichender Rechnungslegungsgrundsätze gegenüber BASF resultieren, angepasst.

Innenbeziehungen sowie Zwischenergebnisse aus Lieferungen und Leistungen unter den einbezogenen Gesellschaften werden voll, bei Joint Operations anteilig eliminiert. Bei den nach der Equity-Methode bilanzierten Gesellschaften werden wesentliche Zwischenergebnisse eliminiert.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt zum Erwerbszeitpunkt nach der Erwerbsmethode. Dabei werden zunächst alle Vermögenswerte, Schulden und zusätzlich zu aktivierende immaterielle Vermögenswerte mit ihren beizulegenden Zeitwerten bewertet. Anschließend werden die Anschaffungskosten der Beteiligungen mit dem anteilig erworbenen, neu bewerteten Eigenkapital aufgerechnet. Hierbei entstehende positive Unterschiedsbeträge werden als Geschäfts- oder Firmenwerte aktiviert. Negative Unterschiedsbeträge werden nach nochmaliger Überprüfung sofort ergebniswirksam erfasst.

Die Anschaffungsnebenkosten eines Unternehmenszusammenschlusses werden in den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergebniswirksam erfasst.

Umrechnung von Fremdwährungsposten: Die Anschaffungskosten von Vermögenswerten aus Bezügen in fremder Währung und die Erlöse aus Verkäufen in fremder Währung werden zu Kursen zum Zeitpunkt der Buchung der Geschäftsvorfälle bestimmt. Forderungen und Verbindlichkeiten in fremder Währung werden zu Kursen am Abschlussstichtag bewertet. Die umrechnungsbedingten Änderungen von Vermögensposten und Fremdkapital werden ergebniswirksam erfasst und in den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen oder Erträgen, im Übrigen Finanzergebnis sowie für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in den Sonstigen Eigenkapitalposten ausgewiesen.

Umrechnung von Abschlüssen in fremder Währung: Die Währungsumrechnung richtet sich nach der funktionalen Währung der einbezogenen Gesellschaften. Für Gesellschaften, deren funktionale Währung nicht der Euro ist, erfolgt die Umrechnung in die Berichtswährung gemäß der Stichtagskursmethode: Bilanzposten werden zu Stichtagskursen am Abschlussstichtag, die Aufwendungen und Erträge zu Monatsdurchschnittskursen in Euro umgerechnet und im Jahreslauf kumuliert. Die Differenz zwischen dem zu historischen Kursen bei Einzahlung oder Einbehalt und dem zu Stichtagskursen am Abschlussstichtag umgerechneten Eigenkapital der Gesellschaften wird in den Sonstigen Eigenkapitalposten (Translationsanpassung) gesondert im Eigenkapital ausgewiesen und erst bei Abgang einer Gesellschaft ergebniswirksam berücksichtigt.

Bei einigen Gesellschaften außerhalb des Euro- oder US-Dollar-Raums bildet der Euro beziehungsweise der US-Dollar die funktionale Währung. In diesen Fällen erfolgt die Umrechnung der in Landeswährung aufgestellten Abschlüsse gemäß der Zeitbezugsmethode in die funktionale Währung: Alle nicht monetären Vermögenswerte sowie auf diese entfallenden Abschreibungen und das Eigenkapital werden zum jeweiligen Transaktionskurs umgerechnet. Alle übrigen Bilanzposten werden zu Stichtagskursen am Abschlussstichtag und alle übrigen Aufwendungen und Erträge zu Monatsdurchschnittskursen umgerechnet. Die entstehenden Umrechnungsdifferenzen werden ergebniswirksam in den Sonstigen betrieblichen Erträgen oder Aufwendungen erfasst. Sofern erforderlich, werden die in funktionaler Währung vorliegenden Abschlüsse anschließend gemäß der Stichtagskursmethode in die Berichtswährung umgerechnet.

Ausgewählte Wechselkurse (1 EUR entspricht)

	Stichtagskurse		Durchschnittskurse	
	31.12. 2017	31.12. 2016	2017	2016
Brasilien (BRL)	3,97	3,43	3,60	3,86
China (CNY)	7,80	7,32	7,63	7,35
Großbritannien (GBP)	0,89	0,86	0,88	0,82
Japan (JPY)	135,01	123,40	126,68	120,20
Malaysia (MYR)	4,85	4,73	4,85	4,58
Mexiko (MXN)	23,66	21,77	21,32	20,67
Norwegen (NOK)	9,84	9,09	9,33	9,29
Russland (RUB)	69,39	64,30	65,92	74,14
Schweiz (CHF)	1,17	1,07	1,11	1,09
Südkorea (KRW)	1.279,61	1.269,36	1.276,52	1.284,18
USA (USD)	1,20	1,05	1,13	1,11

1.4 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Erlösrealisierung

Umsatzerlöse werden bei Auslieferung der Erzeugnisse und Waren beziehungsweise bei Erbringung der Leistungen realisiert, wenn Eigentum und Risiken auf den Erwerber übergegangen sind. Sie werden zum beizulegenden Zeitwert der Gegenleistung bewertet. Umsatzerlöse werden ohne Verbrauchsteuern ausgewiesen. Dabei werden erwartete Rabatte oder sonstige Preisnachlässe abgegrenzt beziehungsweise in Abzug gebracht. Wahrscheinliche Risiken aus der Rücknahme von Erzeugnissen und Waren und aufgrund von Gewährleistungen oder sonstigen Reklamationen werden nach dem Grundsatz der Einzelbewertung zurückgestellt.

Erlöse aus dem Verkauf von Edelmetallen an industrielle Kunden werden zum Zeitpunkt der Lieferung als Umsatz und die entsprechenden Einstandspreise als Herstellungskosten ausgewiesen. Im Handel mit Edelmetallen und deren Derivaten mit nichtindustriellen Kunden, bei denen in der Regel keine physische Lieferung erfolgt, werden Erlöse mit den zugehörigen Kosten saldiert. Ebenso wird mit Erlösen aus der Vermarktung des Gases aus dem Gasfeld Juschno Russkoje verfahren.

Erträge aus dem Verkauf oder der Auslizenzierung von Technologien oder technologischem Wissen werden gemäß dem vertraglich vereinbarten Übergang der Rechte und Pflichten an den betreffenden Technologien ergebniswirksam erfasst.

Vermögen

Erworbene immaterielle Vermögenswerte (ohne Geschäfts- oder Firmenwert) mit bestimmbarer Nutzungsdauer werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Die jeweilige Nutzungsdauer bemisst sich anhand der Laufzeit des zu Grunde liegenden Vertrags oder des voraussichtlichen Verbrauchs des Nutzenpotenzials des immateriellen Vermögenswerts.

Wertminderungen werden vorgenommen, wenn der erzielbare Betrag unter dem Buchwert liegt. Der erzielbare Betrag ist der höhere der beiden Beträge aus beizulegendem Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten und Nutzungswert. Der Nutzungswert wird berechnet auf Basis zukünftiger Mittelzuflüsse und -abflüsse und der durchschnittlich gewichteten Kapitalkosten nach Steuern, abhängig von Steuerraten sowie Länderrisiken. Sollten die Gründe für eine Wertminderung entfallen, werden entsprechende Wertaufholungen vorgenommen bis zu dem Wert, der sich ergeben hätte, wenn keine Wertminderung erfasst worden wäre. Abhängig von der Art des immateriellen Vermögenswerts, werden die Abschreibungen in den Herstellungskosten, den Vertriebskosten, den Forschungs- und Entwicklungskosten oder den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer betreffen Firmen- beziehungsweise Markennamen, die im Rahmen von Akquisitionen erworben wurden. Diese werden zu Anschaffungskosten bewertet und einmal jährlich sowie bei Vorliegen einer Indikation für eine Wertminderung auf ihre Werthaltigkeit hin überprüft.

Selbstgeschaffene immaterielle Vermögenswerte umfassen im Wesentlichen selbsterstellte Software. Diese sowie das sonstige selbstgeschaffene immaterielle Vermögen werden zu Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bewertet. Wertminderungen werden vorgenommen, wenn der fortgeführte Buchwert des Vermögenswerts über dem erzielbaren Betrag liegt. Die Herstellungskosten selbsterstellter immaterieller Vermögenswerte enthalten neben den direkt zurechenbaren Kosten auch angemessene Teile von Gemeinkosten.

Die voraussichtlichen Nutzungsdauern und Abschreibungsverläufe von immateriellen Vermögenswerten beruhen auf Erfahrungswerten, Planungen und Schätzungen. Die durchschnittlichen gewichteten Abschreibungsdauern des immateriellen Vermögens betragen:

Durchschnittliche gewichtete Abschreibungsdauern in Jahren

	2017	2016
Vertriebsrechte und ähnliche Rechte	15	14
Produktrechte, Lizenzen und Trademarks	20	19
Know-how, Patente und Produktionstechnologien	15	14
Selbstgeschaffene immaterielle Vermögenswerte	4	4
Sonstige Rechte und Werte	5	5

Emissionsrechte: Die von der Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt) oder einer vergleichbaren Behörde in anderen Ländern unentgeltlich ausgegebenen Zertifikate werden mit einem Wert von null in der Bilanz angesetzt. Entgeltlich am Markt erworbene Emissionsrechte werden zu Anschaffungskosten als immaterielle Vermögenswerte aktiviert. Aus den verursachten Emissionen erwächst die Verpflichtung zur Abgabe der Emissionsrechte. Die Folgebewertung der entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögenswerte erfolgt zu Marktpreisen, maximal bis zur Höhe der Anschaffungskosten. Im Falle eines niedrigeren beizulegenden Zeitwerts am Bilanzstichtag erfolgt eine Abwertung auf diesen Wert.

Geschäfts- oder Firmenwerte werden nur bei Vorliegen einer Wertminderung abgeschrieben. Die Werthaltigkeit der Geschäfts- oder Firmenwerte wird einmal jährlich und zusätzlich bei Vorliegen einer Indikation für eine Wertminderung überprüft. Wertaufholungen auf einen Geschäfts- oder Firmenwert werden nicht vorgenommen.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich der über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer verrechneten planmäßigen Abschreibungen und Wertminderungen bewertet. Die Neubewertungsmethode wird nicht angewendet. Geringwertige Anlagegegenstände werden im Erwerbsjahr als Aufwand erfasst.

Die Herstellungskosten selbsterstellter Anlagen enthalten neben den direkt zurechenbaren Kosten auch angemessene Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie der allgemeinen Verwaltungskosten der mit der Anlagenerrichtung befassten Bereiche.

Aufwendungen für turnusmäßige Wartungen von Großanlagen werden in Höhe der Kosten der Maßnahme als separater Vermögenswert angesetzt und linear über den Zeitraum bis zur nächsten Wartung abgeschrieben. Die Kosten des Austauschs von Komponenten werden als Vermögenswert erfasst, sofern ein zukünftiger zusätzlicher Nutzen erwartet wird. Der Buchwert der ausgetauschten Komponenten wird ausgebucht. Die Kosten der Instandhaltung und Reparatur im Rahmen des normalen Geschäftsbetriebs werden als Aufwand erfasst.

Das bewegliche und das unbewegliche Anlagevermögen werden größtenteils linear abgeschrieben, mit Ausnahme der Produktionslizenzen und -anlagen im Segment Oil & Gas, die im Wesentlichen leistungsabhängig nach der Unit-of-Production-Methode abgeschrieben werden. Die voraussichtlichen Nutzungsdauern und Abschreibungsverläufe von Sachanlagen beruhen auf Erfahrungen, Planungen und Schätzungen. Abschreibungsmethoden, Nutzungsdauern und Restwerte werden zu jedem Bilanzstichtag überprüft. Die durchschnittlichen gewichteten Abschreibungsdauern betragen:

Durchschnittliche gewichtete Abschreibungsdauern in Jahren

	2017	2016
Gebäude und bauliche Betriebsvorrichtungen	21	22
Technische Anlagen und Maschinen	10	10
Erdgasfernleitungen	25	25
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6	7

Wertminderungen werden vorgenommen, wenn der erzielbare Betrag unter dem Buchwert liegt. Die Bewertung erfolgt anhand des beizulegenden Zeitwerts abzüglich der Verkaufskosten oder des Nutzungswerts. Der Nutzungswert wird berechnet auf Basis zukünftiger Mittelzuflüsse und -abflüsse und der durchschnittlich gewichteten Kapitalkosten nach Steuern, abhängig von Steuerraten sowie Länderrisiken. Die Wertminderung erfolgt in Höhe des Unterschieds zwischen dem bisherigen Buchwert und dem erzielbaren Betrag. Sollten die Gründe für eine Wertminderung entfallen, werden entsprechende Wertaufholungen vorgenommen bis zu dem Wert, der sich ergeben hätte, wenn keine Wertminderung erfasst worden wäre.

Die zur Erzielung von Wertsteigerungen oder Mieteinnahmen gehaltenen Immobilien (Investment Properties) sind unwesentlich und werden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen beziehungsweise zum niedrigeren beizulegenden Zeitwert angesetzt.

Leasing: Als Leasingverhältnis gilt eine Vereinbarung, bei der der Leasinggeber dem Leasingnehmer gegen eine Zahlung oder eine Reihe von Zahlungen das Recht auf Nutzung eines Vermögenswerts für einen vereinbarten Zeitraum überträgt. Leasingverträge sind als Operating-Leasing oder als Finanzierungsleasing zu klassifizieren.

Im Rahmen des Operating-Leasings genutzte Vermögenswerte werden nicht aktiviert. Die zu leistenden Leasingzahlungen werden periodengerecht ergebniswirksam erfasst.

Ein Finanzierungsleasing ist ein Leasingverhältnis, bei dem alle wesentlichen mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Ertragschancen eines Vermögenswerts übertragen werden. Vermögenswerte, die im Rahmen des Finanzierungsleasings genutzt werden, werden mit dem beizulegenden Zeitwert des Leasinggegenstandes oder mit dem Barwert der Mindestleasingzahlungen, sofern dieser Wert niedriger ist, als Vermögenswert aktiviert. Gleichzeitig wird eine Leasingverbindlichkeit in entsprechender Höhe ausgewiesen. Die periodischen Leasingzahlungen sind in die Tilgungs- und Zinskomponente aufzuteilen. Die Tilgungskomponente reduziert die Verbindlichkeit, während die Zinskomponente als Zinsaufwand ausgewiesen wird. Abschreibungen erfolgen entsprechend der Nutzungsdauer der geleasten Vermögenswerte oder der kürzeren Leasingdauer.

Leasingverträge können in andere Kontrakte eingebettet sein. Besteht gemäß den IFRS-Regelungen eine Trennungspflicht für ein eingebettetes Leasing, so werden die Vertragsbestandteile separiert und nach den entsprechenden Regelungen bilanziert und bewertet.

Fremdkapitalkosten: Die direkt zurechenbaren Fremdkapitalkosten, die im Rahmen des Erwerbs, des Baus oder der Herstellung eines qualifizierten Vermögenswerts anfallen, werden als Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert. Ein qualifizierter Vermögenswert liegt vor, wenn sich der Zeitraum zur Versetzung des Vermögenswerts in den gebrauchsfähigen oder verkaufsfähigen Zustand über einen Zeitraum von mehr als einem Jahr erstreckt. Fremdkapitalkosten werden bis zu dem Zeitpunkt aktiviert, ab dem der Vermögenswert für die vorgesehene Nutzung bereit ist. Dabei wird ein Fremdkapitalkostensatz von 2,0 % (Vorjahr: 2,5 %) zu Grunde gelegt, der gegebenenfalls länderspezifisch angepasst wird. Alle sonstigen Fremdkapitalkosten werden in der Periode ihres Anfallens ergebniswirksam erfasst.

Staatliche Zuschüsse: Zuwendungen der öffentlichen Hand für den Erwerb oder den Bau von Sachanlagen verringern die Anschaffungs- oder Herstellungskosten der betreffenden Vermögenswerte. Sonstige gewährte Zuschüsse oder Beihilfen werden sofort als sonstiger betrieblicher Ertrag erfasst beziehungsweise abgegrenzt und über den zu Grunde liegenden Zeitraum aufgelöst.

At Equity bilanzierte Beteiligungen: Die Buchwerte dieser Gesellschaften werden jährlich um die anteiligen Ergebnisse, ausgeschütteten Dividenden oder sonstigen Eigenkapitalveränderungen erhöht beziehungsweise vermindert. Bei Hinweisen auf einen dauerhaft niedrigeren Wert

einer Beteiligung wird eine ergebniswirksame Wertminderung vorgenommen.

Vorräte werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten auf Basis der Durchschnittsmethode bewertet. Wenn die Börsen- oder Marktpreise beziehungsweise die beizulegenden Zeitwerte der Absatzprodukte auf der Basis von Nettoveräußerungswerten niedriger sind, erfolgt eine Wertminderung auf diesen niedrigeren Wert. Der Nettoveräußerungswert entspricht dem im normalen Geschäftsverlauf erzielbaren Verkaufserlös abzüglich der bis zum Verkauf noch anfallenden Aufwendungen für Fertigstellung und Vertrieb.

Als Herstellungskosten werden neben den direkt zurechenbaren Kosten auch angemessene Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten bei Normalkapazität der betreffenden Produktionsanlagen erfasst, soweit sie im Zusammenhang mit dem Herstellungsvorgang anfallen. Kosten für die betriebliche Altersversorgung, für soziale Einrichtungen des Betriebs und freiwillige soziale Leistungen des Unternehmens sowie Kosten der allgemeinen Verwaltung werden ebenfalls berücksichtigt, soweit sie auf die Herstellung entfallen. Fremdkapitalkosten werden nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Abschläge auf Vorräte können sich bei einem Preisrückgang der Absatzprodukte und bei hohen Lagerreichweiten ergeben. Zuschreibungen zu Vorräten werden vorgenommen, wenn der Grund für die Abschreibungen entfallen ist.

Bei der Bewertung von Vorratsbeständen des Edelmetallhandels wird die Ausnahmeregelung des IAS 2 für Händler angewendet. Hiernach sind solche Vorräte, die ausschließlich zu Handelszwecken gehalten werden, mit ihrem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten anzusetzen. Alle Wertänderungen werden unmittelbar ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Latente Steuern: Für temporär abweichende Wertansätze zwischen IFRS- und Steuerbilanzen sowie für steuerliche Verlustvorträge und noch nicht genutzte Steuergutschriften werden latente Steuern angesetzt. Dies umfasst ebenso die abweichenden Wertansätze, die sich aus Unternehmenserwerben ergeben, mit Ausnahme von Geschäfts- oder Firmenwerten. Die Berechnung der latenten Steueransprüche und Steuerschulden erfolgt mit den jeweiligen landesspezifischen Steuersätzen, welche für die Periode gelten, in der ein Vermögenswert realisiert oder eine Schuld erfüllt wird. Am oder vor dem Bilanzstichtag beschlossene beziehungsweise weitgehend beschlossene Steuersatzänderungen werden berücksichtigt.

Latente Steueransprüche und latente Steuerschulden werden saldiert, sofern diese gegenüber der gleichen Steuerbehörde bestehen und die gleiche Fristigkeit aufweisen. Ergibt sich ein Überhang an latenten Steueransprüchen, so werden diese nur angesetzt, sofern eine Realisierung der Wertminderung als wahrscheinlich erachtet wird. Maßgebend für die Beurteilung der Werthaltigkeit latenter Steueransprüche ist die Wahrscheinlichkeit einer Umkehrung der Bewertungsunterschiede und die Einschätzung der Nutzbarkeit der Verlustvorträge und nicht genutzter Steuergutschriften. Dies hängt ab von der Entstehung künftiger steuerpflichtiger Gewinne während der Perioden, in denen sich steuerliche Bewertungsunterschiede umkehren und steuerliche Verlustvorträge und nicht genutzte Steuergutschriften geltend gemacht werden

können. Die Beurteilung der Werthaltigkeit latenter Steueransprüche basiert auf unternehmensinternen Prognosen über die zukünftige Ertragssituation der jeweiligen Gruppengesellschaft.

Veränderungen von latenten Steuern in der Bilanz werden als latenter Steueraufwand/-ertrag erfasst, sofern der zu Grunde liegende Sachverhalt nicht direkt im Eigenkapital oder in den im Eigenkapital erfassten Erträgen und Aufwendungen anzusetzen ist. Für die im Eigenkapital abgebildeten Effekte werden die Veränderungen der latenten Steueransprüche und Steuerschulden ebenfalls ergebnisneutral erfasst.

Für Unterschiedsbeträge zwischen dem anteiligen IFRS-Eigenkapital und dem steuerlichen Beteiligungsbuchwert einer einbezogenen Tochtergesellschaft werden latente Steuerschulden gebildet, wenn eine Umkehr dieser Differenz in absehbarer Zukunft erwartet wird. Für im Folgejahr geplante Dividendenausschüttungen werden latente Steuerschulden angesetzt, sofern diese zu einer Umkehr temporärer Differenzen führen.

📖 Mehr dazu unter Anmerkung 11 ab Seite 198

Finanzinstrumente

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten werden in der Konzernbilanz angesetzt, wenn BASF bei einem Finanzinstrument Vertragspartei wird. Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte auf Zahlungen aus den finanziellen Vermögenswerten auslaufen oder die finanziellen Vermögenswerte mit allen wesentlichen Risiken und Chancen übertragen werden. Finanzielle Verbindlichkeiten werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Verpflichtungen beglichen, aufgehoben oder ausgelaufen sind. Marktübliche Käufe und Verkäufe von Finanzinstrumenten werden grundsätzlich zum Erfüllungstag und im Edelmetallhandel zum Handelstag bilanziert.

Der Marktwert eines Finanzinstruments ist der Preis, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen Marktteilnehmern am Bemessungstichtag für den Verkauf eines Vermögenswerts eingenommen beziehungsweise für die Übertragung einer Schuld gezahlt würde. Sofern Preisnotierungen auf einem aktiven Markt vorliegen, zum Beispiel Börsenkurse, werden diese bei der Bewertung zu Grunde gelegt. Andernfalls werden bei der Bewertung interne Bewertungsmodelle unter Verwendung aktueller Marktparameter oder externe Bewertungen, zum Beispiel durch Banken, herangezogen. Bei interner Bewertung werden insbesondere die Barwertmethode und Optionspreismodelle angewandt.

Sollten bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten Anzeichen für eine dauerhafte Wertminderung vorliegen, werden Wertberichtigungen vorgenommen. Bei Wegfall der Gründe für Wertminderungen werden bei Krediten und Forderungen sowie bei den bis zur Endfälligkeit gehaltenen Finanzinvestitionen erfolgswirksame Wertaufholungen bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten vorgenommen. Bei allen Finanzinstrumenten werden Wertberichtigungen in separaten Konten erfasst.

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden in die folgenden Bewertungskategorien eingeteilt:

– **Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden,** umfassen Derivate und andere Handelsinstru-

mente. Bei BASF gehören dieser Bewertungskategorie ausschließlich Derivate an. Derivate werden in der Position Übrige Forderungen und sonstiges Vermögen beziehungsweise Übrige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die Fair-Value-Option von IAS 39 wendet BASF nicht an. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte basiert auf Marktparametern beziehungsweise auf darauf basierenden Bewertungsmodellen. In Ausnahmefällen basiert die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts auf nicht am Markt beobachtbaren Parametern.

– **Kredite und Forderungen** umfassen die nicht an einem aktiven Markt notierten finanziellen Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen, die keine Derivate sind und nicht als zur Veräußerung verfügbar eingestuft werden. Dieser Bewertungskategorie werden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie die in der Position Übrige Forderungen und sonstiges Vermögen ausgewiesenen Forderungen und Darlehen zugeordnet. Die Zugangsbeurteilung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert, der regelmäßig dem Nennwert der Forderung beziehungsweise dem erreichten Kreditbetrag entspricht. Unverzinsliche und niedrigverzinsliche langfristige Kredite und Forderungen werden zum Barwert angesetzt. Die erfolgswirksame Folgebewertung erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinismethode.

Liegen objektive Hinweise auf eine Wertminderung einer Forderung vor, wird eine Einzelwertberichtigung vorgenommen. Bei der Beurteilung des Wertberichtigungsbedarfs werden regionale und branchenspezifische Gegebenheiten berücksichtigt. Weiterhin wird auf interne Bonitätsbeurteilungen sowie externe Ratings und die Einschätzungen von Inkassounternehmen und Kreditversicherern zurückgegriffen, soweit solche verfügbar sind. Ein Teil des Forderungsbestands ist durch Kreditversicherungen gedeckt. Bankgarantien und Akkreditive werden in unwesentlichem Umfang genutzt. Es werden nur solche Forderungen wertberichtigt, die nicht durch eine Kreditversicherung oder durch andere Sicherheiten gedeckt sind. Forderungen, deren Versicherung einen Selbstbehalt vorsieht, werden maximal in Höhe des Selbstbehalts wertberichtigt. Bei Wertminderungen werden Erfahrungswerte zur Zahlungsfähigkeit der Kunden und zudem die Altersstruktur, die Überfälligkeit, vorhandene Versicherungen sowie kunden-spezifische Risiken berücksichtigt. Des Weiteren entsteht Wertberichtigungsbedarf, wenn die einer Forderung zu Grunde liegenden Vertragsbedingungen durch Neuverhandlungen dergestalt verändert werden, dass der Barwert der zukünftigen Zahlungen sinkt.

Außerdem werden Wertberichtigungen auf Forderungen gebildet, die sich aus Transferrisiken für bestimmte Länder ergeben.

Verringert sich die Höhe der Wertberichtigung in einer der folgenden Berichtsperioden und kann diese Verringerung objektiv auf einen nach der Erfassung der Wertminderung aufgetretenen Sachverhalt zurückgeführt werden, wird die früher erfasste Wertberichtigung erfolgswirksam rückgängig gemacht. Zuschreibungen erfolgen maximal bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten. Kredite und Forderungen werden ausgebucht, wenn ihre Uneinbringlichkeit endgültig feststeht.

– **Die bis zur Endfälligkeit zu haltenden finanziellen Vermögenswerte** umfassen nichtderivative finanzielle

Vermögenswerte mit festen beziehungsweise bestimmbareren Zahlungen und fester Laufzeit, bei denen die Absicht und die Fähigkeit zum Halten bis zur Endfälligkeit bestehen und die keiner der anderen Bewertungskategorien zugeordnet sind. Der erstmalige Ansatz erfolgt zum beizulegenden Zeitwert, der in den überwiegenden Fällen den Anschaffungskosten entspricht. Die Folgebewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

Bei BASF sind dieser Bewertungskategorie keine finanziellen Vermögenswerte von wesentlicher Bedeutung zugeordnet.

- **Die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte** umfassen finanzielle Vermögenswerte, die keine Derivate sind und keiner der zuvor genannten Bewertungskategorien zugeordnet sind. In dieser Bewertungskategorie sind die in der Position Sonstige Finanzanlagen ausgewiesenen, nicht nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligungen sowie kurz- und langfristige Wertpapiere enthalten.

Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden ergebnisneutral im Eigenkapital (Sonstige Eigenkapitalposten) abgegrenzt und erst bei Veräußerung oder Wertminderung erfolgswirksam erfasst. Spätere Wertaufholungen werden grundsätzlich ergebnisneutral im Eigenkapital (Sonstige Eigenkapitalposten) erfasst. Lediglich bei Schuldinstrumenten werden Zuschreibungen bis zur Höhe der ursprünglichen Wertminderung erfolgswirksam und darüber hinaus ergebnisneutral berücksichtigt. Fallen die beizulegenden Zeitwerte von der Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten unter die Anschaffungskosten, werden Wertberichtigungen vorgenommen, falls die Wertminderung als dauerhaft eingeschätzt wird und signifikant ist. Die beizulegenden Zeitwerte werden anhand von Marktnotierungen bestimmt. Beteiligungen, deren Zeitwert nicht zuverlässig bestimmt werden kann, werden zu Anschaffungskosten bewertet und bei Wertminderung abgeschrieben. Bei diesen Beteiligungen stellen die Anschaffungskosten den besten Schätzwert für den beizulegenden Zeitwert dar. Hierunter fallen Anteile an sonstigen Beteiligungen, sofern diese nicht börsennotiert sind. Eine Veräußerung dieser Beteiligungen in wesentlichem Umfang ist nicht vorgesehen.

- **Finanzielle Verbindlichkeiten, die keine Derivate sind**, werden beim erstmaligen Ansatz zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Dieser entspricht regelmäßig dem vereinnahmten Betrag. Die Folgebewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode.
- **Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente** setzen sich im Wesentlichen aus Kassenbeständen und Bankguthaben mit einer Laufzeit von weniger als drei Monaten zusammen.

Erträge aus verzinslichen Aktiva werden auf die zum Bilanzstichtag bestehenden Forderungen unter Berücksichtigung der nach der Effektivzinsmethode anzuwendenden Zinssätze abgegrenzt. Dividenderträge aus nicht nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligungen werden mit der Entstehung des Rechtsanspruchs auf Zahlung erfasst.

Derivative Finanzinstrumente können in andere Kontrakte eingebettet sein. Besteht gemäß den IFRS-Regelungen eine

Trennungspflicht für ein eingebettetes Derivat, so wird dieses vom Basisvertrag separat bilanziert und zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Finanzgarantien der BASF-Gruppe sind solche Verträge, die eine Ausgleichszahlung an den Garantiennehmer nach sich ziehen, falls ein Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen im Rahmen der Finanzgarantie nicht nachkommt. Von BASF begebene Finanzgarantien werden beim erstmaligen Ansatz zum beizulegenden Zeitwert bewertet. In den Folgeperioden werden diese Finanzgarantien zum höheren Wert aus fortgeführten Anschaffungskosten und der bestmöglichen Schätzung der gegenwärtigen Verpflichtung zum Abschlussstichtag bewertet.

Ausgewählte Geschäfte zur Sicherung von künftigen Transaktionen werden zu Bilanzierungszwecken als **Cashflow Hedge(s)** designiert. Der effektive Teil der Marktwertänderungen des Derivats wird dabei ergebnisneutral im Eigenkapital (Sonstige Eigenkapitalposten) unter Berücksichtigung latenter Steuerschulden/-ansprüche erfasst. Der ineffektive Teil wird unmittelbar in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Bei zukünftigen Transaktionen, die zur Bilanzierung eines nichtfinanziellen Vermögenswerts oder einer nichtfinanziellen Schuld führen, werden die im Eigenkapital erfassten kumulierten Marktwertänderungen des Derivats beim erstmaligen Ansatz entweder gegen die Anschaffungskosten ausgebucht oder in den Berichtsperioden erfolgswirksam erfasst, in denen das gesicherte Grundgeschäft in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wird. Liegen dem Sicherungsgeschäft finanzielle Vermögenswerte oder Schulden zu Grunde, werden die Marktwertänderungen des Sicherungsinstruments in den Berichtsperioden, in denen das gesicherte Grundgeschäft in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wird, aus dem Eigenkapital in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht. Die Laufzeit des Sicherungsinstruments ist auf den Eintritt der künftigen Transaktion abgestimmt.

Im Rahmen von **Fair Value Hedges** werden bilanzierte Vermögenswerte oder Schulden gegen das Risiko einer Änderung des beizulegenden Zeitwerts abgesichert. Hierbei werden die Marktwertveränderungen der derivativen Finanzinstrumente ergebniswirksam erfasst. Zudem werden die Buchwerte des dazugehörigen Grundgeschäfts ergebniswirksam um die aus dem abgesicherten Risiko resultierenden Gewinne oder Verluste angepasst.

Sonstige Eigenkapitalposten

Die ergebnisneutral in den Sonstigen Eigenkapitalposten erfassten Aufwendungen und Erträge werden in zwei Kategorien unterteilt: Posten, die in Zukunft über die Gewinn- und Verlustrechnung gebucht werden (sogenanntes Recycling), und Posten, die künftig nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden. Zu der ersten Kategorie gehören Translationsanpassungen, die Bewertung von Wertpapieren zu Marktwerten und die Marktwertänderungen von Derivaten, die zur Absicherung künftiger Zahlungsströme und von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe eingesetzt werden. Zu den Posten im sonstigen Eigenkapital, die zukünftig nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden, gehören die Effekte aus der Neubewertung leistungsorientierter Versorgungspläne.

Schulden

Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen:

Pensionsrückstellungen werden versicherungsmathematisch nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) ermittelt. Dabei werden unter anderem Annahmen zu folgenden Bewertungsparametern verwendet: künftige Entwicklung der Arbeitsentgelte und Renten sowie der Inflation, Fluktuation der Mitarbeiter sowie die Lebenserwartung der Versorgungsberechtigten. Die ermittelten Verpflichtungen werden auf Basis der Rendite hochwertiger festverzinslicher Unternehmensanleihen mit mindestens einem AA-Rating zum Bilanzstichtag abgezinst.

Vergleichbare Verpflichtungen, insbesondere aus Zusagen nordamerikanischer Gruppengesellschaften zur Übernahme von Krankheitskosten und Lebensversicherungen pensionierter Mitarbeiter sowie von deren Angehörigen, werden als Rückstellungen für ähnliche Verpflichtungen ausgewiesen.

Für die Ermittlung der Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Gutachten vor.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus Schätzungsänderungen in Bezug auf versicherungsmathematische Annahmen, die der Berechnung der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen zu Grunde liegen, die Differenz zwischen normiertem und tatsächlichem Ertrag aus Planvermögen sowie Effekte aus der Vermögenswertbegrenzung werden ergebnisneutral in den Sonstigen Eigenkapitalposten ausgewiesen.

 Mehr zu Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen unter Anmerkung 22 ab Seite 211

Sonstige Rückstellungen: Sonstige Rückstellungen werden gebildet, wenn aufgrund eines vergangenen Ereignisses eine gegenwärtige Verpflichtung besteht, ein Abfluss wirtschaftlicher Ressourcen wahrscheinlich ist und seine Höhe zuverlässig geschätzt werden kann. Rückstellungen werden in Höhe des wahrscheinlichen Erfüllungsbetrags angesetzt.

Rückstellungen für Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer oder vergleichbare Ertragsteuern werden auf der Grundlage der erwarteten steuerpflichtigen Einkommen der einbezogenen Gesellschaften ermittelt und abzüglich geleisteter Vorauszahlungen angesetzt. Sonstige zu veranlagende Steuern werden entsprechend berücksichtigt.

Für bestimmte Umweltschutzmaßnahmen und -risiken werden Rückstellungen gebildet, wenn aufgrund eines vergangenen Ereignisses eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung zur Durchführung von Maßnahmen besteht und der erwartete Mittelabfluss hinreichend zuverlässig geschätzt werden kann. Rückstellungen für Rückbauverpflichtungen betreffen insbesondere Verpflichtungen im Segment Oil & Gas für das Verfüllen von Bohrlöchern und die Beseitigung von Fördereinrichtungen nach Beendigung der Förderung. Die Bewertung erfolgt zum Zeitpunkt der Entstehung der Verpflichtung zum Barwert der künftigen Rückbauausgaben. In gleicher Höhe wird ein Vermögenswert als Teil des Buchwerts der betreffenden Anlage aktiviert und mit diesem zusammen beschrieben. Die Rückstellung wird bis zum Zeitpunkt des vorgesehenen Rückbaus jährlich aufgezinster.

Daneben enthalten die Sonstigen Rückstellungen auch erwartete Belastungen für die Sanierung kontaminierter

Standorte, zur Rekultivierung von Deponien, zur Beseitigung von Umweltbeeinträchtigungen durch bestehende Produktions- oder Lagereinrichtungen und ähnliche Maßnahmen. Wird BASF als die einzige potenziell in Anspruch zu nehmende Partei identifiziert, deckt die Rückstellung die gesamte zu erwartende Belastung ab. Bei Standorten, die gemeinsam mit einem oder mehreren Partnern betrieben werden, umfasst die gebildete Rückstellung grundsätzlich lediglich den BASF zurechenbaren Anteil an der erwarteten Gesamtbelastung. Die Ermittlung der Höhe der Rückstellung basiert auf den verfügbaren technischen Daten des Standorts, den genutzten Technologien, den gesetzlichen Vorschriften sowie behördlichen Auflagen.

Rückstellungen für zu erwartende Abfindungszahlungen oder vergleichbare Personalaufwendungen sowie Abriss- oder Schließungskosten im Zusammenhang mit Restrukturierungsmaßnahmen werden gebildet, wenn ein entsprechender Plan von der jeweiligen Geschäftsleitung beschlossen und kommuniziert wurde.

Rückstellungen für Dienstaltersgeldprämien und Jubiläumsgaben werden überwiegend nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Für abgeschlossene Altersteilzeitverträge werden die zugesagten Aufstockungszahlungen rätierlich über den Zeitraum bis spätestens zum Ende der Freistellungsphase angesammelt. Bilanzierung und Bewertung folgen dem Anwendungshinweis 1 (IFRS) des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. vom Dezember 2012.

Sonstige Rückstellungen decken auch Risiken aus Rechtsstreitigkeiten und -verfahren ab, sofern die Ansatzkriterien für eine Rückstellung erfüllt sind. Zur Beurteilung der Rückstellungshöhe werden neben der Sachverhaltsbeurteilung und den geltend gemachten Ansprüchen im Einzelfall auch die Ergebnisse vergleichbarer Verfahren und unabhängige Rechtsgutachten herangezogen sowie Annahmen über Eintrittswahrscheinlichkeiten und Bandbreiten möglicher Inanspruchnahmen getroffen. Die tatsächlichen Belastungen können von diesen Einschätzungen abweichen.

 Mehr dazu unter Anmerkung 26 auf Seite 221

Der wahrscheinliche Erfüllungsbetrag von langfristigen Rückstellungen wird abgezinst, wenn der Abzinsungseffekt wesentlich ist. Der Ansatz erfolgt in diesem Fall zum Barwert. Bei der Abzinsung langfristiger Rückstellungen sind Annahmen hinsichtlich des zu verwendenden Zinssatzes (2017: 2,0%; 2016: 2,5%) zu treffen. Die Finanzierungskosten aus der Aufzinsung in den Folgeperioden werden im Übrigen Finanzergebnis erfasst.

Übrige Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Unternehmenszusammenschlüsse: Bei Unternehmenszusammenschlüssen werden die übernommenen Vermögenswerte und Schulden zum beizulegenden Zeitwert zum Zeitpunkt der erstmaligen Beherrschung bewertet. Die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Schulden zum Zeitpunkt des Erwerbs sowie der Nutzungsdauern der erworbenen Vermögenswerte ist mit Annahmen verbunden. Die Bewertung basiert in großem Umfang auf prognostizierten Zahlungsströmen. Die tatsächlichen Zahlungsströme können von diesen signifikant

abweichen. Der Kaufpreisaufteilung wesentlicher Unternehmenszusammenschlüsse werden externe unabhängige Gutachten zu Grunde gelegt. Die Bewertungen bei Unternehmenszusammenschlüssen basieren auf Informationen, die zum Erwerbszeitpunkt existierten.

Zur Veräußerung gehaltene Gruppen von Vermögenswerten und Schulden beziehungsweise Veräußerungsgruppen sowie nicht-fortgeführte Geschäfte: Hierunter fallen separat in der Bilanz ausgewiesene Vermögenswerte sowie direkt mit ihnen in Verbindung stehende Schulden, deren Veräußerung im Rahmen einer Transaktion höchstwahrscheinlich ist. Eine Transaktion wird als höchstwahrscheinlich eingeschätzt, wenn keine wesentlichen Risiken für den Vollzug der Transaktion bestehen, was regelmäßig den Abschluss verbindlicher Verträge erfordert. Die als Veräußerungsgruppe klassifizierten Vermögenswerte und Schulden werden zum niedrigeren Wert aus der Summe der Buchwerte und dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten angesetzt; ausgenommen hiervon sind Vermögenswerte, die nicht unter die Bewertungsregeln des IFRS 5 fallen. Die planmäßige Abschreibung langfristiger Vermögenswerte und die Anwendung der Equity-Methode werden ausgesetzt.

Öl- und Gasgewinnung: Explorations- und Feldesentwicklungsausgaben werden nach der Successful Efforts Method bilanziert. Danach werden Ausgaben für fündige Explorationsbohrungen sowie für fündige und nichtfündige Entwicklungsbohrungen aktiviert.

Eine Explorationsbohrung ist eine Bohrung, die außerhalb eines Gebiets mit bereits nachgewiesenen Öl- und Gasreserven liegt. Eine Entwicklungsbohrung ist eine Bohrung, die bis zur Tiefe eines öl- oder gasführenden Horizonts innerhalb eines Gebiets mit nachgewiesenen Reserven abgeteuft wird.

Explorationsbohrungen werden grundsätzlich bis zum Zeitpunkt der Feststellung der Fündigkeit als Anlagen im Bau ausgewiesen. Sofern Kohlenwasserstoffe nachgewiesen werden, die eine wirtschaftliche Feldesentwicklung wahrscheinlich machen, bleiben die Kosten der Bohrungen als suspendierte Explorationsbohrungen aktiviert. Alle suspendierten Explorationsbohrungen werden mindestens einmal jährlich wirtschaftlich, technisch und strategisch daraufhin überprüft, ob eine Entwicklung weiterhin beabsichtigt ist. Ist dies nicht der Fall, werden die aktivierten Aufwendungen für die betreffenden Bohrungen außerplanmäßig abgeschrieben. Wenn wirtschaftlich förderbare Reserven nachgewiesen werden, erfolgt bei Produktionsbeginn eine Umbuchung der Explorationsbohrungen in die Position Technische Anlagen und Maschinen.

Produktionsaufwendungen beinhalten alle Kosten, die entstehen, um die Bohrungen und die zugehörigen Anlagen und Hilfsausrüstungen zu betreiben, zu reparieren und zu warten sowie deren Abschreibungen.

Die Abschreibung von Vermögenswerten aus der Öl- und Gasgewinnung erfolgt auf Feldes- beziehungsweise Lagerstättenebene gemäß der Unit-of-Production-Methode. Die Abschreibung wird grundsätzlich auf Basis der Produktion der Periode in Relation zu den nachgewiesenen entwickelten Reserven berechnet.

Explorationsaufwendungen betreffen ausschließlich das Segment Oil & Gas und umfassen alle Kosten, die im

Zusammenhang mit nicht nachgewiesenen Öl- oder Gasvorkommen stehen. Dazu zählen unter anderem Kosten für die Exploration von Gebieten mit möglichen Öl- und Gasvorkommen. Kosten für geologische und geophysikalische Untersuchungen werden grundsätzlich in den Explorationsaufwendungen ausgewiesen. Des Weiteren umfasst diese Position Wertberichtigungen von aktivierten Aufwendungen für die Explorationsbohrungen, die keine sicheren Reserven nachweisen konnten. Planmäßige Abschreibungen von fündigen Explorationsbohrungen sind Bestandteil der Herstellungskosten.

Die Aufwendungen und Erträge aus den Phasen Exploration, Entwicklung und Produktion bei Erdöl- und Erdgaskonzessionen werden häufig über Explorations- und Produktionsteilungsverträge zwischen dem Staat und einem oder mehreren Entwicklungs- und Produktionsunternehmen nach definierten Schlüsseln aufgeteilt. Die aus diesen Verträgen BASF zustehenden Erlöse werden als Umsatzerlöse ausgewiesen.

Der immaterielle Vermögenswert aus dem Vermarktungsvertrag für Erdgas aus dem Erdgasfeld Juschno Russkoje wird gemäß dem auf BASF entfallenden Anteil an der produzierten und vermarkteten Menge abgeschrieben.

Immaterielle Vermögenswerte im Segment Oil & Gas beinhalten im Wesentlichen Explorations- und Förderrechte. Während der Explorationsphase werden diese nicht planmäßig abgeschrieben, sondern jährlich auf ihre Werthaltigkeit geprüft. Bei wirtschaftlicher Fündigkeit werden die Rechte gemäß der Unit-of-Production-Methode abgeschrieben.

Schätzungen oder Annahmen bei der Erstellung des Konzernabschlusses

Die Höhe der im Konzernabschluss ausgewiesenen Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Rückstellungen, der Eventualverbindlichkeiten oder sonstigen finanziellen Verpflichtungen ist von Schätzungen, Annahmen sowie der Ausübung von Ermessensspielräumen abhängig. Spezifische Schätzungen oder Annahmen für einzelne Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden im jeweiligen Abschnitt erläutert. Diese richten sich nach den Verhältnissen und Einschätzungen am Bilanzstichtag und beeinflussen insoweit auch die Höhe der ausgewiesenen Erträge und Aufwendungen der dargestellten Geschäftsjahre. Derartige Annahmen betreffen insbesondere die Bestimmung abgezinster Zahlungsströme im Rahmen von Werthaltigkeitstests und Kaufpreisallokationen, der Nutzungsdauer des abnutzbaren Sachanlagevermögens oder immaterieller Vermögenswerte, den Wertansatz von Beteiligungen sowie die Bemessung von Rückstellungen beispielsweise für Versorgungsleistungen für Arbeitnehmer, Gewährleistungen, Preisnachlässe, Umweltschutz oder Steuern. Bestehende Unsicherheiten werden bei der Wertermittlung angemessen berücksichtigt, jedoch können tatsächliche Ergebnisse von den Schätzungen abweichen.

Für die Wertminderungstests im Segment Oil & Gas sind die Annahmen zur langfristigen Entwicklung der Öl- und Gaspreise bedeutsam. Die unternehmensintern erstellten Prognosen beruhen auf empirisch fundierten Analysen zum globalen Öl- und Gasangebot sowie der globalen Öl- und Gasnachfrage. Kurzfristige Schätzungen bis zu drei Jahren

berücksichtigen auch aktuelle Preisnotierungen beziehungsweise Termingeschäfte. Bei langfristigen Schätzungen werden unter anderem auch Annahmen zu Inflation, Produktionsmengen und -kosten sowie der Energieeffizienz und der Substitution von Energiequellen getroffen. Anhand externer Quellen und Studien werden die Öl- und Gaspreisschätzungen regelmäßig auf Plausibilität geprüft.

Für das Jahr 2018 plant BASF im Jahresdurchschnitt mit einem Ölpreis von 65 US\$/bbl (Brent) und einem Gaspreis von rund 16 €/MWh (rund 5,5 US\$/mmBtu).

In Einklang mit dem globalen Wirtschaftswachstum wird der Bedarf an Öl und Gas weiter steigen. Höhere Grenzkosten der Produktion und das derzeit verhaltene Investitionsverhalten sollten mittel- und langfristig einen deutlichen Anstieg der Preise bewirken. Wegen der aktuell hohen Öllagerbestände und der Annahme eines längerfristig höheren Ölangebots aus den USA wurde das Ölpreisszenario im Vergleich zum Vorjahr angepasst und geht nun erst im Jahr 2022 wieder von einem Ölpreis von rund 100 US\$ aus. Das Gaspreisszenario der BASF geht in den nächsten Jahren wegen Überkapazitäten bei der Gasverflüssigung (LNG) nur von einem moderaten Anstieg der europäischen Gaspreise aus. Danach wird wegen des weiter zunehmenden Bedarfs an Erdgas und höherer Kosten neuer Produktions- und Verflüssigungsprojekte bis zum Jahr 2025 ein deutlicher Anstieg auf rund 30 €/MWh (rund 11 US\$/mmBTU) erwartet.

Werthaltigkeitsprüfungen (Impairment-Tests) werden für Vermögenswerte durchgeführt, wenn bestimmte Indikatoren (Triggering Events) auf eine mögliche Wertminderung hinweisen. Zu den externen Indikatoren zählen beispielsweise Veränderungen in den Kundenbranchen, bei den verwendeten Technologien sowie eine rückläufige Konjunkturentwicklung. Eine reduzierte Profitabilität der Produkte, geplante Restrukturierungsmaßnahmen oder physische Schäden der Vermögenswerte stellen interne Indikatoren für eine Wertminderung dar.

Bei einem Impairment-Test werden die fortgeführten Buchwerte der Vermögenswerte mit dem erzielbaren Betrag der

Vermögenswerte verglichen. Der erzielbare Betrag ist der höhere Wert aus beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert (Value in Use). In der Regel wird der Nutzungswert mit Hilfe von Discounted-Cashflow-Verfahren bestimmt. Die Schätzung der Zahlungsströme und die getroffenen Annahmen basieren auf den jeweils zum Bilanzstichtag verfügbaren Informationen über die zukünftige Entwicklung des operativen Geschäfts und können von den tatsächlichen künftig eintretenden Entwicklungen abweichen. Zur Überprüfung der Werthaltigkeit werden langfristige Ertragsprognosen für die zahlungsmittelgenerierende Einheit vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung getroffen. Von wesentlicher Bedeutung für die Werthaltigkeitsprüfung ist der gewichtete Kapitalkostensatz (WACC) gemäß dem Capital Asset Pricing Model. Dessen Komponenten sind der risikofreie Zins, die Marktrisikoprämie sowie ein branchenüblicher Zuschlag für das Kreditrisiko (Spread). Weitere wichtige Annahmen sind die Prognose für den Detailplanungszeitraum sowie die in der Folge angewendete Wachstumsrate.

 Mehr dazu unter Anmerkung 14 ab Seite 201

Eine Wertminderung wird vorgenommen, wenn der erzielbare Betrag unter dem Buchwert liegt. Die Wertminderung des Vermögenswerts (ohne Geschäfts- oder Firmenwert) erfolgt in Höhe des Unterschieds zwischen dem bisherigen Buchwert und dem erzielbaren Betrag.

Die Werthaltigkeitsprüfung beim Geschäfts- oder Firmenwert (Goodwill-Impairment-Test) erfolgt auf Basis zahlungsmittelgenerierender Einheiten, die bei BASF überwiegend den Geschäftseinheiten, in Einzelfällen auch den Unternehmensbereichen entsprechen. Falls ein Wertberichtigungsbedarf vorliegt, wird in einem ersten Schritt der bestehende Geschäfts- oder Firmenwert gegebenenfalls vollständig abgeschrieben. Besteht danach weiterhin Wertberichtigungsbedarf, wird dieser auf die übrigen Vermögenswerte der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten verteilt. Vorzunehmende Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte werden in den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

2 Konsolidierungskreis

2.1 Veränderungen des Konsolidierungskreises

Im Jahr 2017 wurden insgesamt 294 Unternehmen (294 im Jahr 2016) in den Konzernabschluss einbezogen. Davon wurden zehn Gesellschaften (46 im Jahr 2016) neu in den Konsolidierungskreis aufgenommen. Seit Jahresbeginn 2017 sind durch Devestition, Verschmelzung, Liquidation oder aufgrund gesunkener Bedeutung insgesamt zehn Gesellschaften (zehn im Jahr 2016) aus dem Konsolidierungskreis ausgeschieden.

Im Jahr 2017 wurden erstmals im Konsolidierungskreis berücksichtigt

- fünf akquirierte Gesellschaften mit Sitz in den Regionen Europa und Nordamerika,
- eine neugegründete Gesellschaft mit Sitz in der Region Asien-Pazifik,

- eine neugegründete Gesellschaft mit Sitz in der Region Südamerika, Afrika, Naher Osten,
- drei bis zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung nicht konsolidierte Gesellschaften mit Sitz in Europa.

Im Jahr 2016 veränderte sich der Konsolidierungskreis um

- 33 Gesellschaften im Rahmen der Akquisition von Chemetall mit Sitz in allen Regionen,
- zwei neugegründete Gesellschaften mit Sitz in den Regionen Asien-Pazifik und Nordamerika,
- elf bis zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung nicht konsolidierte Gesellschaften mit Sitz in allen Regionen der BASF. Davon wurden acht Gesellschaften im Jahr 2016 neu gegründet.

Obgleich BASF nicht die Mehrheit der Anteile an ZAO Gazprom YRGM Trading hält, stehen BASF aufgrund der Gewinnverteilungsabreden die Ergebnisse der Gesellschaft zu, so dass die Gesellschaft im BASF-Gruppenabschluss voll konsolidiert wird.

Die Zusammenstellung der in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften und des gesamten Anteilsbesitzes gemäß § 313 Abs. 2 HGB erfolgt in der Anteilsbesitzliste.

📖 Mehr dazu unter Anmerkung 3 auf Seite 190

📄 Mehr dazu unter basf.com/de/governance

Konsolidierungskreis

	Europa	davon Deutschland	Nord- amerika	Asien- Pazifik	Südamerika, Afrika, Nahe Osten	2017	2016
Stand 01.01.	154	57	42	71	27	294	258
davon anteilmäßig konsolidiert	6	–	–	2	–	8	7
Neueinbeziehungen	5	2	3	1	1	10	46
davon anteilmäßig konsolidiert	–	–	–	–	–	–	1
Entkonsolidierungen	6	3	2	1	1	10	10
davon anteilmäßig konsolidiert	–	–	–	–	–	–	–
Stand 31.12.	153	56	43	71	27	294	294
davon anteilmäßig konsolidiert	6	–	–	2	–	8	8

Übersicht der Auswirkungen von Änderungen des Konsolidierungskreises (ohne Einbeziehung von Akquisitionen und Divestitionen)

	2017		2016	
	Millionen €	%	Millionen €	%
Umsatz	2	0,0	.	0,0
Langfristige Vermögenswerte	–7	0,0	5	0,0
davon Sachanlagen	1	0,0	1	0,0
Kurzfristige Vermögenswerte	1	0,0	–3	0,0
davon Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	–1	0,0	1	0,1
Vermögen	–6	0,0	2	0,0
Eigenkapital	3	0,0	–2	0,0
Langfristiges Fremdkapital	8	0,0	.	0,0
davon Finanzschulden	–	–	–	–
Kurzfristiges Fremdkapital	–17	0,1	4	0,0
davon Finanzschulden	–	–	2	0,1
Kapital	–6	0,0	2	0,0
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	–	–	–	–

2.2 Joint Operations

Bei den anteilmäßig konsolidierten Joint Operations handelt es sich insbesondere um

- Ellba C.V., Rotterdam/Niederlande, die gemeinsam mit Shell zur Produktion von Propylenoxid und Styrolmonomer betrieben wird,
- AO Achimgaz, Novy Urengoi/Russland, die gemeinsam mit Gazprom zur Förderung von Erdgas und Kondensat betrieben wird,
- BASF DOW HPPO Production B.V.B.A., Antwerpen/Belgien, die gemeinsam mit The Dow Chemical Company zur Produktion von Propylenoxid betrieben wird.

BASF ist an diesen Gesellschaften jeweils zu 50% beteiligt und beherrscht die Unternehmen mit dem jeweiligen Partner

gemeinschaftlich. Die Gesellschaften veräußern ihre Produkte direkt an die Partner. Durch die Abnahme der Produktion stellen die Partner die laufende Finanzierung der Gesellschaften sicher. Deshalb wurden die Gesellschaften im Sinne des IFRS 11 als gemeinschaftliche Tätigkeiten eingestuft.

Ein Großteil der Aktivitäten im Arbeitsgebiet Exploration & Production des Segments Oil & Gas erfolgt in gemeinschaftlichen Aktivitäten, die nicht in separaten Gesellschaften geführt werden. Es handelt sich dabei vor allem um Aktivitäten in Deutschland, Norwegen und Argentinien. Diese werden grundsätzlich analog zu IFRS 11 als Joint Operation bilanziert und tragen den wesentlichen Teil zu den Umsatzerlösen, den Abschreibungen und dem Anlagevermögen des Segments Oil & Gas bei.

2.3 Joint Ventures und assoziierte Unternehmen

BASF hält Beteiligungen an zwei wesentlichen Joint Ventures. Die BASF-YPC Company Ltd., Nanjing/China, wird von BASF gemeinsam mit dem Partner Sinopec am Verbundstandort in Nanjing betrieben. Der BASF-Anteil beträgt 50 %.

Finanzinformationen der BASF-YPC Company Ltd., Nanjing/China (100 %) (Millionen €)

	2017	2016
Bilanz		
Langfristige Vermögenswerte	1.254	1.515
Kurzfristige Vermögenswerte	908	842
davon kurzfristige Wertpapiere, Zahlungsmittel und -äquivalente	231	190
Vermögen	2.162	2.357
Eigenkapital	1.756	1.760
Langfristiges Fremdkapital	124	204
davon Finanzschulden	122	190
Kurzfristiges Fremdkapital	282	393
davon Finanzschulden	30	107
Kapital	2.162	2.357
Ergebnisrechnung		
Umsatzerlöse	2.761	2.358
Abschreibungen	207	214
Zinserträge	5	3
Zinsaufwendungen	9	23
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	159	110
Jahresüberschuss	473	332
Beteiligungsbuchwert nach Equity-Methode Stand Jahresanfang	881	768
Anteiliger Jahresüberschuss	236	166
Anteilige Veränderung des Sonstigen Eigenkapitals	-59	-26
Gesamtergebnis der Gesellschaft	177	140
Kapitalmaßnahmen/Dividenden/Änderungen des Konsolidierungskreises/sonstige Anpassungen	-179	-27
davon Dividenden	-179	-27
Sonstige ergebniswirksame Anpassungen	-	-
Beteiligungsbuchwert nach Equity-Methode Stand Jahresende	879	881

Im August 2017 wurde die Gesellschaft W & G Infrastruktur Finanzierungs-GmbH, Kassel (BASF-Anteil: 50 %), gegründet, ein Joint Venture zwischen BASF und Gazprom zur Bündelung des regulierten Gastransportgeschäfts. Mit Wirkung vom 30. November 2017 wurden die GASCADE Gastransport GmbH, Kassel, ein im Vorjahr als wesentlich eingestuftes assoziiertes Unternehmen, und die NEL Gastransport GmbH, Kassel, ein im Vorjahr als nicht wesentlich eingestuftes assoziiertes Unternehmen, von der W & G Transport Holding GmbH auf die W & G Infrastruktur Finanzierungs-GmbH übertragen.

Finanzinformationen der W & G Infrastruktur Finanzierungs-Gruppe, Kassel (100 %) (Millionen €)

	2017
Bilanz	
Langfristige Vermögenswerte	1.181
Kurzfristige Vermögenswerte	721
davon kurzfristige Wertpapiere, Zahlungsmittel und -äquivalente	2
Vermögen	1.902
Eigenkapital	461
Langfristiges Fremdkapital	1.342
davon Finanzschulden	923
Kurzfristiges Fremdkapital	99
davon Finanzschulden	-
Kapital	1.902
Ergebnisrechnung	
Umsatzerlöse	560
Abschreibungen	147
Zinserträge	1
Zinsaufwendungen	-8
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	23
Jahresüberschuss	114
Beteiligungsbuchwert nach Equity-Methode Stand Jahresanfang	-
Anteiliger Jahresüberschuss ¹	57
Anteilige Veränderung des Sonstigen Eigenkapitals	-
Gesamtergebnis der Gesellschaft ¹	57
Kapitalmaßnahmen/Dividenden/Änderungen des Konsolidierungskreises/sonstige Anpassungen ¹	608
davon Dividenden (enthält Ergebnisabführungen)	-62
Sonstige ergebniswirksame Anpassungen ¹	-8
Beteiligungsbuchwert nach Equity-Methode Stand Jahresende	657

¹ Die Angaben enthalten auch die Effekte aus der Übertragung der GASCADE Gastransport GmbH und NEL Gastransport GmbH auf die W & G Infrastruktur Finanzierungs-GmbH.

Zudem ist W & G Infrastruktur Finanzierungs-GmbH in die bislang zwischen WIGA Transport Beteiligungs-GmbH & Co. KG und einem internationalen Bankenkonsortium bestehende Finanzierung eingetreten; W & G Infrastruktur Finanzierungs-GmbH fungiert seit Dezember 2017 neben WIGA Transport Beteiligungs-GmbH & Co. KG als weiterer Kreditnehmer und hat 925 Millionen € der bislang von WIGA Transport Beteiligungs-GmbH & Co. KG getragenen Finanzverbindlichkeiten gegen Übertragung von Darlehensforderungen an GASCADE Gastransport GmbH und NEL Gastransport GmbH sowie Barmittel übernommen. Diese wurden in den Cash-Pool der BASF-Gruppe eingelegt. Damit hat W & G Infrastruktur Finanzierungs-GmbH die Finanzierungsfunktion für diese beiden im regulierten Gastransportgeschäft tätigen Gesellschaften übernommen.

Bei den nicht wesentlichen nach der Equity-Methode bilanzierten Joint Ventures handelt es sich insbesondere um

- Wintershall Noordzee B.V., Rijswijk/Niederlande, mit dem Partner Gazprom (BASF-Anteil 50 %),
- N.E. Chemcat Corporation, Tokio/Japan, mit dem Partner Sumitomo Metal Mining Co. Ltd. (BASF-Anteil 50 %),
- Heesung Catalysts Corporation, Seoul/Südkorea, mit dem Partner Heesung (BASF-Anteil 50 %).

Nicht wesentliche Joint Ventures, die nach der Equity-Methode bilanziert werden (BASF-Anteil) (Millionen €)

	2017	2016
Beteiligungsbuchwert nach Equity-Methode Stand Jahresanfang	823	825
Anteiliger Jahresüberschuss	140	–9
Anteilige Veränderung des Sonstigen Eigenkapitals	–27	19
Gesamtergebnis der Gesellschaften	113	10
Kapitalmaßnahmen/Dividenden/Änderungen des Konsolidierungskreises/sonstige Anpassungen	–80	–8
Sonstige ergebniswirksame Anpassungen	–4	–4
Beteiligungsbuchwert nach Equity-Methode Stand Jahresende	852	823

Wesentliches nach der Equity-Methode bilanziertes assoziiertes Unternehmen ist die Joint Stock Company Achim Trading, Moskau/Russland (BASF-Anteil 18,01 %, wirtschaftlicher Anteil 25,01 %) – mit dem Partner Gazprom – zur Vermarktung der Produktion der Blöcke IV/V der Achimov-Formation. Der gegenüber dem Vorjahr unveränderte Beteiligungsbuchwert in Höhe von 768 Millionen € entstand aus der Fair-Value-Bewertung infolge des Tauschs von Vermögenswerten mit Gazprom zum 30. September 2015. Die Gesellschaft wird ihre wirtschaftliche Aktivität erst mit dem für das Jahr 2020 geplanten Beginn der Produktion der Blöcke IV/V aufnehmen. Daher sind für das Jahr 2017 keine relevanten Finanzinformationen gemäß IFRS 12 darzustellen.

Bei den nicht wesentlichen nach der Equity-Methode bilanzierten assoziierten Unternehmen handelt es sich insbesondere um

- OAO Severneftegazprom, Krasnoselkup/Russland (BASF-Anteil 25 %, wirtschaftliche Beteiligung 35 %),
- Nord Stream AG, Zug/Schweiz, die trotz eines BASF-Anteils von 15,5 % als assoziiertes Unternehmen eingestuft wird, da BASF in einigen relevanten Gremienentscheidungen einen maßgeblichen Einfluss auf die Gesellschaft ausüben kann,
- Stahl Lux 2 S.A., Luxemburg (BASF-Anteil 16,6 %); trotz eines BASF-Anteils von 16,6 % wird das Unternehmen als assoziiertes Unternehmen eingestuft, da BASF in einigen relevanten Gremienentscheidungen einen maßgeblichen Einfluss auf die Gesellschaft ausüben kann,
- Wintershall AG, Kassel, in der gemeinsam mit Gazprom Libyen Verwaltungs GmbH libysche Explorations- und Produktionstätigkeiten betrieben werden (BASF-Anteil 51 %). Bei der Gesellschaft ist die Beeinflussbarkeit der variablen Rückflüsse nach Ertragsteuern durch die vertraglichen Regelungen mit dem libyschen Staat eng begrenzt, so dass nach IFRS 10 die Gesellschaft trotz eines Kapitalanteils von 51 % nicht beherrscht wird.

Nicht wesentliche assoziierte Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden (BASF-Anteil) (Millionen €)

	2017	2016
Beteiligungsbuchwert nach Equity-Methode Stand Jahresanfang	1.554	1.434
Anteiliger Jahresüberschuss	151	109
Anteilige Veränderung des Sonstigen Eigenkapitals	–31	100
Gesamtergebnis der Gesellschaften	120	209
Kapitalmaßnahmen/Dividenden/Änderungen des Konsolidierungskreises/sonstige Anpassungen	–114	–90
Sonstige ergebniswirksame Anpassungen	–1	1
Beteiligungsbuchwert nach Equity-Methode Stand Jahresende	1.559	1.554

2.4 Akquisitionen und Devestitionen

Akquisitionen

Folgende Aktivitäten wurden von BASF im Jahr 2017 erworben:

- Mit Wirkung zum 1. Januar 2017 übernahm BASF vom Henkel-Konzern das westeuropäische Bauchemiegeschäft mit den Marken Thomsit® und Ceresit® für Boden- und Fliesenverlegesysteme sowie Abdichtungen für professionelle Anwender. Damit hat BASF das Portfolio im Bauchemiegeschäft der PCI-Gruppe, die zum Unternehmensbereich Construction Chemicals gehört, verstärkt.
- Am 7. Februar 2017 erwarb BASF das bisher in Privatbesitz befindliche Unternehmen Rolic AG mit Sitz in Allschwil/Schweiz. Das Unternehmen entwickelt und vertreibt gebrauchsfertige Formulierungen und funktionale Folienprodukte für Displays und Sicherheitsdokumente sowie für Barrierematerialien und Folien. Mit der Akquisition erweiterte BASF ihr technologisches Know-how sowie das Produktportfolio bei Displaymaterialien. Der wesentliche Anteil der Aktivitäten wurde in den Unternehmensbereich Dispersions & Pigments integriert und ein kleinerer Teil in den Unternehmensbereich Coatings.
- Am 24. Mai 2017 hat BASF das Unternehmen ZedX Inc., Bellefonte/Pennsylvania, übernommen. Das Unternehmen entwickelt agronomische Modelle für Wetter, Pflanzenwachstum und Pflanzenbefall, die eine effizientere landwirtschaftliche Produktion ermöglichen. Mit der Übernahme des Geschäfts in den Unternehmensbereich Crop Protection hat BASF ihre Aktivitäten im Bereich der digitalen Landwirtschaft verstärkt.
- Am 4. September 2017 hat BASF die Übernahme des Unternehmens GRUPO Thermotek, eines führenden Herstellers von Abdichtungssystemen in Mexiko mit Sitz in Monterrey/Mexiko, abgeschlossen. Durch diese Akquisition stärkt der Unternehmensbereich Construction Chemicals seine Absatzkanäle und sein Produktportfolio vor allem in Mexiko. Die Transaktion umfasste unter anderem die Marken Thermotek® und Chovatek®.

Die Summe der Kaufpreise der im Jahr 2017 erworbenen Geschäfte und der Kaufpreisanpassung aus Akquisitionen des Vorjahres betrug 154 Millionen € inklusive einer bedingten Gegenleistung. Die Auszahlungen beliefen sich bis zum 31. Dezember 2017 auf 155 Millionen €. Die Aufteilung der Kaufpreise erfolgte auf Basis von Bewertungen nach IFRS 3. Daraus resultierte ein Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von

97 Millionen €. Die Kaufpreisaufteilungen berücksichtigen sämtliche bis zur Aufstellung dieses Abschlusses verfügbaren Informationen über Fakten und Umstände, die zum jeweiligen Erwerbszeitpunkt bestanden. Soweit innerhalb des 12-monatigen Bewertungszeitraums nach IFRS 3 weitere solche Fakten und Umstände bekannt werden, erfolgt eine entsprechende Anpassung der Kaufpreisaufteilung.

Folgende Aktivitäten wurden von BASF im Jahr 2016 erworben:

- Am 26. September 2016 hat BASF die Akquisition von Guangdong Yinfan Chemistry („Yinfan“), Jiangmen/China, abgeschlossen und in den Unternehmensbereich Coatings integriert. BASF erweiterte mit dieser Akquisition ihr Angebot an Autoreparaturlacken in Asien-Pazifik um die Yinfan-Produktlinie und erhielt Zugang zu einer hochmodernen Produktionsanlage für Autoreparaturlacke in China.
- Am 14. Dezember 2016 vollzog BASF den Erwerb des globalen Oberflächentechnik-Anbieters Chemetall von Albemarle Corp., Charlotte/North Carolina. Mit der Übernahme des Geschäfts hat der Unternehmensbereich Coatings sein Portfolio um maßgeschneiderte Technologie- und Systemlösungen für die Behandlung von Ober-

flächen ergänzt. Der Kaufpreis betrug nach Anpassungen auf den übernommenen Bestand an Nettofinanzmitteln und Nettoumlaufvermögen 3,1 Milliarden US\$.

Die vorläufige Kaufpreisallokation für den Erwerb von Chemetall wurde am Ende des 12-monatigen Bewertungszeitraums nach IFRS 3 überprüft und aufgrund detaillierterer Informationen zu Steuersachverhalten, Pensionsrückstellungen sowie einer nachträglichen Kaufpreisanpassung korrigiert. Dies führte zu einem Rückgang des Nettoumlaufvermögens um 13 Millionen €. Unter Berücksichtigung einer zahlungswirksamen Anpassung ergab sich eine Erhöhung des Gesamtkaufpreises um 6 Millionen €. Die Anpassungen führten insgesamt zu einer Erhöhung des Geschäfts- oder Firmenwerts um 19 Millionen € auf 1.564 Millionen €. Der erfasste Geschäfts- oder Firmenwert resultierte im Wesentlichen aus Umsatzsynergien, die sich aus der Erweiterung des Portfolios ergaben, sowie in kleinerem Umfang aus Kostensynergien.

Die folgende Übersicht zeigt die Auswirkungen der Akquisitionen in den Jahren 2017 und 2016 auf den Konzernabschluss. Sofern im Zuge von Akquisitionen Vermögenswerte hingegeben oder zusätzliche Verpflichtungen eingegangen wurden, wird die saldierte Auswirkung dargestellt.

Auswirkung der Akquisitionen und der Änderungen vorläufiger Kaufpreisaufteilungen

	2017		2016	
	Millionen €	%	Millionen €	%
Geschäfts- oder Firmenwert	97	1,0	1.552	15,4
Übrige immaterielle Vermögenswerte	138	3,3	1.237	24,3
Sachanlagen	8	.	155	0,6
Finanzanlagen	3	0,1	45	0,9
Übriges Vermögen	–3	–0,1	20	0,5
Langfristige Vermögenswerte	243	0,5	3.009	6,0
Kurzfristige Vermögenswerte	18	0,1	358	1,4
davon Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	5	0,1	81	5,9
Vermögen	261	0,3	3.367	4,4
Eigenkapital	–	–	–	–
Langfristiges Fremdkapital	40	0,1	356	1,2
davon Finanzschulden	–	–	–	–
Kurzfristiges Fremdkapital	66	0,4	162	1,1
davon Finanzschulden	–	–	–	–
Kapital	106	0,1	518	0,7
Auszahlungen für Akquisitionen	155		2.849	

Devestitionen

Folgende Aktivitäten wurden von BASF im Jahr 2017 veräußert:

- Am 28. Februar 2017 hat BASF ihr Geschäft mit anorganischen Spezialitäten an Edgewater Capital Partners LP, Cleveland/Ohio, verkauft. Die Transaktion umfasste die Produktionsstätte Evans City/Pennsylvania und die Produktlinien Spezialalkoholate, Borane und Alkalimetalle, die am Standort produziert wurden, im Unternehmensbereich Intermediates.
- Am 17. Juli 2017 veräußerte BASF die Geschäfte Bleaching Clay und Mineral Adsorbents (Ton- und Bleicherden) an EP Minerals LLC, Reno/Nevada. Die Veräußerung betraf eine globale Geschäftseinheit des Unternehmensbereichs Cata-

lysts und umfasst einen Produktionsstandort sowie eine Tonerdenmine in Mississippi und die sublizenzierten Mineralschürfrechte für eine Mine in Arizona. 66 Mitarbeiter sind zu EP Minerals LLC übergetreten.

- Am 29. September 2017 vollzog BASF den Zusammenschluss des globalen Lederchemikaliengeschäfts im Unternehmensbereich Performance Chemicals mit der Stahl-Gruppe. Die Transaktion umfasste das weltweite Lederchemikaliengeschäft sowie den Produktionsstandort für Lederchemikalien in L'Hospitalet/Spanien. Weltweit waren rund 210 Stellen betroffen, davon 110 in Asien. Gemäß der Vereinbarung erhielt BASF eine Beteiligung in

Höhe von 16 % an der Stahl-Gruppe sowie eine Zahlung, die zu einem Sonderertrag führten. Darüber hinaus wird BASF mittel- bis langfristig signifikante Mengen an Lederchemikalien an Stahl liefern.

- Am 30. September 2017 schloss BASF den Verkauf des Produktionsstandorts für Elektrolyte in Suzhou/China an Shenzhen Capchem Technology Co. LTD., Shenzhen/China, ab. Der Standort war dem Unternehmensbereich Catalysts zugeordnet.

Folgende Aktivitäten wurden von BASF im Jahr 2016 veräußert:

- Am 30. Juni 2016 schloss BASF den Verkauf des globalen Geschäfts mit Polyolefin-Katalysatoren an W.R. Grace & Co., Columbia/Maryland, ab. Die Transaktion beinhaltete Technologien, Patente, Marken und den Transfer von Produktionsanlagen in Pasadena/Texas und Tarragona/Spanien. Rund 170 Mitarbeiter sind dabei zu Grace übergetreten. Die Aktivitäten waren dem Unternehmensbereich Catalysts zugeordnet.

- Am 26. August 2016 hat BASF ihr weltweites Photo-initiatorengeschäft im Unternehmensbereich Dispersions & Pigments an IGM Resins B.V., Waalwijk/Niederlande, verkauft. Die Transaktion umfasste Technologien, Patente, Marken, Kundenbeziehungen, Verträge, Vorräte sowie den Produktionsstandort im italienischen Mortara. Weltweit betraf der Verkauf etwa 120 Mitarbeiter.
- Am 14. Dezember 2016 veräußerte BASF das Geschäft mit Industrielacken des Unternehmensbereichs Coatings an die AkzoNobel-Gruppe. Die Transaktion beinhaltete Technologien, Patente, Marken, Kundenbeziehungen, Vorräte sowie den Transfer von zwei Produktionsstätten in England und Südafrika.

Die folgende Übersicht zeigt die Auswirkungen der Devestitionen in den Jahren 2017 und 2016 auf den Konzernabschluss. Beim Umsatz wird der durch die Devestitionen verursachte Rückgang gegenüber dem Vorjahr dargestellt. Die Auswirkung auf das Eigenkapital betrifft im Wesentlichen Abgangsgewinne beziehungsweise -verluste aus Devestitionen.

Auswirkungen der Devestitionen

	2017		2016	
	Millionen €	%	Millionen €	%
Umsatz	–460	–0,8	–10.718 ¹	–15,2
Langfristige Vermögenswerte	93	0,2	–234	–0,5
davon Sachanlagen	–50	–0,2	–97	–0,4
Kurzfristige Vermögenswerte	–48	–0,2	–64	–0,3
davon Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	–	–	–	–
Vermögen	45	0,1	–298	–0,4
Eigenkapital	239	0,7	467	1,4
Langfristiges Fremdkapital	–13	.	–63	–0,2
davon Finanzschulden	–	–	–	–
Kurzfristiges Fremdkapital	–4	.	–1	.
davon Finanzschulden	–	–	–	–
Kapital	222	0,3	403	0,5
Einzahlungen aus Devestitionen	177		701	

¹ Davon aus Asset-Tausch mit Gazprom –10.244 Millionen € (–14,5 %)

Vereinbarte Transaktionen

Am 18. September 2017 unterzeichnete BASF mit der Unternehmensgruppe Solvay eine Vereinbarung zum Erwerb von Solvays globalem Polyamidgeschäft. Vorbehaltlich der Genehmigung durch die zuständigen Wettbewerbsbehörden sowie der Zustimmung eines Joint-Venture-Partners streben Solvay und BASF an, die Transaktion im dritten Quartal 2018 abzuschließen. Das Portfolio von BASF für technische Kunststoffe würde durch die Akquisition ergänzt und die Position des Unternehmens als Anbieter von Lösungen für die Transport-, Bau- und Konsumgüterindustrie sowie für weitere industrielle Anwendungen gestärkt. BASF plant, das globale Polyamidgeschäft in die Unternehmensbereiche Performance Materials und Monomers zu integrieren. Der Kaufpreis ohne Berücksichtigung von Barmitteln, Fremdkapital sowie weiterer Anpassungen beträgt 1,6 Milliarden €. Die Vereinbarung sieht

bei Nichtzustandekommen der Transaktion unter bestimmten Bedingungen eine Zahlung in Höhe von 150 Millionen € von BASF an Solvay vor.

Am 13. Oktober 2017 gab BASF die Unterzeichnung einer Vereinbarung über den Erwerb wesentlicher Teile der Saatgut- und nichtselektiven Herbizidgeschäfte von Bayer bekannt. Der Kauf umfasst Bayers globales Geschäft mit Glufosinat-Ammonium, das unter den Marken Liberty®, Basta® und Finale® vermarktet wird, sowie die Saatgutgeschäfte für wichtige Feldkulturen in ausgewählten Märkten. Die Transaktion schließt zudem die Trait-Forschung und die Züchtungskapazitäten von Bayer für diese Kulturen ein. BASF wird die Produktions- und Formulierungsstandorte für Glufosinat-Ammonium in Deutschland, den USA und in Kanada übernehmen, ebenso die Züchtungsstationen in Nordamerika, Südamerika und Europa sowie die Trait-Forschungseinrichtungen in den USA und in Europa. Mit

dem Zukauf, der vorbehaltlich des Abschlusses der Übernahme von Monsanto durch Bayer und der Genehmigung durch die zuständigen Behörden im ersten Halbjahr 2018 erwartet wird, erweitert BASF ihr Pflanzenschutzgeschäft, stärkt das Herbizidportfolio und steigt in wichtigen Agrarmärkten in ein eigenes Saatgutgeschäft ein. Mit dem Erwerb sollen mehr als 1.800 Mitarbeiter zu BASF übertreten. Damit stärkt BASF den Unternehmensbereich Crop Protection. Der Kaufpreis beträgt 5,9 Milliarden €, vorbehaltlich bestimmter Anpassungen zum Abschluss der Transaktion.

Beabsichtigte Transaktionen

Am 7. Dezember 2017 unterzeichnete BASF mit der Unternehmensgruppe LetterOne eine Absichtserklärung über

den Zusammenschluss der jeweiligen Öl-und-Gas-Geschäfte in einem Joint Venture, das unter dem Namen Wintershall DEA firmieren soll. Endgültige Transaktionsvereinbarungen sollen in den kommenden Monaten verhandelt werden. Vorbehaltlich der üblichen behördlichen Genehmigungen könnte die Transaktion in der zweiten Jahreshälfte 2018 abgeschlossen werden. Es besteht keine Gewissheit, dass BASF mit LetterOne endgültige Vereinbarungen abschließt oder die angestrebte Transaktion vollzogen wird. Aufgrund dieser Unsicherheit stellt BASF das Öl-und-Gas-Geschäft weiterhin im fortgeführten Geschäft dar.

 Mehr dazu im Konzernlagebericht ab Seite 86

3 Anteilsbesitzliste der BASF-Gruppe gemäß § 313 Abs. 2 HGB

Die Zusammenstellung der in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften und des gesamten Anteilsbesitzes gemäß § 313 Abs. 2 HGB und die Angaben zur Befreiung von Tochtergesellschaften von Bilanzierungs- und Offenlegungspflichten sind Bestandteil des testierten und

im elektronischen Bundesanzeiger eingereichten Konzernabschlusses. Die Anteilsbesitzliste ist außerdem im Internet veröffentlicht.

 Mehr dazu unter basf.com/de/governance

4 Berichterstattung nach Segmenten und Regionen

Das Geschäft der BASF-Gruppe wird von dreizehn Unternehmensbereichen geführt, die zu fünf berichtspflichtigen Segmenten zusammengefasst sind. Die Zusammenfassung zu Segmenten erfolgt auf Grundlage der Geschäftsmodelle der Unternehmensbereiche. Segmente und Unternehmensbereiche tragen englische Bezeichnungen.

Das Segment Chemicals umfasst das klassische Chemiegeschäft mit Basischemikalien und Zwischenprodukten. Der Fokus liegt dabei auf Kostenführerschaft in den Wertschöpfungsketten, effizienten und zuverlässigen Produktions- und Logistikprozessen sowie Prozessinnovationen. Das Segment bildet den Kern des Produktionsverbunds der BASF und ist Ausgangspunkt für einen Großteil der Wertschöpfungsketten. Neben der Belieferung der Chemieindustrie und zahlreichen weiteren Branchen stellt Chemicals die Versorgung anderer Segmente der BASF mit Chemikalien zur Herstellung höherveredelter Produkte sicher. Chemicals umfasst die Bereiche Petrochemicals, Monomers und Intermediates.

Das Segment Performance Products besteht aus den Unternehmensbereichen Dispersions & Pigments, Care Chemicals, Nutrition & Health und Performance Chemicals. Maßgeschneiderte Lösungen stehen im Vordergrund. Sie erlauben den Kunden unter anderem, ihren Produkten verbesserte Anwendungseigenschaften zu verleihen oder Produktionsprozesse zu optimieren. Enger Kundenkontakt und die Erfüllung der hohen Anforderungen verschiedenster Industrien sind für den Geschäftserfolg maßgeblich. Zum 1. Januar 2017 wurden die Aktivitäten der Unternehmensbereiche Monomers und Dispersions & Pigments für die Elektronikindustrie in der globalen Geschäftseinheit Electronic Materials im Unternehmensbereich Dispersions & Pigments des Segments Performance Products zusammengeführt. Damit stärkt BASF ihre

Position als strategischer Partner der großen Elektronikproduzenten. Die Zahlen für das Jahr 2016 wurden entsprechend angepasst.

Im Segment Functional Materials & Solutions sind branchen- und kundenspezifische Systemlösungen, Dienstleistungen und innovative Produkte gebündelt, insbesondere für die Automobil-, Elektro-, Chemie- und Bauindustrie sowie für Anwendungen in Haushalt, Sport und Freizeit. Ein tiefes Anwendungsverständnis, die Entwicklung von Innovationen in enger Partnerschaft mit den Kunden und die Anpassung an regional unterschiedliche Bedürfnisse sind wesentliche Erfolgsfaktoren. Das Segment umfasst die Unternehmensbereiche Catalysts, Construction Chemicals, Coatings und Performance Materials.

Das Segment Agricultural Solutions enthält den Unternehmensbereich Crop Protection, der auf den Gebieten chemischer und biologischer Pflanzenschutz, Saatgutbehandlung, Wassermanagement sowie Nährstoffversorgung und Stressbewältigung von Pflanzen aktiv ist. Er bietet Landwirten innovative, auch von digitalen Technologien unterstützte Lösungen und kombiniert sie mit einer praxisnahen Beratung. Die Forschung in der Pflanzenbiotechnologie ist nicht dem Segment zugeordnet, sondern wird unter Sonstige berichtet.

Das Segment Oil & Gas besteht aus dem gleichnamigen Unternehmensbereich und konzentriert sich auf die Exploration und Produktion in öl- und gasreichen Regionen in Europa, Nordafrika, Russland, Südamerika sowie im Nahen Osten. Es profitiert dabei von starken Partnerschaften und seinem Technologiewissen. In Europa ist das Segment gemeinsam mit dem russischen Partner Gazprom auch im Transport von Erdgas aktiv.

Die keinem Unternehmensbereich zugeordneten Aktivitäten werden unter Sonstige ausgewiesen. Hierzu gehören Rohstoffverkäufe, Ingenieur- und sonstige Dienstleistungen, Vermietung und Verpachtung, die Steuerung der BASF-Gruppe durch die Konzernzentrale sowie die bereichsübergreifende Konzernforschung. Die bereichsübergreifende Konzernforschung, zu der auch die Forschung in der Pflanzenbiotechnologie gehört, bearbeitet langfristige, für die BASF-Gruppe strategisch wichtige Themenfelder. Darüber hinaus steht die Neuerschließung spezifischer Schlüsseltechnologien im Fokus, die für die Unternehmensbereiche von zentraler Bedeutung sind.

Ferner sind in Sonstige nicht den Segmenten zugeordnete Währungsergebnisse und Ergebnisse aus Sicherungs-

geschäften gegen Rohstoffpreis- und Fremdwährungsrisiken enthalten. Außerdem werden hier Erträge und Aufwendungen aus dem Long-Term-Incentive-Programm (LTI-Programm) ausgewiesen.

Transfers zwischen den Segmenten werden grundsätzlich auf der Basis von angepassten Marktpreisen abgerechnet, welche die höhere Kosteneffizienz sowie das geringere Risiko gruppeninterner Transaktionen berücksichtigen. Die Zuordnung von Vermögenswerten und deren Abschreibungen zu den Segmenten erfolgt entsprechend der wirtschaftlichen Verfügungsgewalt. Von mehreren Segmenten gemeinsam genutzte Vermögenswerte werden nach der anteiligen Nutzung zugeordnet.

Ergebnis der Betriebstätigkeit (EBIT) von Sonstige (Millionen €)

	2017	2016
Kosten der bereichsübergreifenden Konzernforschung	-379	-395
Kosten der Konzernzentrale	-224	-222
Sonstige Geschäfte	81	39
Währungsergebnisse, Sicherungsgeschäfte und sonstige Bewertungseffekte	-28	-331
Übrige Aufwendungen und Erträge	-249	-182
Ergebnis der Betriebstätigkeit von Sonstige	-799	-1.091

Das **Ergebnis der Betriebstätigkeit von Sonstige** stieg im Vorjahresvergleich um 292 Millionen € auf -799 Millionen €. Die **Kosten der bereichsübergreifenden Konzernforschung** verringerten sich um 16 Millionen € auf 379 Millionen €, während die **Kosten der Konzernzentrale** mit 224 Millionen € um 2 Millionen € über Vorjahresniveau lagen. Das Ergebnis der **Sonstigen Geschäfte** erhöhte sich um 42 Millionen € auf 81 Millionen €. Die Position **Währungsergebnisse, Sicherungsgeschäfte und sonstige Bewertungseffekte** stieg um

303 Millionen € auf -28 Millionen €. Grund hierfür waren die Rückstellungen für das LTI-Programm: Erträgen in Höhe von 68 Millionen € aus ihrer teilweisen Auflösung im Jahr 2017 standen Aufwendungen in Höhe von 267 Millionen € aus Zuführungen im Vorjahr gegenüber. Die Position **Übrige Aufwendungen und Erträge** betrug -249 Millionen € nach -182 Millionen € im Vorjahr.

Vermögen von Sonstige (Millionen €)

	31.12.2017	31.12.2016
Vermögen der unter Sonstige erfassten Geschäfte	2.007	1.959
Finanzanlagen	606	605
Latente Steueransprüche	2.118	2.513
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente/kurzfristige Wertpapiere	6.547	1.911
Vermögenswerte aus überdeckten Pensionsplänen	70	66
Übrige Forderungen/Rechnungsabgrenzungsposten	2.328	2.320
Vermögen von Sonstige	13.676	9.374

Überleitungsrechnung Oil & Gas (Millionen €)

	2017	2016
Ergebnis der Betriebstätigkeit	1.043	499
Beteiligungsergebnis	1	6
Übriges Ergebnis	-126	-74
Ergebnis vor Ertragsteuern	918	431
Ertragsteuern	-158	7
Jahresüberschuss	760	438
Anteile anderer Gesellschafter	-41	-76
Jahresüberschuss nach Anteilen anderer Gesellschafter	719	362

Die Überleitungsrechnung Oil & Gas leitet das Ergebnis der Betriebstätigkeit des Segments Oil & Gas über auf den Beitrag des Segments zum Jahresüberschuss nach Anteilen anderer Gesellschafter der BASF-Gruppe.

Das **Ergebnis der Betriebstätigkeit** erhöhte sich im Berichtsjahr 2017 deutlich gegenüber dem Vorjahr. Dies ist vor allem auf die gestiegenen Öl- und Gaspreise, den höheren Ergebnisbeitrag aus der Beteiligung am Erdgasfeld Juschno Russkoje, auf Zuschreibungen in Norwegen und den Niederlanden sowie auf den Verkauf von Anteilen an der Konzession Aguada Pichana in Argentinien zurückzuführen. Im Vorjahr wurden bei der Beteiligung am Erdgasfeld Juschno Russkoje – wie vertraglich mit dem Partner Gazprom vereinbart – die in

den zehn Jahren vor dem Jahr 2016 bezogenen Mehrmengen ausgeglichen. Gegenläufig wirkte eine Wertminderung des Explorationspotenzials in Norwegen.

Das **Übrige Ergebnis** von Oil & Gas umfasst die nicht im Ergebnis der Betriebstätigkeit des Segments erfassten Aufwendungen und Erträge, das Zinsergebnis sowie das Übrige Finanzergebnis. Das Übrige Ergebnis resultierte, wie im Vorjahr, hauptsächlich aus Währungseffekten aus Gruppendarlehen.

Höhere Ertragsteuern im Jahr 2017 ergaben sich im Wesentlichen aus höheren Ergebnissen in Norwegen.

Segmente 2017 (Millionen €)

	Chemicals	Performance Products	Functional Materials & Solutions	Agricultural Solutions	Oil & Gas	Sonstige	BASF-Gruppe
Umsatz	16.331	16.217	20.745	5.696	3.244	2.242	64.475
Transfers zwischen den Segmenten	6.063	506	805	36	409	-2	7.817
Umsatz inklusive Transfers	22.394	16.723	21.550	5.732	3.653	2.240	72.292
Ergebnis der Betriebstätigkeit	4.208	1.510	1.545	1.015	1.043	-799	8.522
Vermögen	13.233	14.432	17.364	8.096	11.967	13.676	78.768
davon Geschäfts-/Firmenwerte	56	2.078	3.718	1.929	1.504	68	9.353
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	103	1.048	2.045	208	804	33	4.241
Sachanlagen	7.497	5.000	4.163	1.366	6.363	869	25.258
At Equity bilanzierte Beteiligungen	1.026	369	393	-	2.556	371	4.715
Schulden	4.461	5.419	4.385	1.768	2.222	25.757	44.012
Forschungs- und Entwicklungskosten	128	395	431	507	46	381	1.888
Zugänge zu Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten (inklusive Akquisitionen)	1.149	800	1.056	185	988	186	4.364
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	1.166	917	706	267	1.026	120	4.202
davon Wertminderungen und Wertaufholungen	129	53	28	2	-79	7	140

Segmente 2016 (Millionen €)

	Chemicals ¹	Performance Products ¹	Functional Materials & Solutions	Agricultural Solutions	Oil & Gas	Sonstige	BASF-Gruppe
Umsatz	12.905	15.558	18.732	5.569	2.768	2.018	57.550
Transfers zwischen den Segmenten	4.832	469	736	33	331	1	6.402
Umsatz inklusive Transfers	17.737	16.027	19.468	5.602	3.099	2.019	63.952
Ergebnis der Betriebstätigkeit	1.953	1.678	2.199	1.037	499	-1.091	6.275
Vermögen	13.124	14.911	17.359	8.899	12.829	9.374	76.496
davon Geschäfts-/Firmenwerte	61	2.228	3.909	2.093	1.712	70	10.073
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	136	1.227	2.305	263	1.121	37	5.089
Sachanlagen	7.929	5.365	4.065	1.543	6.678	833	26.413
At Equity bilanzierte Beteiligungen	1.027	193	423	-	2.581	423	4.647
Schulden	4.532	5.840	4.328	1.853	2.190	25.185	43.928
Forschungs- und Entwicklungskosten	145	399	393	489	39	398	1.863
Zugänge zu Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten (inklusive Akquisitionen)	1.185	892	3.679	266	1.115	121	7.258
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	1.161	899	707	268	1.097	119	4.251
davon Wertminderungen und Wertaufholungen	86	26	152	29	4	16	313

¹ Zum 1. Januar 2017 wurden die Aktivitäten der Unternehmensbereiche Monomers und Dispersions & Pigments für die Elektronikindustrie zusammengeführt und als globale Geschäftseinheit Electronic Materials dem Bereich Dispersions & Pigments zugeordnet. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die betroffenen Werte für 2016 entsprechend angepasst.

Regionen 2017 (Millionen €)

	Europa	davon Deutsch- land	Nord- amerika	Asien- Pazifik	Südamerika, Afrika, Nahe Osten	BASF- Gruppe
Sitz der Kunden						
Umsatz	29.214	8.359	15.357	14.343	5.561	64.475
Anteil %	45,3	13,0	23,8	22,3	8,6	100,0
Sitz der Gesellschaften						
Umsatz	30.778	19.873	15.937	13.658	4.102	64.475
Umsatz inklusive Transfers ¹	37.987	25.674	18.570	14.534	4.409	75.500
Ergebnis der Betriebstätigkeit	4.742	1.913	1.236	2.209	335	8.522
Vermögen	43.924	24.631	16.201	13.547	5.096	78.768
davon Immaterielle Vermögenswerte	7.167	2.736	4.428	1.499	500	13.594
Sachanlagen	13.876	7.019	5.281	4.337	1.764	25.258
At Equity bilanzierte Beteiligungen	3.153	989	115	1.447	–	4.715
Zugänge zu Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten (inklusive Akquisitionen)	2.455	1.228	958	711	240	4.364
Abschreibungen einschließlich Wertminderungen und Wertaufholungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	2.399	1.234	1.011	516	276	4.202

Regionen 2016 (Millionen €)

	Europa	davon Deutsch- land	Nord- amerika	Asien- Pazifik	Südamerika, Afrika, Nahe Osten	BASF- Gruppe
Sitz der Kunden						
Umsatz	26.039	7.412	14.042	12.165	5.304	57.550
Anteil %	45,3	12,9	24,4	21,1	9,2	100,0
Sitz der Gesellschaften						
Umsatz	27.221	17.540	14.682	11.512	4.135	57.550
Umsatz inklusive Transfers ¹	34.234	23.241	17.060	12.269	4.361	67.924
Ergebnis der Betriebstätigkeit	3.632	1.582	1.113	1.098	432	6.275
Vermögen	40.086	21.120	17.714	12.869	5.827	76.496
davon Immaterielle Vermögenswerte	7.925	3.249	5.048	1.661	528	15.162
Sachanlagen	13.990	6.915	6.055	4.421	1.947	26.413
At Equity bilanzierte Beteiligungen	3.052	1.120	119	1.476	–	4.647
Zugänge zu Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten (inklusive Akquisitionen)	4.114	2.912	1.424	1.437	283	7.258
Abschreibungen einschließlich Wertminderungen und Wertaufholungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	2.526	1.224	1.018	463	244	4.251

¹ Die Summe der Umsätze inklusive Transfers über alle Regionen kann von der Summe der Umsätze inklusive Transfers über alle Segmente abweichen, da Segmente global betrachtet werden und daher Lieferungen und Leistungen zwischen Regionen innerhalb desselben Segments keinen Transfer darstellen.

Auf die USA entfielen im Jahr 2017 Umsatzerlöse mit Dritten in Höhe von 13.909 Millionen € (2016: 12.831 Millionen €) nach Sitz der Gesellschaften und in Höhe von 13.127 Millionen € (2016: 11.985 Millionen €) nach Sitz der Kunden.

In den USA betrugen die immateriellen Vermögenswerte, Sachanlagen und at Equity bilanzierten Beteiligungen 9.014 Millionen €, nach 10.342 Millionen € im Vorjahr.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

5 Ergebnis je Aktie

Ergebnis je Aktie

	2017	2016
Jahresüberschuss nach Anteilen anderer Gesellschafter Millionen €	6.078	4.056
Gewichteter Durchschnitt ausstehender Aktien 1.000	918.479	918.479
Ergebnis je Aktie €	6,62	4,42
Verwässertes Ergebnis je Aktie €	6,61	4,41

Im verwässerten Ergebnis je Aktie ist gemäß IAS 33 ein potenzieller Verwässerungseffekt für die BASF-Aktien zu berücksichtigen, welche zukünftig im Rahmen des BASF-Aktienprogramms „Plus“ gewährt werden. Dies gilt unabhängig davon, dass die erforderlichen Aktien im Auftrag der BASF durch Dritte am Markt erworben werden und die Begebung neuer Aktien nicht vorgesehen ist. Der Verwässerungseffekt durch die Ausgabe von Plusaktien betrug im Jahr 2017 0,01 € (2016: 0,01 €).

6 Funktionskosten

Die Ermittlung der Funktionskosten nach dem Umsatzkostenverfahren erfolgt für die verursachenden betrieblichen Funktionen auf der Grundlage der Kostenstellenrechnung. Die Funktionskosten beinhalten insbesondere die auf den zugeordneten Endkostenstellen angefallenen Personalkosten, Abschreibungen sowie die aus der Kosten- und Leistungsverrechnung abgeleiteten Kostenarten. Nicht den Funktionskosten zuordenbare operative Aufwendungen werden als Sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen.

📖 Mehr zu den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen unter Anmerkung 8 ab Seite 196

Herstellungskosten

In den Herstellungskosten sind sämtliche Herstell- und Einstandskosten der in der Periode verkauften Eigenerzeugnisse und Handelswaren enthalten, insbesondere Anlagen-, Energie- und Personalkosten.

Vertriebskosten

Die Vertriebskosten beinhalten insbesondere Marketing- und Werbekosten, Frachtkosten, Verpackungskosten, Kosten der Warendisposition, Provisionen und Lizenzkosten.

Allgemeine Verwaltungskosten

In den allgemeinen Verwaltungskosten sind im Wesentlichen Kosten der Zentraleinheiten, Kosten der Leitung von Geschäftseinheiten und Unternehmensbereichen sowie Kosten der Geschäftsführung, des Vorstands und des Aufsichtsrats enthalten.

Forschungs- und Entwicklungskosten

Die Forschungs- und Entwicklungskosten enthalten in Forschungsprojekten angefallene Kosten sowie für die Forschung notwendige Lizenzkosten.

📖 Mehr zu der Aufteilung der Forschungs- und Entwicklungskosten auf die Segmente unter Anmerkung 4 auf Seite 192

7 Sonstige betriebliche Erträge

Millionen €	2017	2016
Erträge aus der Anpassung und Auflösung von Rückstellungen, die in den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen gebildet wurden	74	80
Erlöse aus nicht betriebsüblichen sonstigen Geschäften	178	191
Erträge aus Fremdwährungs- und Sicherungsgeschäften sowie aus der Bewertung von LTI-Optionen	110	32
Erträge aus der Umrechnung von Fremdwährungsabschlüssen	44	57
Gewinne aus Devestitionen und dem Abgang von langfristigen Vermögenswerten	359	667
Wertaufholungen von langfristigen Vermögenswerten	189	2
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf betriebsbedingte Forderungen	38	35
Sonstige	924	716
Sonstige betriebliche Erträge	1.916	1.780

Erträge aus der Anpassung und Auflösung von Rückstellungen, die in den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen gebildet wurden, betrafen überwiegend Prozess- und Schadenersatzrisiken, Stilllegungs- und Restrukturierungsmaßnahmen, Personalverpflichtungen sowie eine Vielzahl weiterer Einzelposten im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit. Rückstellungen wurden aufgelöst oder angepasst, wenn nach den Verhältnissen am Bilanzstichtag nicht mehr oder mit einer geringeren Inanspruchnahme gerechnet wird.

📖 Mehr dazu unter Anmerkung 8 ab Seite 196

Erlöse aus nicht betriebsüblichen sonstigen Geschäften enthielten vor allem Miet- und Pächterträge sowie Erlöse aus Kantinenbetrieben, kulturellen Veranstaltungen und Logistikdienstleistungen.

Erträge aus Fremdwährungs- und Sicherungsgeschäften sowie aus der Bewertung von LTI-Optionen betrafen die Umrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten in fremder Währung sowie von Währungsderivaten und sonstigen Sicherungsgeschäften. Zusätzlich war im Jahr 2017 insgesamt ein Ertrag aus der Auflösung der Rückstellung für das Long-Term-Incentive-Programm (LTI-Programm) in Höhe von 68 Millionen € enthalten. Im Jahr 2016 entstand hingegen insgesamt ein Aufwand aus dem LTI-Programm in Höhe von 267 Millionen €. Dieser wurde in den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

Erträge aus der Umrechnung von Fremdwährungsabschlüssen enthielten Erträge aus der Umrechnung von Gesellschaften, bei denen sich die lokale Währung von der funktionalen Währung unterscheidet.

Gewinne aus Devestitionen und dem Abgang von langfristigen Vermögenswerten resultierten in Höhe von 195 Millionen € aus der Einbringung des Lederchemikaliengeschäfts in die Stahl-Gruppe. Außerdem ergab sich ein Ertrag in Höhe von 75 Millionen € aus dem Verkauf von Anteilen an Öl- und Gaskonzessionen in Argentinien. Im Vorjahr waren insbesondere Erträge in Höhe von 349 Millionen € aus der

Veräußerung des Geschäfts mit Industrielacken an AkzoNobel, Amsterdam/Niederlande, enthalten. Erträge in Höhe von 93 Millionen € basierten auf dem Verkauf des globalen Polyolefinkatalysatoren-Geschäfts an W.R. Grace & Co., Columbia/Maryland. Außerdem ergab sich ein Ertrag in Höhe von 83 Millionen € aus der Veräußerung des OLED-Patentportfolios an UDC Ireland Limited, Dublin/Irland. Erträge in Höhe von 72 Millionen € betrafen die Veräußerung von Immobilien in mehreren Ländern.

Wertaufholungen von langfristigen Vermögenswerten betrugen 189 Millionen € im Jahr 2017. Diese betrafen im Wesentlichen Öl- und Gasfelder in Norwegen.

Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf betriebsbedingte Forderungen resultierten überwiegend aus wertberichtigten Forderungen gegenüber Kunden, die beglichen wurden.

Sonstige Erträge enthielten Beihilfen und Zuwendungen der öffentlichen Hand in mehreren Ländern in Höhe von 133 Millionen € im Jahr 2017 und 156 Millionen € im Jahr 2016. Diese beruhten in beiden Jahren im Wesentlichen auf Preiskompensationen des argentinischen Staates an Gasproduzenten, welche im Rahmen des New Gas Price Schemes (NGPS) aufgrund der niedrigeren, zum Teil lokal regulierten Gaspreise eingeführt wurden.

Weitere Erträge resultierten aus Erstattungen, Kompensations- und Ausgleichszahlungen in Höhe von 431 Millionen € im Jahr 2017 und 291 Millionen € im Jahr 2016. Im Jahr 2017 beinhalteten diese im Wesentlichen Versicherungserstattungen für den Brandschaden im Landeshafen Nord in Ludwigshafen. Im Vorjahr betrafen diese überwiegend die Versicherungserstattungen infolge des Ausfalls einer Anlage in der Joint Operation Ellba C.V. in Moerdijk/Niederlande. Des Weiteren betrafen Erträge in beiden Jahren Gewinne aus dem Edelmetallhandel, Rückerstattungen von Verbrauchsteuern sowie eine Vielzahl weiterer Posten.

8 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Millionen €	2017	2016
Restrukturierungs- und Integrationsmaßnahmen	362	482
Umweltschutz- und Sicherheitsmaßnahmen, Abbruch-, Entsorgungs- und nicht aktivierungspflichtige Projektkosten	375	464
Abschreibungen und Wertminderungen auf langfristige Vermögenswerte	311	337
Gestehungskosten der nicht betriebstypischen sonstigen Geschäfte	163	179
Aufwendungen aus Fremdwährungs- und Sicherungsgeschäften sowie aus der Bewertung von LTI-Optionen	204	530
Verluste aus der Umrechnung von Fremdwährungsabschlüssen	51	17
Verluste aus Devestitionen und dem Abgang von langfristigen Vermögenswerten	106	43
Aufwand für die Exploration von Öl und Gas	104	94
Aufwand aus der Zuführung von Wertberichtigungen auf betriebsbedingte Forderungen	81	106
Aufwand aus Verbrauch von zu Marktwerten bewerteten Vorräten und Ausbuchung nicht verwertbarer Vorräte	220	277
Sonstige	972	604
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.949	3.133

Aufwendungen für **Restrukturierungs- und Integrationsmaßnahmen** betrafen hauptsächlich Abfindungen in Höhe von 83 Millionen € im Jahr 2017 und 190 Millionen € im Jahr 2016. Weitere Aufwendungen in Höhe von 38 Millionen € ergaben sich im Unternehmensbereich Coatings im Zusammenhang mit dem Erwerb des globalen Oberflächentechnik-Anbieters Chemetall. Im Unternehmensbereich Care Chemicals fielen Aufwendungen für Restrukturierungen in den USA in Höhe von 12 Millionen € an und im Unternehmensbereich Construction Chemicals in Höhe von 15 Millionen € für Restrukturierungen in Europa. Des Weiteren ergaben sich im Unternehmensbereich Crop Protection Aufwendungen in Höhe von 10 Millionen € im Zusammenhang mit dem Erwerb wesentlicher Teile der Saatgut- und nichtselektiven Herbizid-geschäfte von Bayer AG, Leverkusen. Aufwendungen in Höhe von 27 Millionen € im Jahr 2017 und 39 Millionen € im Jahr 2016 entstanden durch die Auslagerung der Rechenzentren. Im Vorjahr fielen hauptsächlich Aufwendungen im Unternehmensbereich Petrochemicals in Höhe von 37 Millionen € und im Unternehmensbereich Dispersions & Pigments in Höhe von 25 Millionen € an.

Aus **Umweltschutz- und Sicherheitsmaßnahmen, Abbruch-, Entsorgungs- und nicht aktivierungspflichtigen Projektkosten** resultierten Aufwendungen, soweit die Voraussetzungen für eine Aktivierung nach IFRS nicht vorlagen. Aufwendungen für Abbruch, Entsorgung und Projektplanung betrugen insgesamt 279 Millionen € im Jahr 2017 und 375 Millionen € im Jahr 2016. Diese entfielen in beiden Jahren insbesondere auf den Standort Ludwigshafen. Weiterhin fielen Aufwendungen in Höhe von 54 Millionen € im Jahr 2017 und 61 Millionen € im Jahr 2016 für die Zuführung zu Umweltschutzrückstellungen an. Diese betrafen in beiden Jahren mehrere stillgelegte Standorte in Nordamerika. Im Vorjahr wurden zudem Aufwendungen für Deponien in Deutschland erfasst.

Abschreibungen und Wertminderungen auf langfristige Vermögenswerte resultierten aus Wertminderungen im Segment Oil & Gas in Höhe von 83 Millionen € im Jahr 2017. Das Segment Performance Products verzeichnete Wertminderungen in Höhe von 23 Millionen € im Jahr 2017 und 6 Millionen € im Jahr 2016. Weitere Wertminderungen ergaben sich im Segment Functional Materials & Solutions in Höhe von 10 Millionen € im Jahr 2017 und 124 Millionen € im Jahr 2016. Im Vorjahr betrugen Wertminderungen im Segment Chemicals 67 Millionen € und im Segment Agricultural Solutions 24 Millionen €.

Die **Gestehungskosten der nicht betriebstypischen sonstigen Geschäfte** beziehen sich auf die unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesenen Posten.

📖 Mehr dazu unter Anmerkung 7 auf Seite 195

Aufwendungen aus Fremdwährungs- und Sicherungsgeschäften sowie aus der Bewertung von LTI-Optionen betrafen die Umrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten in fremder Währung sowie Marktwertveränderungen von Währungsderivaten und sonstigen Sicherungsgeschäften. Im Vergleich zum Vorjahr ergaben sich sowohl geringere Aufwendungen der Planumsatzsicherung durch die Abwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro als auch niedrigere Aufwendungen durch gesunkene Rückstellungen für das Long-Term-Incentive Programm.

📖 Mehr dazu unter Anmerkung 7 auf Seite 195

Verluste aus Devestitionen und dem Abgang von langfristigen Vermögenswerten entstanden im Jahr 2017 überwiegend aus Portfoliomaßnahmen in Nordamerika in Höhe von 70 Millionen €. Zudem fielen Aufwendungen in Höhe von 19 Millionen € im Zusammenhang mit der Devestition des globalen Geschäfts mit Industrielacken an die AkzoNobel-Gruppe im Dezember 2016 an. Im Vorjahr resultierten Verluste in Höhe von 17 Millionen € aus der Verringerung des Abgangsergebnisses aus dem Tausch von Vermögenswerten mit Gazprom im Rahmen der finalen Kaufpreisaufteilung.

Der **Aufwand aus der Zuführung von Wertberichtigungen auf betriebsbedingte Forderungen** sank im Vergleich zum Vorjahr um 25 Millionen €. Hauptgrund hierfür waren geringere Zuführungen in der Region Südamerika, Afrika, Naher Osten.

Sonstige Aufwendungen enthielten in beiden Jahren unter anderem Aufwendungen aus Anwaltshonoraren für Rechtsstreitigkeiten, aus REACH, aus der Erbringung von Dienst- und anderen Serviceleistungen sowie aus der Durchführung von weiteren Projekten. Im Jahr 2017 waren außerdem Aufwen-

dungen in Höhe von 79 Millionen € für einen Produkthaftungsfall im Segment Chemicals angefallen. Im Jahr 2016 wurden Aufwendungen aus dem Brandschaden im Landeshafen Nord in Ludwigshafen in Höhe von 27 Millionen € ausgewiesen.

9 Ergebnis aus Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden

Millionen €	2017	2016
Anteiliger Jahresüberschuss	584	317
davon Joint Ventures	433	157
assoziierte Unternehmen	151	160
Sonstige ergebniswirksame Anpassungen	-13	-10
davon Joint Ventures	-12	-4
assoziierte Unternehmen	-1	-6
Ergebnis aus Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden	571	307

Das **Ergebnis aus Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden**, stieg im Jahr 2017 insbesondere durch einen Ergebnisanstieg im Segment Oil & Gas, haupt-

sächlich bei der Wintershall Noordzee B.V., Rijswijk/Niederlande. Daneben trug vor allem die BASF-YPC Company Ltd., Nanjing/China, zum Anstieg von insgesamt 264 Millionen € bei.

10 Finanzergebnis

Millionen €	2017	2016
Dividenden und vergleichbare Erträge	22	39
Erträge aus dem Abgang von Beteiligungen	5	9
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	3	6
Erträge aus Steuerumlagen an Beteiligungen	1	-
Erträge aus sonstigen Beteiligungen	31	54
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	-43	-18
Abschreibungen auf/Verluste aus dem Verkauf von Beteiligungen	-17	-53
Aufwendungen aus sonstigen Beteiligungen	-60	-71
Beteiligungsergebnis	-29	-17
Zinserträge aus Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten	188	159
Zins- und Dividenden erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen	38	20
Zinserträge	226	179
Zinsaufwendungen	-560	-661
Zinsergebnis	-334	-482
Nettozinsertrag aus überdeckten Pensionsplänen und ähnlichen Verpflichtungen	2	5
Erträge aus der Aktivierung von Fremdkapitalkosten	68	92
Sonstige finanzielle Erträge	-	-
Übrige finanzielle Erträge	70	97
Abschreibungen/Verluste aus dem Abgang von Wertpapieren und Ausleihungen	-3	-10
Nettozinsaufwand aus unterdeckten Pensionsplänen und ähnlichen Verpflichtungen	-175	-183
Nettozinsaufwand aus sonstigen langfristigen Personalverpflichtungen	-1	-7
Aufzinsung sonstiger langfristiger Schulden	-36	-47
Sonstige finanzielle Aufwendungen	-214	-231
Übrige finanzielle Aufwendungen	-429	-478
Übriges Finanzergebnis	-359	-381
Finanzergebnis	-722	-880

Infolge der höheren Zinserträge und niedrigeren Zinsaufwendungen verbesserte sich das **Zinsergebnis** im Vergleich zum Vorjahr um 148 Millionen € von –482 Millionen € auf –334 Millionen €. Die höheren Zinserträge resultierten vor allem aus Zins-/Währungsswaps zur Absicherung von eigenen Anleihen sowie aus der Vergabe von Darlehen im Rahmen der Finanzierung des Projektes Nord Stream 2. Die niedrigeren Zinsaufwendungen gehen im Wesentlichen auf den Rückgang von Bankverbindlichkeiten, Commercial Papers und den damit verbundenen Sicherungsgeschäften zurück.

Der **Nettozinsaufwand aus unterdeckten Pensionsplänen und ähnlichen Verpflichtungen** reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund des Rückgangs des

Nettobilanzansatzes zum 31. Dezember 2016. Der Nettozinsaufwand des jeweiligen Geschäftsjahres basiert auf dem Rechnungszinsfuß und dem Anwartschaftsbarwert zu Beginn des Jahres.

Im Vergleich zum Jahr 2016 sind die **Erträge aus der Aktivierung von Fremdkapitalkosten** aufgrund der Inbetriebnahme größerer Investitionsprojekte zurückgegangen.

Der Rückgang der **Sonstigen finanziellen Aufwendungen** resultierte im Wesentlichen aus geringeren Kurssicherungskosten für US-Dollar-Darlehen.

11 Ertragsteuern

In Deutschland wird auf ausgeschüttete und einbehaltene Gewinne einheitlich eine Körperschaftsteuer von 15,0 % und darauf ein Solidaritätszuschlag von 5,5 % erhoben. Neben der Körperschaftsteuer ist für die in Deutschland erzielten Gewinne eine Gewerbeertragsteuer zu zahlen. Diese variiert in Abhängigkeit von den Kommunen, in denen das Unternehmen vertreten ist. Aufgrund eines konstanten Gewerbesteuerhebesatzes in Ludwigshafen im Jahr 2017 ergab sich ein

gewichteter Durchschnittssatz von 14,1 % (2016: 14,1 %). Die deutschen Gruppengesellschaften ermittelten ihre latenten Steuern im Jahr 2017 unverändert mit 30 %. Die von den ausländischen Gruppengesellschaften erzielten Gewinne werden mit den im jeweiligen Sitzland geltenden Steuersätzen versteuert. Diese werden grundsätzlich auch für die Ermittlung latenter Steuern herangezogen, sofern zukünftige Steuersatzanpassungen noch nicht beschlossen wurden.

Steueraufwand

Millionen €	2017	2016
Laufender Aufwand für Ertragsteuern	1.832	1.654
Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbeertragsteuer (Deutschland)	464	589
Ausländische Ertragsteuern	1.438	1.184
Steuern für Vorjahre	–70	–119
Latenter Steueraufwand (+)/-ertrag (–)	–384	–514
aus Veränderungen temporärer Differenzen	30	–473
aus Veränderungen steuerlicher Verlustvorträge/ungenutzter Steuergutschriften	–3	–43
aus Steuersatzänderungen	–416	–6
aus Wertberichtigungen von latenten Steueransprüchen	5	8
Steueraufwand vom Einkommen und vom Ertrag	1.448	1.140
Sonstige Steuern sowie Umsatz- und andere Verbrauchsteuern	260	272
Steueraufwand	1.708	1.412

Der laufende Steueraufwand für die Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbeertragsteuer (Deutschland) verringerte sich aufgrund niedrigerer Einkommen der Organisationsgesellschaften in Deutschland.

Die Veränderungen der temporären Differenzen, überwiegend bei Pensionen, Finanzverbindlichkeiten und immateriellen Vermögenswerten, sind auf Realisation und Währungseffekte zurückzuführen.

Aus der Veränderung von Wertberichtigungen auf latente Steueransprüche für steuerliche Verlustvorträge resultierte im Jahr 2017 ein Ertrag in Höhe von 6 Millionen € und im Jahr 2016 ein Aufwand in Höhe von 7 Millionen €.

In den Sonstigen Steuern waren Grundsteuern und andere vergleichbare Steuern in Höhe von 107 Millionen € im Jahr 2017 und 109 Millionen € im Jahr 2016 enthalten.

Überleitungsrechnung auf den effektiven Steueraufwand und die Steuerquote

	2017		2016	
	Millionen €	%	Millionen €	%
Ergebnis vor Ertragsteuern	7.800	–	5.395	–
Erwartete Körperschaftsteuer nach der Tarifbelastung in Deutschland (15 %)	1.172	15,0	810	15,0
Solidaritätszuschlag	18	0,2	13	0,2
Gewerbeertragsteuer	312	4,0	236	4,4
Einfluss abweichender Steuersätze für Einkommen ausländischer Gruppengesellschaften	707	9,1	402	7,5
Steuerfreie Erträge	–20	–0,3	–46	–0,9
Steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen	66	0,8	76	1,4
Ergebnis von nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligungen (Nach-Steuer-Ergebnis)	–86	–1,1	–46	–0,9
Steuern für Vorjahre	–70	–0,9	–119	–2,2
Latente Steuern für sich zukünftig umkehrende temporäre Differenzen auf Anteile an Beteiligungen	–1	0,0	–2	0,0
Steuersatzänderungen	–416	–5,3	–6	–0,1
Sonstiges	–234	–2,9	–178	–3,3
Effektive Ertragsteuern/Steuerquote	1.448	18,6	1.140	21,1

Die Steuerquote der BASF-Gruppe betrug im Jahr 2017 18,6 % (2016: 21,1 %). Die Absenkung der Steuersätze infolge der Steuerreform in den USA führte zu latenten Steuererträgen in Höhe von 379 Millionen €.

Der Einfluss abweichender Steuersätze stieg aufgrund von Ergebnisverbesserungen in Ländern mit hohem Steuersatz, insbesondere in Norwegen im Arbeitsgebiet Exploration & Production sowie in Belgien.

In Sonstiges führten die umrechnungsbedingten Abweichungen zu den Wertansätzen der steuerlichen Gewinnermittlung sowie die steuerliche Mehrabschreibung

von Öl- und Gasfördereinrichtungen in Norwegen zu einem Steuerertrag.

Steuern für Vorjahre enthielten im Wesentlichen Auflösungen von langfristigen Steuerrückstellungen.

Sich künftig umkehrende temporäre Differenzen auf Anteile an Beteiligungen, für die ein Planungshorizont von einem Jahr unterstellt wurde, führten im Jahr 2017 zu einem latenten Steuerertrag in Höhe von 1 Million € (2016: 2 Millionen €).

Latente Steuern

Abgrenzungsposten für latente Steuern (Millionen €)

	Latente Steueransprüche		Latente Steuerschulden	
	2017	2016	2017	2016
Immaterielle Vermögenswerte	77	90	1.261	1.719
Sachanlagen	171	180	2.635	3.336
Finanzanlagen	10	51	49	84
Vorräte und Forderungen	363	348	432	498
Pensionsrückstellungen	2.603	3.028	617	431
Sonstige Rückstellungen und Verbindlichkeiten	1.131	1.446	156	170
Steuerliche Verlustvorträge	222	279	–	–
Sonstiges	42	107	82	95
Saldierungen	–2.501	–3.016	–2.501	–3.016
Summe	2.118	2.513	2.731	3.317

Latente Steuern ergeben sich aus temporären Abweichungen zwischen steuerbilanziellen Wertansätzen und den gemäß IFRS bilanzierten Vermögenswerten und Schulden sowie aus steuerlichen Verlustvorträgen und noch nicht genutzten Steuergutschriften. Durch die Neubewertung aller Vermögenswerte und Schulden im Rahmen von Akquisitionen gemäß IFRS 3 bestehen wesentliche Abweichungen zwischen den anzusetzenden Zeitwerten und den Werten in der Steuerbilanz, die hauptsächlich zur Bilanzierung von latenten Steuerschulden führen.

Für temporäre Differenzen aus thesaurierten Gewinnen von Tochtergesellschaften in Höhe von 10.490 Millionen € im Jahr 2017 (8.905 Millionen € im Jahr 2016) wurden keine latenten Steuerschulden angesetzt, da diese Gewinne bei Ausschüttung keiner entsprechenden Besteuerung unterliegen oder auf unbestimmte Zeit reinvestiert werden sollen.

Die Wertberichtigungen auf latente Steueransprüche betrugen 92 Millionen € (80 Millionen € im Jahr 2016). Davon entfielen 24 Millionen € (30 Millionen € im Jahr 2016) auf steuerliche Verlustvorträge.

Steuerliche Verlustvorträge

Die steuerlichen Verlustvorträge teilen sich regional wie folgt auf:

Steuerliche Verlustvorträge (Millionen €)

	Steuerliche Verlustvorträge		Latente Steueransprüche	
	2017	2016	2017	2016
Deutschland	–	1	–	–
Ausland	1.485	2.383	222	279
Summe	1.485	2.384	222	279

Steuerliche Verlustvorträge bestehen in allen Regionen, insbesondere in Europa und Asien. Steuerliche Verluste können in Deutschland auf unbestimmte Zeit vorgetragen werden. Im Ausland ist der Vortrag zum Teil nur zeitlich begrenzt möglich. Der wesentliche Bestand an Verlustvorträgen wird in Europa bis zum Jahr 2018 und in Asien bis zum Jahr 2022 verfallen. Auf steuerliche Verlustvorträge in Höhe von 804 Millionen € (2016: 1.478 Millionen €) wurden keine aktiven latenten Steuern gebildet.

Steuerschulden

Steuerschulden umfassen überwiegend veranlagte Ertragsteuern und sonstige Steuern sowie noch nicht veranlagte Ertragsteuern des laufenden Jahres. Im Jahr 2017 betrugen die Steuerschulden 1.119 Millionen € (2016: 1.288 Millionen €).

12 Anteile anderer Gesellschafter

Millionen €	2017	2016
Gewinnanteile	299	229
Verlustanteile	–25	–30
Summe	274	199

Höhere **Gewinnanteile** entstanden im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum vor allem aufgrund gestiegener TDI- und MDI-Verkaufspreise und -Margen bei Shanghai BASF Polyurethane Company Ltd., Schanghai/China.

📖 Mehr zu den Anteilen anderer Gesellschafter an konsolidierten Gesellschaften unter Anmerkung 21 auf Seite 211

13 Personalaufwand und Mitarbeiter

Personalaufwand

Für Löhne und Gehälter, soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung wandte die BASF-Gruppe im Jahr 2017 10.610 Millionen € auf (2016: 10.165 Millionen €). Der Personalaufwand ist damit um 4,4 % gestiegen. Maßgeblich hierfür war neben Lohn- und Gehaltssteigerungen ein höherer durchschnittlicher Personalstand infolge der Akquisition von Chemetall. Gegenläufig wirkten die teilweise Auflösung von Rückstellungen für das Long-Term-Incentive-Programm sowie Wechselkurseffekte.

Personalaufwand (Millionen €)

	2017	2016
Löhne und Gehälter	8.471	8.170
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.139	1.995
davon für Altersversorgung	705	627
Personalaufwand	10.610	10.165

Personalstand

Zum 31. Dezember 2017 stieg der Personalstand auf 115.490 Mitarbeiter nach 113.830 Mitarbeitern zum 31. Dezember 2016.

Er teilte sich wie folgt auf die Regionen auf:

Personalstand zum 31.12.

	2017	2016
Europa	71.653	70.784
davon Deutschland	54.020	53.318
Nordamerika	18.295	17.583
Asien-Pazifik	18.256	18.156
Südamerika, Afrika, Naher Osten	7.286	7.307
BASF-Gruppe	115.490	113.830
davon mit Ausbildungsverträgen	3.103	3.120
zeitlich befristet Beschäftigte	2.550	2.334

Im Personalstand zum Jahresende sind die Mitarbeiter von Joint Operations entsprechend dem jeweiligen Beteiligungsanteil enthalten. Insgesamt waren dort 472 Mitarbeiter beschäftigt (2016: 432 Mitarbeiter).

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter teilte sich wie folgt auf die Regionen auf:

Durchschnittlicher Personalstand

	2017	2016
Europa	71.043	69.873
davon Deutschland	53.390	52.608
Nordamerika	17.871	17.308
Asien-Pazifik	18.132	17.473
Südamerika, Afrika, Naher Osten	7.287	7.321
BASF-Gruppe	114.333	111.975
davon mit Ausbildungsverträgen	2.793	2.838
zeitlich befristet Beschäftigte	2.691	2.365

Im durchschnittlichen Personalstand sind die Mitarbeiter von Joint Operations entsprechend dem jeweiligen Beteiligungsanteil enthalten. Insgesamt waren dort im Durchschnitt 437 Mitarbeiter beschäftigt (2016: 404 Mitarbeiter).

Erläuterungen zur Bilanz

14 Immaterielle Vermögenswerte

Die **Geschäfts- oder Firmenwerte** der BASF sind 24 zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (2016: 22) zugeordnet, die auf Basis der Geschäftseinheiten oder einer übergeordneten Ebene definiert wurden.

Die jährlichen Werthaltigkeitsprüfungen erfolgten im vierten Quartal auf Basis der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten. Der erzielbare Betrag wurde zumeist unter Verwendung des Nutzungswerts bestimmt. Dabei wurden von der Unternehmensführung genehmigte Planungen und entsprechende Zahlungsströme in der Regel für die nächsten fünf Jahre verwendet. Für den Zeitraum danach wurde ein Endwert (Terminal Value) unter Fortführung des letzten detaillierten Planungsjahres als ewige Rente ermittelt. Die Planungen beruhen auf gesammelten Erfahrungen, den aktuellen Geschäftsergebnissen und der bestmöglichen Schätzung der Unternehmensführung zur zukünftigen Entwicklung einzelner Einflussfaktoren, wie zum Beispiel Rohstoffpreise und Gewinnmargen. Ebenso sind Öl- und Gaspreise wesentliche Inputparameter, welche der Prognose der Zahlungsströme in den aktuellen Finanzplänen zu Grunde liegen. Marktannahmen, wie beispielsweise Konjunkturverlauf und Marktwachstum, werden unter Berücksichtigung externer makroökonomischer und industriespezifischer Quellen einbezogen.

Die bei den Werthaltigkeitsprüfungen erforderliche Abzinsung der Zahlungsströme erfolgt mit dem gewichteten Kapitalkostensatz nach Steuern, der unter Verwendung des Capital Asset Pricing Model bestimmt wird. Dessen Komponenten sind ein risikofreier Zins, die Marktrisikoprämie sowie eine auf Basis der jeweiligen branchenspezifischen Vergleichsgruppe (Peergroup) ermittelte Anpassung für das Kreditrisiko (Spread). Die Ermittlung berücksichtigt sowohl die Kapitalstruktur als

auch den Beta-Faktor der jeweiligen Peergroup sowie den durchschnittlichen Steuersatz jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit. Die Werthaltigkeitsprüfungen der Einheiten (mit Ausnahme von Exploration & Production im Segment Oil & Gas) wurden unter der Annahme gewichteter Kapitalkostensätze nach Steuern zwischen 5,69 % und 8,2 % (2016: zwischen 5,07 % und 8,01 %) vorgenommen. Dies entspricht gewichteten Kapitalkostensätzen vor Steuern zwischen 7,13 % und 11,31 % (2016: zwischen 6,43 % und 10,77 %). Seit dem Berichtsjahr 2016 wird für die Einheit Exploration & Production im Segment Oil & Gas ein Bewertungsmodell auf Basis eines feldbezogenen Bewertungsansatzes verwendet, in dem die erwarteten Zahlungsmittelströme einschließlich der Steuerzahlungen in den einzelnen Ländern berücksichtigt werden. Der Betrachtungszeitraum umfasst die geplanten Lizenzlaufzeiten beziehungsweise Förderreihen der enthaltenen Öl- und Gasfelder. Außerdem wird anstelle eines gewichteten Kapitalkostensatzes das jeweilige Länderrisiko und der jeweilig anzuwendende Steuersatz im Kapitalkostensatz berücksichtigt; dies führt im Ergebnis zu einer genaueren Berechnung des erzielbaren Betrags. Unter Berücksichtigung dieser Parameter variierte der Kapitalkostensatz nach Steuern von 7,92 % bis 12,85 % (2016: von 7,5 % bis 13,76 %) und vor Steuern von 11,32 % bis 20,07 % (2016: von 10,96 % bis 37,68 %).

Nach Bestimmung des erzielbaren Betrags der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten ergab sich für die ganz überwiegende Zahl, dass als möglich eingestufte Abweichungen von den wesentlichen Annahmen nicht dazu führen würden, dass die Buchwerte der Einheiten deren erzielbare Beträge übersteigen. Für die Geschäfts- oder Firmenwerte des Unternehmensbereichs Construction Chemicals, der zahlungs-

mittelgenerierenden Einheiten Pigments im Unternehmensbereich Dispersions & Pigments sowie Surface Treatment im Unternehmensbereich Coatings trifft dies nicht zu.

Im Geschäftsjahr 2017 überstieg der erzielbare Betrag der Einheit Construction Chemicals den Buchwert um rund 408 Millionen €. Für die Werthaltigkeitsprüfung wurde ein gewichteter Kapitalkostensatz nach Steuern von 8,2 % (2016: 8,01 %) verwendet. Der erzielbare Betrag würde dem Buchwert der Einheit entsprechen, wenn der gewichtete Kapitalkostensatz um 0,98 Prozentpunkte (2016: um 0,69 Prozentpunkte) ansteigen würde oder das Ergebnis der Betriebstätigkeit des letzten detaillierten Planungsjahres als Basis zur Ermittlung des Endwerts um 15,97 % (2016: um 12,0 %) geringer wäre.

Der erzielbare Betrag von Pigments überstieg im Jahr 2017 den Buchwert um 9 Millionen €. Für die Werthaltigkeitsprüfung wurde ein gewichteter Kapitalkostensatz nach Steuern von 6,05 % (2016: 5,09 %) verwendet. Der erzielbare Betrag würde

dem Buchwert der Einheit entsprechen, wenn der gewichtete Kapitalkostensatz um 0,04 Prozentpunkte (2016: um 0,51 Prozentpunkte) ansteigen würde oder das Ergebnis der Betriebstätigkeit des letzten detaillierten Planungsjahres als Basis zur Ermittlung des Endwerts um 0,81 % (2016: um 13,78 %) geringer wäre.

Für die Einheit Surface Treatment im Unternehmensbereich Coatings wurde erstmalig im Berichtsjahr eine Werthaltigkeitsprüfung durchgeführt (Erwerb im Dezember 2016). Der erzielbare Betrag dieser Einheit überstieg 2017 den Buchwert um 100 Millionen €. Für die Werthaltigkeitsprüfung dieser Einheit wurde ein gewichteter Kapitalkostensatz nach Steuern von 8,19 % (2016: –) verwendet. Der erzielbare Betrag würde dem Buchwert der Einheit entsprechen, wenn der gewichtete Kapitalkostensatz um 0,2 Prozentpunkte (2016: –) ansteigen würde oder das Ergebnis der Betriebstätigkeit des letzten detaillierten Planungsjahres als Basis zur Ermittlung des Endwerts um 6,1 % (2016: –) geringer wäre.

Geschäfts- oder Firmenwerte der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (Millionen €)

Zahlungsmittelgenerierende Einheit	2017		2016	
	Geschäfts- oder Firmenwerte	Wachstumsraten ¹	Geschäfts- oder Firmenwerte	Wachstumsraten ¹
Unternehmensbereich Crop Protection	1.929	2,0 %	2.093	2,0 %
Exploration & Production im Segment Oil & Gas	1.504	–	1.712	–
Unternehmensbereich Catalysts (ohne Batteriematerialien)	1.285	2,0 %	1.390	2,0 %
Unternehmensbereich Construction Chemicals	732	2,0 %	735	1,5 %
Personal Care Ingredients im Unternehmensbereich Care Chemicals	499	2,0 %	531	2,0 %
Pigments im Unternehmensbereich Dispersions & Pigments	389	1,5 %	431	2,0 %
Surface Treatment im Unternehmensbereich Coatings	1.490	2,0 %	1.555	–
Weitere zahlungsmittelgenerierende Einheiten	1.525	0,0–2,0 %	1.626	0,0–2,0 %
Geschäfts- oder Firmenwerte am 31.12.	9.353		10.073	

¹ In den Werthaltigkeitsprüfungen verwendete Wachstumsraten zur Ermittlung der Endwerte gemäß IAS 36

Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte 2017 (Millionen €)

	Vertriebs- und ähnliche Rechte	Produktrechte, Lizenzen und Trademarks	Know-how, Patente und Produktions- technologien	Selbst- geschaffene immaterielle Vermögens- werte	Sonstige Rechte und Werte ¹	Geschäfts- oder Firmen- werte	Summe
Anschaffungs- und Herstellungskosten							
Stand am 01.01.2017	5.051	1.339	1.958	92	435	10.214	19.089
Veränderungen des Konsolidierungskreises	1	–	–	–	–	–	1
Zugänge	3	19	20	25	34	–	101
Zugänge aus Akquisitionen	10	47	56	–	25	97	235
Abgänge	–40	–20	–53	–1	–79	–28	–221
Umbuchungen	14	–178	–24	–	13	–	–175
Umrechnungsbedingte Wertänderungen	–317	–57	–78	–	–17	–806	–1.275
Stand am 31.12.2017	4.722	1.150	1.879	116	411	9.477	17.755
Abschreibungen							
Stand am 01.01.2017	2.168	435	882	72	229	141	3.927
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	–	–
Zugänge	298	70	166	10	72	–	616
Abgänge	–35	–17	–53	–1	–72	–	–178
Umbuchungen	–	–	–	–	–	–	–
Umrechnungsbedingte Wertänderungen	–130	–9	–41	–	–7	–17	–204
Stand am 31.12.2017	2.301	479	954	81	222	124	4.161
Nettobuchwert am 31.12.2017	2.421	671	925	35	189	9.353	13.594

¹ Inklusive Lizenzen an solchen Rechten und Werten

Die **immateriellen Vermögenswerte** enthalten neben den Geschäfts- oder Firmenwerten erworbene sowie selbstgeschaffene immaterielle Vermögenswerte. Des Weiteren beinhalten sie Rechte des Segments Oil & Gas, die über die Unit-of-Production-Methode abgeschrieben werden. Zum 31. Dezember 2017 betrugen deren Anschaffungskosten 962 Millionen €, die kumulierten Abschreibungen darauf 312 Millionen €; die Abschreibungen des Jahres 2017 beliefen sich auf 41 Millionen €.

Zugänge aus Akquisitionen beliefen sich im Jahr 2017 auf 235 Millionen €. Infolge der wesentlichen Akquisitionen, dem Erwerb der Rolic AG mit Sitz in Allschwil/Schweiz, dem Erwerb des Unternehmens GRUPO Thermotek mit Sitz in Monterrey/Mexiko, dem Erwerb des westeuropäischen Bauchemiegeschäfts vom Henkel-Konzern und dem Erwerb von ZedX Inc., Bellefonte/Pennsylvania, erhöhte sich der **Geschäfts- oder Firmenwert** um 79 Millionen €. Ein weiterer Zugang beim Geschäfts- oder Firmenwert in Höhe von 18 Millionen € ergab sich im Wesentlichen aus einer nachträglichen Kaufpreiszahlung für die Akquisition von Chemetall im Vorjahr.

Des Weiteren gingen im Rahmen der genannten Akquisitionen immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 138 Millionen € zu. Diese betrafen überwiegend Produktrechte, Lizenzen und Trademarks sowie Know-how, Patente und Produktionstechnologien.

Die in der Kategorie **Produktrechte, Lizenzen und Trademarks** enthaltenen Konzessionen für die Öl-und-Gas-Förderung mit einem Nettobuchwert in Höhe von 234 Millionen € im Jahr 2017 berechtigen zur Suche nach und Förderung von Öl

und Gas in bestimmten Gebieten. Nach Ende der Laufzeit einer Konzession werden die Rechte zurückgegeben.

Abgänge von immateriellen Vermögenswerten in Höhe von 221 Millionen € sind im Wesentlichen auf die Ausbuchung von voll abgeschriebener Software sowie den Verkauf des Produktionsstandorts für Elektrolyte in Suzhou/China, den Verkauf der Geschäfte Bleaching Clay und Mineral Adsorbents sowie die Einbringung des globalen Lederchemikaliengeschäfts in die Stahl-Gruppe zurückzuführen. In diesem Zusammenhang gingen Geschäfts- oder Firmenwerte in Höhe von 28 Millionen € ab.

Die **Umbuchungen** betrafen im Wesentlichen die bestätigten Öl- und Gasvorkommen des Maria-Feldes in Norwegen in die Sachanlagen. Die nicht bestätigten Vorkommen im Rahmen von akquirierten Konzessionen werden als immaterielle Vermögenswerte unter Produktrechte, Lizenzen und Trademarks ausgewiesen.

Im Jahr 2017 sind in den **Abschreibungen** Wertminderungen in Höhe von 67 Millionen € enthalten. Diese betrafen im Wesentlichen die Wertminderung von nicht strategischem Know-how, Patenten und Produktionstechnologien im Segment Functional Materials & Solutions und von Explorationspotenzial für die Öl-und-Gas-Förderung in Norwegen. Gegenläufig sind Wertaufholungen in Höhe von 7 Millionen € enthalten. Diese betrafen im Wesentlichen Vertriebsrechte im Segment Functional Materials & Solutions.

Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte 2016 (Millionen €)

	Vertriebs- und ähnliche Rechte	Produktrechte, Lizenzen und Trademarks	Know-how, Patente und Produktions- technologien	Selbst- geschaffene immaterielle Vermögens- werte	Sonstige Rechte und Werte ¹	Geschäfts- oder Firmen- werte	Summe
Anschaffungs- und Herstellungskosten							
Stand am 01.01.2016	4.063	1.318	1.951	91	450	8.500	16.373
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	2	2
Zugänge	–	18	39	10	25	–	92
Zugänge aus Akquisitionen	1.082	44	108	–	3	1.552	2.789
Abgänge	–343	–39	–149	–9	–60	–64	–664
Umbuchungen	–2	–16	–12	–	13	–	–17
Umrechnungsbedingte Wertänderungen	251	14	21	–	4	224	514
Stand am 31.12.2016	5.051	1.339	1.958	92	435	10.214	19.089
Abschreibungen							
Stand am 01.01.2016	2.160	411	865	67	196	137	3.836
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	–	–
Zugänge	260	47	153	14	86	–	560
Abgänge	–339	–24	–146	–9	–55	–	–573
Umbuchungen	–1	–	–	–	–	–	–1
Umrechnungsbedingte Wertänderungen	88	1	10	–	2	4	105
Stand am 31.12.2016	2.168	435	882	72	229	141	3.927
Nettobuchwert am 31.12.2016	2.883	904	1.076	20	206	10.073	15.162

¹ Inklusive Lizenzen an solchen Rechten und Werten

Die **immateriellen Vermögenswerte** enthalten neben den Geschäfts- oder Firmenwerten erworbene sowie selbstgeschaffene immaterielle Vermögenswerte. Des Weiteren beinhalten sie Rechte des Segments Oil & Gas, die über die Unit-of-Production-Methode abgeschrieben werden. Zum 31. Dezember 2016 betrugen deren Anschaffungskosten 1.029 Millionen €, die kumulierten Abschreibungen darauf 328 Millionen €; die Abschreibungen des Jahres 2016 beliefen sich auf 19 Millionen €.

Zugänge aus Akquisitionen beliefen sich im Jahr 2016 auf 2.789 Millionen €. Infolge der wesentlichen Akquisitionen, dem Erwerb des globalen Oberflächentechnik-Anbieters Chemetall von Albemarle Corp., Charlotte/North Carolina, sowie dem Erwerb des Produzenten von Autoreparaturlacken Guangdong Yinfan Chemistry, Jiangmen/China, erhöhte sich der Geschäfts- oder Firmenwert um 1.552 Millionen €. Des Weiteren gingen immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 1.237 Millionen € zu. Diese betrafen überwiegend Kundenbeziehungen und Produktionstechnologien.

Abgänge von immateriellen Vermögenswerten in Höhe von 21 Millionen € sind im Wesentlichen auf den Verkauf des 25-prozentigen Anteils am Byrding-Feld an Statoil und der Devestitionen des weltweiten Geschäfts mit Photoinitiatoren sowie des globalen Geschäfts mit Polyolefin-Katalysatoren zurückzuführen. In diesem Zusammenhang gingen auch Geschäfts- oder Firmenwerte in Höhe von 64 Millionen € ab.

Die in der Kategorie **Produktrechte, Lizenzen und Trademarks** enthaltenen Konzessionen für die Öl- und Gasförderung mit einem Nettobuchwert in Höhe von 466 Millionen € im Jahr 2016 berechtigen zur Suche nach und Förderung von Öl und Gas in bestimmten Gebieten. Nach Ende der Laufzeit einer Konzession werden die Rechte zurückgegeben.

Im Jahr 2016 sind in den **Abschreibungen** Wertminderungen in Höhe von 61 Millionen € enthalten. Diese betrafen im Wesentlichen Wertminderungen auf Produktionstechnologien und Vertriebsrechte im Segment Functional Materials & Solutions in Höhe von 51 Millionen €.

15 Sachanlagen

In den **Technischen Anlagen und Maschinen** sind Öl- und Gasvorkommen einschließlich dazugehöriger Bohrungen,

Produktionsanlagen und weiterer Infrastruktur enthalten, die nach der Unit-of-Production-Methode abgeschrieben werden.

Entwicklung der Sachanlagen 2017 (Millionen €)

	Grundstücke, grundstücks- gleiche Rechte und Bauten	Technische Anlagen und Maschinen	davon nach der Unit-of- Production- Methode abzuschreiben	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Anlagen im Bau	Summe
Anschaffungs- und Herstellungskosten						
Stand am 01.01.2017	11.257	49.893	7.180	4.437	5.989	71.576
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	14	–	–	1	15
Zugänge	171	1.292	450	272	2.285	4.020
Zugänge aus Akquisitionen	–	7	–	1	–	8
Abgänge	–131	–825	–17	–280	–36	–1.272
Umbuchungen	367	2.635	890	128	–2.945	185
Umrechnungsbedingte Wertänderungen	–495	–2.458	–563	–171	–495	–3.619
Stand am 31.12.2017	11.169	50.558	7.940	4.387	4.799	70.913
Abschreibungen						
Stand am 01.01.2017	5.969	35.655	3.711	3.308	231	45.163
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	14	–	–	–	14
Zugänge	385	2.878	931	335	–12	3.586
Abgänge	–95	–761	–3	–266	–32	–1.154
Umbuchungen	–	–50	–	–1	53	2
Umrechnungsbedingte Wertänderungen	–194	–1.626	–310	–112	–24	–1.956
Stand am 31.12.2017	6.065	36.110	4.329	3.264	216	45.655
Nettobuchwert am 31.12.2017	5.104	14.448	3.611	1.123	4.583	25.258

Zugänge zu Sachanlagen aus Investitionsprojekten beliefen sich im Jahr 2017 auf 4.020 Millionen €. Wesentliche Investitionen betrafen die im Bau befindliche Acetylen-Anlage sowie Produktionsanlagen für Katalysatoren in Ludwigshafen. Des Weiteren umfassten die Zugänge den Bau eines Riech- und Geschmacksstoff-Komplexes in Kuantan/Malaysia sowie den Umbau von Produktionsanlagen für Weichmacher in Pasadena/Texas, die bereits teilweise in Betrieb genommen wurden. Wesentliche Investitionen wurden außerdem für den Bau von Öl- und Gasfördereinrichtungen und -bohrungen in Europa und Südamerika getätigt. Darüber hinausgehend erfolgten Investitionen insbesondere an den Standorten Ludwigshafen, Antwerpen/Belgien, Schanghai/China, Freeport/Texas, Geismar/Louisiana sowie Port Arthur/Texas.

Zuwendungen der öffentlichen Hand aus der Förderung von Investitionsmaßnahmen reduzierten die Anlagenzugänge in Höhe von 9 Millionen €.

Durch Akquisitionen erhöhten sich die Sachanlagen um 8 Millionen €, insbesondere infolge des Erwerbs von GRUPO Thermotek, Monterrey/Mexiko.

Abschreibungen enthielten im Jahr 2017 Wertminderungen in Höhe von 262 Millionen €. Diese entfielen im Wesentlichen auf technische Anlagen und Maschinen und resultierten insbesondere aus der Vollabschreibung einer Produktionsanlage im Segment Chemicals infolge von Überkapazitäten. Der erzielbare Betrag entsprach dem Nutzungswert und der gewichtete Kapitalkostensatz vor Steuern betrug 10,27 %.

Darüber hinaus enthielten die Abschreibungen Wertminderungen im Segment Oil & Gas, welche durch Wertaufholungen im gleichen Segment überkompensiert wurden. Diese betrafen im Wesentlichen Anlagen im Bau. Insgesamt beliefen sich die Wertaufholungen in den Abschreibungen auf 182 Millionen €.

Abgänge von Sachanlagen resultierten vorwiegend aus dem Verkauf des Geschäfts Bleaching Clay und Mineral Absorbents, des Produktionsstandorts für Elektrolyte in Suzhou/China, des Geschäfts Inorganic Specialties sowie des Lederchemikaliengeschäfts.

🔗 Mehr zu Deinvestitionen unter Anmerkung 2.4 ab Seite 187

Umbuchungen betrafen im Wesentlichen die Übernahme der bestätigten Öl- und Gasvorkommen des Maria-Feldes in Norwegen aus den immateriellen Vermögenswerten in die technischen Anlagen und Maschinen.

Umrechnungsbedingte Wertänderungen verminderten die Sachanlagen um 1.663 Millionen € und resultierten insbesondere aus der Abwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro.

Entwicklung der Sachanlagen 2016 (Millionen €)

	Grundstücke, grundstücks- gleiche Rechte und Bauten	Technische Anlagen und Maschinen	davon nach der Unit-of- Production- Methode abzuschreiben	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Anlagen im Bau	Summe
Anschaffungs- und Herstellungskosten						
Stand am 01.01.2016	10.711	45.805	5.972	4.216	6.502	67.234
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-1	-	-	2	-	1
Zugänge	183	1.300	309	203	2.536	4.222
Zugänge aus Akquisitionen	77	54	-	18	6	155
Abgänge	-194	-760	-30	-213	-88	-1.255
Umbuchungen	322	2.796	716	165	-3.145	138
Umrechnungsbedingte Wertänderungen	159	698	213	46	178	1.081
Stand am 31.12.2016	11.257	49.893	7.180	4.437	5.989	71.576
Abschreibungen						
Stand am 01.01.2016	5.637	32.965	2.827	3.152	220	41.974
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-1	-	-	-	-	-1
Zugänge	376	2.930	939	307	78	3.691
Abgänge	-100	-658	-28	-182	-73	-1.013
Umbuchungen	-1	1	-	1	-	1
Umrechnungsbedingte Wertänderungen	58	417	-27	30	6	511
Stand am 31.12.2016	5.969	35.655	3.711	3.308	231	45.163
Nettobuchwert am 31.12.2016	5.288	14.238	3.469	1.129	5.758	26.413

Zugänge zu Sachanlagen aus Investitionsprojekten beliefen sich im Jahr 2016 auf 4.222 Millionen €. Wesentliche Investitionen betrafen den Bau des Riech-und-Geschmacksstoff-Komplexes in Kuantan/Malaysia, des TDI-Komplexes in Ludwigshafen sowie die Erweiterung der Dicamba-Anlage in Beaumont/Texas, die jeweils im Jahr 2016 teilweise in Betrieb genommen wurden. Weitere wesentliche Anlagenzugänge resultierten aus dem Bau einer Ammoniak-Anlage in Freeport/Texas sowie von Öl- und Gasfördereinrichtungen und -bohrungen in Europa und Südamerika.

Darüber hinaus erfolgten Erweiterungsinvestitionen insbesondere an den Standorten Ludwigshafen, Geismar/Louisiana, Port Arthur/Texas sowie Antwerpen/Belgien.

Zuwendungen der öffentlichen Hand in Höhe von 1 Million € reduzierten die Anlagenzugänge.

Durch Akquisitionen erhöhten sich die Sachanlagen um 155 Millionen €, insbesondere infolge des Erwerbs des globalen Oberflächentechnik-Anbieters Chemetall von Albemarle Corp., Charlotte/North Carolina.

Abschreibungen enthielten im Jahr 2016 Wertminderungen in Höhe von 254 Millionen €. Diese entfielen im Wesentlichen auf technische Anlagen und Maschinen sowie

Gebäude und resultierten in Höhe von 133 Millionen € aus der strategischen Neuausrichtung einzelner Geschäfte in den Segmenten Chemicals sowie Functional Materials & Solutions. Der erzielbare Betrag dieser Vermögenswerte entsprach dem Nutzungswert und belief sich insgesamt auf 72 Millionen €. Der verwendete gewichtete Kapitalkostensatz vor Steuern betrug zwischen 9,4 % und 12,8 %.

Im Jahr 2016 waren in den Zugängen zu den Abschreibungen Wertaufholungen in Höhe von 2 Millionen € enthalten.

Abgänge von Sachanlagen gingen vorwiegend zurück auf den Verkauf von Vermögenswerten des globalen Geschäfts mit Polyolefin-Katalysatoren an W.R. Grace & Co., Columbia/Maryland, den Verkauf des weltweiten Photoinitiatoren-geschäfts an IGM Resins B.V., Waalwijk/Niederlande, den Verkauf des 25-prozentigen Anteils am Byrding-Feld an Statoil sowie den Verkauf des Geschäfts mit Industrielacken an die AkzoNobel-Gruppe.

Umrechnungsbedingte Wertänderungen resultierten insbesondere aus der Aufwertung des US-Dollar sowie des Brasilianischen Real gegenüber dem Euro.

16 At Equity bilanzierte Beteiligungen und sonstige Finanzanlagen

At Equity bilanzierte Beteiligungen (Millionen €)

	2017	2016
Stand am 01.01.	4.647	4.436
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-50	-
Zugänge	223	152
Abgänge	-82	-1
Umbuchungen	120	-27
Umrechnungsbedingte Wertänderungen	-143	87
Nettobuchwert am 31.12.	4.715	4.647

Sonstige Finanzanlagen (Millionen €)

	31.12.2017	31.12.2016
Sonstige Beteiligungen	482	468
Langfristige Wertpapiere	124	137
Sonstige Finanzanlagen	606	605

Die **Veränderungen im Konsolidierungskreis** ergaben sich insbesondere aus einer erstmalig voll konsolidierten Gesellschaft.

Die **Zugänge** resultierten unter anderem aus dem am 29. September 2017 vollzogenen Zusammenschluss des globalen Lederchemikaliengeschäfts mit der Stahl-Gruppe. BASF erhielt in diesem Zusammenhang einen Anteil in Höhe von 16,6 % an der Stahl Lux 2 S.A., Luxemburg. Weiterhin beinhalten die Zugänge Kapitalerhöhungen in Höhe von 34 Millionen €.

Eine Kapitalherabsetzung bei der W & G Infrastruktur Finanzierungs-GmbH, Kassel, ist wesentlicher Bestandteil der **Abgänge** von insgesamt 82 Millionen €.

Neben den Ergebnissen der at Equity bilanzierten Beteiligungen beinhalten die Umbuchungen Dividendenausschüttungen sowie das sonstige Ergebnis der Gesellschaften.

 Für eine detaillierte Übersicht zum Ergebnis aus Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden, siehe Anmerkung 9 auf Seite 197

17 Vorräte

Millionen €	31.12.2017	31.12.2016
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.255	3.107
Unfertige und fertige Erzeugnisse, Waren	6.979	6.808
Geleistete Anzahlungen und unfertige Leistungen	69	90
Vorräte	10.303	10.005

Unfertige und fertige Erzeugnisse sowie **Waren** sind aufgrund der Produktionsgegebenheiten der chemischen Industrie zu einem Posten zusammengefasst. Unfertige Leistungen beinhalten überwiegend zum Stichtag noch nicht abgerechnete Leistungen.

Die Umsatzkosten enthielten im Aufwand erfasste Anschaffungs- und Herstellungskosten von Vorräten in Höhe von 29.941 Millionen € im Jahr 2017 und 26.048 Millionen € im Jahr 2016.

Im Jahr 2017 wurde eine Zuschreibung auf Vorräte in Höhe von 18 Millionen € und im Jahr 2016 eine Abschreibung in Höhe von 43 Millionen € berücksichtigt.

Von den gesamten **Vorräten** wurden im Jahr 2017 863 Millionen €, im Jahr 2016 836 Millionen € zum Nettoveräußerungswert bewertet.

18 Forderungen und sonstiges Vermögen

Übrige Forderungen und sonstiges Vermögen (Millionen €)

	31.12.2017		31.12.2016	
	Langfristig	Kurzfristig	Langfristig	Kurzfristig
Darlehens- und Zinsforderungen	782	245	568	250
Derivate mit positiven Marktwerten	91	321	176	342
Forderungen aus Finanzierungsleasing	25	4	29	5
Versicherungserstattungen	0	41	6	14
Sonstige	111	329	126	406
Übrige Forderungen und Vermögenswerte, die Finanzinstrumente darstellen	1.009	940	905	1.017
Rechnungsabgrenzungen	54	249	62	258
Vermögenswerte aus überdeckten Pensionsplänen	70	–	66	–
Steuererstattungsansprüche	125	787	114	747
Forderungen an Mitarbeiter	–	8	–	10
Edelmetallhandelspositionen	–	746	–	690
Sonstige	74	375	63	356
Übrige Forderungen und Vermögenswerte, die keine Finanzinstrumente darstellen	323	2.165	305	2.061
Übrige Forderungen und sonstiges Vermögen	1.332	3.105	1.210	3.078

Der Anstieg der langfristigen **Darlehens- und Zinsforderungen** ist im Wesentlichen auf die Darlehensvergabe der Wintershall Nederland Transport and Trading B.V., Rijswijk/Niederlande, an Nord Stream 2 AG in Höhe von 325 Millionen € und auf die Darlehensvergabe der W & G Transport Holding GmbH, Kassel, an W & G Infrastruktur Finanzierungs-GmbH, Kassel, in Höhe von 140 Millionen € im Jahr 2017 zurückzuführen. Gegenläufig wurden die Darlehen von der voll konsolidierten WIGA Transport Beteiligungs-GmbH & Co. KG, Kassel, an NEL Gastransport GmbH, Kassel, und an GASCADE Gastransport GmbH, Kassel, in Höhe von 259 Millionen € im Jahr 2017 auf die nach der Equity-Methode bilanzierte W & G Infrastruktur Finanzierungs-GmbH übertragen. Neben den genannten Darlehensvergaben bestanden zum 31. Dezember 2017 insbesondere Darlehens- und Zinsforderungen von BASF Belgium Coordination Center Comm. V, Antwerpen/Belgien, zur Finanzierung des Geschäftsaufbaus asiatischer Gesellschaften sowie Forderungen von BASF SE an die BASF Pensionskasse VVaG.

Der Rückgang der langfristigen **Derivate mit positiven Marktwerten** betraf im Wesentlichen die Marktbewertung der kombinierten Zins-/Währungsswaps. Bei den kurzfristigen Derivaten mit positiven Marktwerten beruht die Veränderung vor allem auf niedrigeren beizulegenden Zeitwerten von Edelmetall- und Fremdwährungsderivaten.

Rechnungsabgrenzungen enthielten im Jahr 2017 vor allem Vorauszahlungen für den laufenden Geschäftsbetrieb in Höhe von 62 Millionen € gegenüber 64 Millionen € im Jahr 2016 sowie im Voraus zu leistende Versicherungsbeiträge in Höhe von 50 Millionen € im Jahr 2017 und 54 Millionen € im Jahr 2016. Im Voraus zu leistende Lizenzkosten sanken von 48 Millionen € im Jahr 2016 auf 42 Millionen € im Jahr 2017.

Die Erhöhung der kurzfristigen **Steuererstattungsansprüche** ist im Wesentlichen auf den Anstieg offener Ertragsteuerforderungen zurückzuführen.

Edelmetallhandelspositionen bestehen vor allem aus physischen Positionen und Edelmetallkonten sowie Kaufpositionen auf Edelmetalle, welche größtenteils durch Verkäufe und Derivate gesichert sind.

Wertberichtigungen auf Forderungen 2017 (Millionen €)

	Stand am 01.01.2017	Erfolgs- wirksame Zuführung	Erfolgs- wirksame Auflösung	Nicht erfolgs- wirksame Zuführung	Nicht erfolgs- wirksame Auflösung	Stand am 31.12.2017
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	370	80	38	12	75	349
Übrige Forderungen	118	10	6	–	10	112
Summe	488	90	44	12	85	461

Wertberichtigungen auf Forderungen 2016 (Millionen €)

	Stand am 01.01.2016	Erfolgs- wirksame Zuführung	Erfolgs- wirksame Auflösung	Nicht erfolgs- wirksame Zuführung	Nicht erfolgs- wirksame Auflösung	Stand am 31.12.2016
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	298	106	35	40	39	370
Übrige Forderungen	75	27	1	24	7	118
Summe	373	133	36	64	46	488

Erfolgswirksame Veränderungen enthalten Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Wertberichtigungen aufgrund von Transferrisiken.

Nicht erfolgswirksame Veränderungen ergeben sich aus Veränderungen des Konsolidierungskreises, aus umrechnungsbedingten Wertänderungen und aus der Ausbuchung wertberichtigter Forderungen.

Im gegenwärtigen wirtschaftlichen Umfeld werden keine wesentlichen Veränderungen der Kreditqualität des Forderungsbestands beobachtet. Im Jahr 2017 wurden Einzelwertberichtigungen auf **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** in Höhe von 61 Millionen € gebildet und 15 Millionen € aufgelöst. Im Vorjahr wurden Einzelwertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 71 Millionen € gebildet und 22 Millionen € aufgelöst.

Für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen besteht bei BASF ein umfangreiches globales Kreditversicherungsprogramm, durch das im Rahmen einer globalen „Excess of loss“-Police Forderungsausfälle im Wesentlichen aller BASF-Gruppengesellschaften außer Joint Ventures versichert sind. Weder im Jahr 2016 noch im Jahr 2017 sind Entschädigungsansprüche entstanden.

Im Jahr 2017 wurden auf **Übrige Forderungen** Einzelwertberichtigungen in Höhe von 10 Millionen € gebildet und 6 Millionen € aufgelöst. Im Vorjahr wurden auf Übrige Forderungen Einzelwertberichtigungen in Höhe von 27 Millionen € gebildet und 1 Million € aufgelöst.

Fälligkeitsanalyse von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (Millionen €)

	31.12.2017		31.12.2016	
	Bruttowert	Wertberichtigung	Bruttowert	Wertberichtigung
Noch nicht fällig	10.449	35	10.295	26
Seit weniger als 30 Tagen fällig	527	1	381	2
Seit 30 bis 89 Tagen fällig	115	6	159	8
Seit mehr als 90 Tagen fällig	448	307	487	334
Summe	11.539	349	11.322	370

Wesentliche überfällige und nicht wertberichtigte Übrige Forderungen, die Finanzinstrumente darstellen, bestanden zum 31. Dezember 2017 nicht.

19 Kapital, Rücklagen und Bilanzgewinn**Genehmigtes Kapital**

Die Hauptversammlung am 2. Mai 2014 ermächtigte den Vorstand, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gezeichnete Kapital bis zum 1. Mai 2019 um bis zu insgesamt 500 Millionen € durch die Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Aktien gegen Bar- oder Sacheinlage zu erhöhen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht in den im Ermächtigungsbeschluss genannten Fällen auszuschließen. Von der Ermächtigung ist bisher kein Gebrauch gemacht worden, und es wurden keine neuen Aktien ausgegeben.

BASF SE hat nur nennwertlose, voll eingezahlte Namensaktien ausgegeben. Es gibt keine Vorzugsrechte oder sonstigen Beschränkungen. BASF SE hält keine eigenen Aktien im Bestand.

Bedingtes Kapital

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 12. Mai 2017 wurde der Vorstand bis zum 11. Mai 2022 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, einmalig oder in Teilbeträgen mehrmals auf den Inhaber oder auf den Namen lautende Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen beziehungsweise Kombinationen dieser Instrumente mit oder ohne Laufzeitbegrenzung im Gesamtnennbetrag von bis zu 10 Milliarden € zu begeben. Der rechnerische Anteil am Grundkapital, der auf BASF-Aktien entfällt, die aufgrund von unter dieser Ermächtigung ausgegebenen Schuldverschreibungen auszugeben sind, darf 10 % des Grundkapitals nicht überschreiten.

In diesem Zusammenhang wurde das Grundkapital um bis zu 117.565.184 € durch Ausgabe von bis zu 91.847.800 neuen, auf den Namen lautenden BASF-Aktien bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt,

wie die Inhaber von Wandelschuldverschreibungen oder von Optionsscheinen aus Optionsschuldverschreibungen von ihrem Wandlungs- oder Optionsrecht Gebrauch machen. Von der Ermächtigung ist bisher kein Gebrauch gemacht worden.

Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 12. Mai 2017 wurde der Vorstand gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zum 11. Mai 2022 zum Erwerb eigener Aktien ermächtigt. Der Erwerb ist auf bis zu 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung bestehenden Grundkapitals beschränkt und kann über die Börse im Wege eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots oder im Wege einer öffentlichen Aufforderung an die Aktionäre zur Abgabe von Verkaufsangeboten erfolgen. Von der Ermächtigung ist bisher kein Gebrauch gemacht worden.

Rücklagen und Bilanzgewinn

Die Kapitalrücklage enthält unter anderem Effekte aus dem BASF-Aktienprogramm „Plus“, Aufgelder aus Kapitalerhöhungen, Entgelte für Optionsscheine und passive Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung, die sich aus dem Erwerb von Beteiligungen gegen Ausgabe von Aktien der BASF SE zu pari ergeben.

Millionen €	31.12.2017	31.12.2016
Gesetzliche Rücklage	678	625
Anderer Gewinnrücklagen und Bilanzgewinn	34.148	30.890
Gewinnrücklagen und Bilanzgewinn	34.826	31.515

Umgliederungen von **Anderen Gewinnrücklagen und Bilanzgewinn** erhöhten die **Gesetzliche Rücklage** im Jahr 2017 um 53 Millionen € und um 31 Millionen € im Jahr 2016.

Der Erwerb von Anteilen an Unternehmen, die bereits von BASF beherrscht oder als Joint Arrangement in den Konzernabschluss einbezogen wurden, wird als Transaktion zwischen Anteilseignern behandelt, wenn dieser zu keiner Veränderung der Konsolidierungsmethode führt. Im Jahr 2017 sowie im Vorjahr erfolgte keine wesentliche Transaktion dieser Art.

Dividendenausschüttung

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 12. Mai 2017 hat die BASF SE aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2016 eine Dividende von 3,00 € je Aktie ausgeschüttet. Dies entspricht bei 918.478.694 gewinnbezugsberechtigten Aktien einer Dividendensumme von 2.755.436.082,00 €. Der danach verbleibende Bilanzgewinn von 53.131.213,65 € wurde in die Gewinnrücklagen eingestellt.

20 Sonstige Eigenkapitalposten

Translationsanpassung

Vor allem der Anstieg des Euro gegenüber dem US-Dollar führte im Jahr 2017 zu einem Rückgang der Translationsanpassung um 2.081 Millionen € auf –605 Millionen €.

Absicherung zukünftiger Zahlungsströme (Cashflow Hedge)

Die Absicherung zukünftiger Zahlungsströme bei der at Equity bilanzierten Beteiligung an Nord Stream AG, Zug/Schweiz, ergab im Jahr 2017 eine Veränderung in Höhe von –17 Millionen € und im Jahr 2016 in Höhe von –7 Millionen €.

 Mehr zum Cashflow Hedge Accounting unter Anmerkung 27.4 ab Seite 227

Neubewertung leistungsorientierter Versorgungspläne

Im Jahr 2017 resultierte aus der positiven Wertentwicklung des Pensionsvermögens ein Anstieg im Sonstigen Eigenkapital von 1.073 Millionen € vor Steuern. Die Veränderung im Jahr 2016 in Höhe von –1.842 Millionen € vor Steuern ist insbesondere auf den Anstieg der Pensionsverpflichtungen zurückzuführen, der aus dem deutlichen Rückgang der Rechnungszinsen im Laufe des Jahres 2016 entstand.

 Mehr zur Neubewertung leistungsorientierter Versorgungspläne unter Anmerkung 22 ab Seite 211

21 Anteile anderer Gesellschafter

Gruppengesellschaft	Mitgesellschafter	31.12.2017		31.12.2016	
		Kapitalanteil		Kapitalanteil	
		%	Millionen €	%	Millionen €
WIGA Transport Beteiligungs-GmbH & Co. KG, W & G Transport Holding GmbH ¹ , OPAL Gastransport GmbH & Co. KG ¹	Gazprom Germania GmbH, Berlin	49,98 ¹	71	49,98 ¹	–43
BASF India Limited, Mumbai/Indien	Streubesitz	26,67	39	26,67	36
BASF PETRONAS Chemicals Sdn. Bhd., Shah Alam/Malaysia	PETRONAS Chemicals Group Berhad, Kuala Lumpur/Malaysia	40,00	198	40,00	235
BASF TOTAL Petrochemicals LLC, Port Arthur/Texas	Total Petrochemicals & Refining USA, Inc., Houston/Texas	40,00	243	40,00	260
Shanghai BASF Polyurethane Company Ltd., Schanghai/China	Shanghai Hua Yi (Group) Company, Schanghai/China, und Sinopec Shanghai GaoQiao Petrochemical Company Limited, Schanghai/China	30,00	199	30,00	95
BASF TODA Battery Materials, LLC, Tokio/Japan	TODA KOGYO CORP., Hiroshima/Japan	34,00	26	34,00	34
BASF Shanghai Coatings Co. Ltd., Schanghai/China	Shanghai HuaYi Fine Chemical Co., Ltd, Schanghai/China	40,00	57	40,00	56
Sonstige			86		88
Summe			919		761

¹ Kapitalanteil sowohl an der W & G Transport Holding GmbH als auch an der OPAL Gastransport GmbH & Co. KG: 50,03 %; Stimmrechts- und Ergebnisanteil: 49,98 %

22 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Den meisten Mitarbeitern werden neben den Anwartschaften auf Leistungen aus der gesetzlichen Altersversorgung Versorgungsleistungen aus beitrags- oder leistungsorientierten Versorgungsplänen gewährt. Die Leistungen bemessen sich in der Regel nach Beschäftigungsdauer, Bezügen oder Beiträgen der begünstigten Mitarbeiter unter Berücksichtigung der arbeits-, steuer- und sozialrechtlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Ländern. Um die Risiken veränderter Kapitalmarktbedingungen und demografischer Entwicklungen zu begrenzen, werden den Mitarbeitern seit einigen Jahren für zukünftige Dienstzeiten fast ausschließlich beitragsorientierte Pläne angeboten.

Das Group Pension Committee überwacht die Risiken aller Pensionspläne konzernweit. In diesem Zusammenhang erlässt es Richtlinien über die Steuerung und das Risikomanagement der Pensionspläne, insbesondere hinsichtlich der Finanzierung der zugesagten Leistungen und der Portfoliostruktur der vorhandenen Pensionsvermögen. Organisation, Verantwortlichkeiten, Strategie, Durchführung und Berichterstattungspflichten sind für die zuständigen Facheinheiten schriftlich dokumentiert.

Rahmenbedingungen der Pläne

In einigen Ländern – insbesondere in Deutschland, dem Vereinigten Königreich, der Schweiz und in Belgien – bestehen Pensionsverpflichtungen, die staatlicher Aufsicht oder vergleichbaren rechtlichen Beschränkungen unterliegen. Zum Beispiel bestehen Mindestdotierungsvorschriften, die eine Deckung der Pensionsverpflichtungen auf Grundlage versicherungsmathematischer Annahmen vorschreiben, die von den Annahmen nach IAS 19 abweichen. Darüber hinaus unterliegen Teile des Pensionsvermögens bei der Vermögens-

anlage für einzelne Vermögensklassen Einschränkungen in qualitativer und quantitativer Hinsicht. Hieraus können jährlich schwankende Unternehmensbeiträge, Finanzierungsmaßnahmen und Verpflichtungsübernahmen zu Gunsten der Versorgungseinrichtungen resultieren, um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu erfüllen.

Die Verpflichtungen und das gegebenenfalls vorhandene Pensionsvermögen der bestehenden Pensionspläne sind demografischen, rechtlichen und ökonomischen Risiken ausgesetzt. Ökonomische Risiken resultieren hauptsächlich aus unvorhergesehenen Entwicklungen an den Güter- und Kapitalmärkten. Dies betrifft zum Beispiel Rentenanpassungen in Abhängigkeit von der Inflation in Deutschland und im Vereinigten Königreich sowie die Auswirkungen der Diskontierungssätze auf die Höhe der Pensionsverpflichtungen. Die in den Vorjahren durchgeführten Maßnahmen zur Schließung von leistungsorientierten Versorgungsplänen für zukünftige Dienstzeiten, insbesondere Endgehaltszusagen und die Übernahme von Gesundheitskosten für ehemalige Mitarbeiter, reduzierten die Risiken hinsichtlich der Höhe der zukünftigen Leistungen.

Die Strategie der BASF-Gruppe zur Finanzierung der zugesagten Leistungen orientiert sich an den spezifischen aufsichts- und steuerrechtlichen Regelungen in den einzelnen Ländern.

In einigen Ländern wurden Versorgungszusagen erteilt, bei denen eine Subsidiärhaftung des Arbeitgebers besteht. In mehreren Ländern enthalten die Versorgungszusagen in geringem Umfang Mindestverzinsungsgarantien. Im Falle, dass der Versorgungsträger die für die Gewährung der Mindestgarantie erforderlichen Erträge nicht erwirtschaften kann, wäre sie im Rahmen der Subsidiärhaftung des Arbeitgebers durch diesen zu erbringen. Soweit die Ausgestaltung und Durchführung der

Versorgungszusage sowie die Vermögenssituation des Versorgungsträgers dazu führen, dass die Inanspruchnahme des Arbeitgebers unwahrscheinlich ist, wurden diese Pläne als beitragsorientierte Pläne behandelt.

Beschreibung der leistungsorientierten Pläne

Im Folgenden wird die typische Planstruktur in den einzelnen Ländern beschrieben. Insbesondere aufgrund der Übernahme von Plänen im Rahmen von Akquisitionen können abweichende Regelungen bestehen, die aber keine wesentlichen Auswirkungen auf die Planbeschreibungen der einzelnen Länder haben.

Deutschland

Für die BASF SE und deutsche Gruppengesellschaften wird eine Grundversorgung über die rechtlich selbständige BASF Pensionskasse VVaG gewährt, die aus Mitglieds- und Unternehmensbeiträgen sowie den erzielten Vermögenserträgen finanziert wird. Die BASF SE sichert die erforderlichen Zuwendungen zu, um die Leistungen der BASF Pensionskasse VVaG ausreichend zu finanzieren. Für einen Teil der über die BASF Pensionskasse VVaG finanzierten Leistungen bestehen Anpassungspflichten, die von ihren Mitgliedsunternehmen getragen werden, wenn die BASF Pensionskasse VVaG diese aufgrund aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen nicht übernehmen kann. Im Jahr 2004 wurde die leistungsorientierte Grundversorgung für neu in die deutschen BASF-Gesellschaften eintretende Mitarbeiter geschlossen und durch einen beitragsorientierten Plan ersetzt. Über die Grundversorgung hinausgehende Zusagen von Betriebsrenten sind bei der BASF SE im Rahmen eines Contractual Trust Arrangements über die BASF Pensionstreuhand e.V. und bei den deutschen Gruppengesellschaften überwiegend durch Pensionsrückstellungen finanziert. Die Leistungen werden überwiegend in Form von Bausteinplänen zugesagt. Darüber hinaus wird den Mitarbeitern die Möglichkeit eingeräumt, an unterschiedlichen Plänen zur Entgeltumwandlung teilzunehmen.

USA

Den Mitarbeitern werden Leistungen aus beitragsorientierten Plänen gewährt.

Die bestehenden leistungsorientierten Pensionspläne wurden mit Wirkung für das Jahr 2010 für weitere dienstzeitabhängige Steigerungen geschlossen und die erworbenen Leistungen festgeschrieben. Ein Anspruch auf inflationsbedingte Rentenanpassungen besteht nicht.

Die rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen der Pläne basieren auf dem US-amerikanischen Employee Retirement Income Security Act (ERISA), in dem eine Mindestfinanzierung der Pläne vorgeschrieben wird. Unternehmensbeiträge, die zur Gewährleistung dieser Mindestfinanzierung erforderlich sind, werden im Rahmen einer versicherungsmathematischen Bewertung ermittelt. Darüber hinaus bestehen Pensionspläne ohne Vermögensdeckung, die nicht ERISA unterliegen.

Zusätzliche pensionsähnliche Verpflichtungen ergeben sich aus Plänen für die Übernahme von Gesundheitskosten und von Lebensversicherungsprämien für pensionierte Mitarbeiter und deren Angehörige. Diese Pläne sind für Neueintritte seit 2007 geschlossen. Die Höhe der Erstattungsleistungen bei diesen Plänen ist festgeschrieben.

Schweiz

Die Mitarbeiter der BASF-Gruppe in der Schweiz erhalten eine betriebliche Altersversorgung, die durch eine Pensionskasse aus Firmen- und Mitarbeiterbeiträgen sowie den erzielten Vermögenserträgen finanziert wird. Aufgrund der Einbeziehung der gesetzlich obligatorischen Mindestversorgung gemäß dem schweizerischen Gesetz über die berufliche Vorsorge („BVG“) werden die Pensionspläne als leistungsorientierte Pläne bilanziert. Alle Leistungen sind sofort unverfallbar. Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist der Arbeitgeber zur Leistung von Unternehmensbeiträgen verpflichtet, die den Pensionsplänen die Gewährung einer Mindestleistungshöhe ermöglichen. Die Verwaltung der Pensionspläne erfolgt über paritätisch durch Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter besetzte Stiftungsräte, die die Leistungspläne und die Vermögensanlage steuern und überwachen.

Vereinigtes Königreich

Den Mitarbeitern werden Leistungen aus einem beitragsorientierten Plan gewährt.

Darüber hinaus unterhält die BASF-Gruppe im Vereinigten Königreich leistungsorientierte Pläne, die für künftige dienstzeitabhängige Steigerungen geschlossen wurden. Für die Begünstigten der leistungsorientierten Pläne ist ein Inflationsausgleich bis zum Rentenbeginn gesetzlich vorgeschrieben.

Die Finanzierung der Pläne wird durch die Vorschriften der Regulierungsbehörde für Pensionen und die entsprechenden sozial- und arbeitsrechtlichen Vorschriften bestimmt. Die leistungsorientierten Pläne werden von einer Treuhandgesellschaft verwaltet, deren geschäftsführendes Organ (Board of Trustees) gemäß Treuhandvereinbarung und Gesetz die Interessen der Begünstigten vertritt und die zukünftige Erfüllbarkeit der Leistungen sicherstellt. Die notwendige Finanzierung wird alle drei Jahre durch technische Bewertungen nach Maßgabe der lokalen Vorschriften bestimmt.

Übrige Länder

Bei Gruppengesellschaften in den übrigen Ländern werden Versorgungszusagen teilweise durch Pensionsrückstellungen, überwiegend aber durch externe Versicherungen oder Pensionsfonds abgedeckt.

Versicherungsmathematische Annahmen

Der Bewertung der Pensionsverpflichtungen liegen folgende wesentliche Annahmen zu Grunde:

Annahmen zur Bewertung des Anwartschaftsbarwerts zum 31.12.

	Deutschland		USA		Schweiz		Vereinigtes Königreich	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Rechnungszinsfuß	1,90	1,80	3,60	4,00	0,50	0,60	2,60	2,80
Rententrend	1,50	1,50	–	–	–	–	3,10	3,10

Annahmen zur Ermittlung des Aufwands für Altersversorgung im jeweiligen Geschäftsjahr

	Deutschland		USA		Schweiz		Vereinigtes Königreich	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Rechnungszinsfuß	1,80	2,50	4,00	4,20	0,60	0,80	2,80	4,00
Rententrend	1,50	1,50	–	–	–	–	3,10	2,90

Die zur Bestimmung des Anwartschaftsbarwerts am 31. Dezember festgelegten Annahmen werden im folgenden Geschäftsjahr für die Ermittlung des Aufwands aus Pensionsplänen verwendet.

Bei der Bewertung der wesentlichen Pensionsverpflichtungen der BASF-Gruppe wird ein gruppenweit einheitliches Verfahren zur Ableitung der Diskontierungszinssätze angewendet. Im Rahmen dieses Verfahrens werden die Diskontierungszinssätze aus den Renditen von Unternehmensanleihen der jeweiligen Währungsräume mit einem Emissionsvolumen von mehr als 100 Millionen Einheiten der jeweiligen Währung abgeleitet, die mit einem Rating von mindestens AA– bis AA+ von mindestens einer der drei Ratingagenturen Fitch, Moody's oder Standard & Poor's bewertet wurden.

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen erfolgt grundsätzlich anhand der aktuellen Sterbetafeln zum 31. Dezember des jeweiligen Berichtsjahres, die in Deutschland und den USA aus dem BASF-Bestand abgeleitet und letztmals im Jahr 2015 für die Verpflichtungen in Deutschland beziehungsweise 2014 für die Verpflichtungen in den USA aktualisiert wurden.

Sterbetafeln (wesentliche Länder) zum 31.12.2017

Deutschland	Heubeck Richttafeln 2005G (modifiziert)
USA	RP-2014 (modified) with MP-2014 generational projection
Schweiz	BVG 2015 generational
Vereinigtes Königreich	S1PxA (Standardsterblichkeitstafeln für selbst-verwaltete Pläne (SAPS))

Sensitivitätsanalysen

Eine Änderung der wesentlichen versicherungsmathematischen Parameter hätte folgende Auswirkungen auf die Höhe der Pensionsverpflichtungen:

Sensitivität der Pensionsverpflichtungen zum 31.12. (Millionen €)

	Anstieg um 0,5 Prozentpunkte		Rückgang um 0,5 Prozentpunkte	
	2017	2016	2017	2016
Rechnungszinsfuß	–1.930	–1.990	2.200	2.270
Rententrend	1.240	1.175	–1.130	–1.110

Für die Bestimmung der Auswirkungen auf die Höhe der Pensionsverpflichtungen bei Änderung der zu Grunde liegenden Parameter wurde eine alternative Bewertung der Pensionsverpflichtungen durchgeführt. Eine lineare Extrapolation dieser Werte bei abweichenden Veränderungen der Annahmen oder die Addition bei Kombination der Veränderung einzelner Annahmen ist nicht möglich.

polation dieser Werte bei abweichenden Veränderungen der Annahmen oder die Addition bei Kombination der Veränderung einzelner Annahmen ist nicht möglich.

Erläuterung der Beträge in Gewinn- und Verlustrechnung sowie Bilanz

Zusammensetzung des Aufwands für Altersversorgung (Millionen €)

	2017	2016
Aufwand aus leistungsorientierten Pensionsplänen	402	346
Aufwand aus beitragsorientierten Pensionsplänen	303	281
Aufwand für Altersversorgung (im Ergebnis der Betriebstätigkeit erfasst)	705	627
Nettozinsaufwand aus unterdeckten Pensionsplänen und ähnlichen Verpflichtungen	175	183
Nettozinsertrag aus überdeckten Pensionsplänen	-2	-5
Zinskosten für die Vermögenswertbegrenzung	-	-
Aufwand für Altersversorgung (im Finanzergebnis erfasst)	173	178

Im Finanzergebnis wird die Verzinsung für den zum Jahresanfang bestehenden Nettobilanzansatz verrechnet. Diese ergibt sich als Differenz zwischen den Zinskosten auf den Anwartschaftsbarwert und dem normierten Vermögensertrag aus dem Pensionsvermögen sowie den Zinskosten für die Vermögenswertbegrenzung. Bei der Ermittlung der Verzinsung

sind die im Laufe des Geschäftsjahres zu erwartenden Beitragszahlungen und Rentenzahlungen zu berücksichtigen.

Der Nettozinsaufwand des jeweiligen Geschäftsjahres basiert auf dem Rechnungszinsfuß und dem Anwartschaftsbarwert zu Beginn des Jahres.

Entwicklung des Anwartschaftsbarwerts der Pensionsverpflichtungen (Millionen €)

	2017	2016
Anwartschaftsbarwert am 01.01.	27.603	24.861
Laufender Dienstzeitaufwand	400	360
Zinskosten auf den Anwartschaftsbarwert	568	671
Rentenzahlungen	-1.048	-1.024
Mitarbeiterbeiträge	48	49
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste		
für Anpassungen der finanzwirtschaftlichen Annahmen	1	2.571
Anpassungen der demografischen Annahmen	-2	-20
erfahrungsbedingte Anpassungen	-5	66
Effekte aus Akquisitionen und Devestitionen	8	148
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	2	-14
Planabgeltungen	-	-
Sonstige Veränderungen	124	-2
Währungseffekte	-828	-63
Anwartschaftsbarwert am 31.12.	26.871	27.603

Die gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit der Verpflichtungen beträgt zum 31. Dezember 2017 15,5 Jahre (Vorjahr 15,7 Jahre).

Entwicklung des Pensionsvermögens (Millionen €)

	2017	2016
Pensionsvermögen am 01.01.	19.460	18.681
Normierter Ertrag des Pensionsvermögens	393	492
Abweichung des tatsächlichen Vermögensertrags vom normierten Vermögensertrag	1.067	775
Unternehmensbeiträge	1.102	207
Mitarbeiterbeiträge	48	49
Rentenzahlungen	-919	-627
Effekte aus Akquisitionen und Devestitionen	-2	64
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-	-
Planabgeltungen	-	-
Sonstige Veränderungen	106	-20
Währungseffekte	-607	-161
Pensionsvermögen am 31.12.	20.648	19.460

Der normierte Ertrag des Pensionsvermögens wird durch Multiplikation des Planvermögens am Jahresanfang mit dem am Jahresanfang zur Abzinsung der bestehenden Verpflichtungen verwendeten Rechnungszinsfuß unter Berücksichtigung der unterjährigen Renten- und Beitragszahlungen ermittelt.

Die für das Jahr 2018 erwarteten Beitragszahlungen betragen rund 200 Millionen €.

Zur Verbesserung der Deckungsgrade der Pläne wurden im Jahr 2017 Sonderdotierungen durchgeführt. Diese betrafen insbesondere den BASF Pensionstreuhand e.V. mit 500 Millionen €, die BASF Pensionskasse VVaG mit 317 Millionen € und die US-amerikanischen Pläne mit 143 Millionen US\$.

Entwicklung des Nettobilanzansatzes (Millionen €)

	2017	2016
Nettobilanzansatz am 01.01.	-8.143	-6.180
Laufender Dienstzeitaufwand	-400	-360
Zinskosten auf den Anwartschaftsbarwert	-568	-671
Normierter Ertrag des Pensionsvermögens	393	492
Abweichung des tatsächlichen Vermögensertrags vom normierten Vermögensertrag	1.067	775
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste beim Anwartschaftsbarwert	6	-2.617
Ergebnisunwirksame Veränderung der Vermögenswertbegrenzung	-	-
Rentenzahlungen ohne Inanspruchnahme des Pensionsvermögens	129	397
Unternehmensbeiträge	1.102	207
Effekte aus Akquisitionen und Devestitionen	-10	-84
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-2	14
Sonstige Veränderungen	-18	-18
Währungseffekte	221	-98
Nettobilanzansatz am 31.12.	-6.223	-8.143
davon Vermögenswerte aus überdeckten Plänen	70	66
Pensionsrückstellungen	-6.293	-8.209

Regionale Zuordnung der leistungsorientierten Pläne zum 31.12. (Millionen €)

	Pensionsverpflichtungen		Planvermögen		Nettobilanzansatz	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Deutschland	18.104	18.242	13.576	12.282	-4.528	-5.960
USA	4.053	4.524	2.687	2.806	-1.366	-1.718
Schweiz	2.070	2.272	1.889	1.974	-181	-298
Vereinigtes Königreich	1.884	1.909	1.880	1.898	-4	-11
Übrige	760	656	616	500	-144	-156
Summe	26.871	27.603	20.648	19.460	-6.223	-8.143

Erläuterung des Planvermögens

Die Ziel-Portfoliostruktur der Pensionspläne wird mit Hilfe von Asset-Liability-Studien ermittelt und regelmäßig überprüft. Danach werden die Vermögensanlagen unter Berücksichtigung der Risiken der einzelnen Anlageklassen und der regulatorischen Bestimmungen für die Anlage von Pensionsvermögen langfristig auf die Entwicklung der Verpflichtungen abgestimmt. Die bestehende Portfoliostruktur orientiert sich grundsätzlich an der Zielallokation und berücksichtigt darüber hinaus aktuelle Markteinschätzungen. Zur Begrenzung von Anlagerisiken und zur Ausschöpfung möglichst vieler Ertragspotenziale erfolgt eine breite weltweite Streuung der Einzelanlagen.

Liability-Driven-Investment(LDI)-Techniken, wie zum Beispiel die Absicherung gegenüber Zins- und Inflationsveränderungen, werden in einigen Pensionsplänen angewendet, insbesondere bei den britischen und amerikanischen Pensionsplänen.

Struktur des Pensionsvermögens (%)

	2017	2016
Aktien	29	28
Schuldinstrumente	52	53
davon gegenüber staatlichen Schuldnern	16	16
gegenüber anderen Schuldnern	36	37
Immobilien	3	4
Alternative Investments	15	15
Zahlungsmittel und geldmarktnahe Anlagen	1	–
Summe	100	100

Neben Schuldscheindarlehen und Pfandbriefen umfasst die Anlageklasse **Schuldinstrumente** auch Unternehmens- und Staatsanleihen. Bei den Staatsanleihen handelt es sich vorwiegend um Anleihen von Ländern höchster Bonität wie den USA, dem Vereinigten Königreich, Deutschland und der Schweiz. Bei den Unternehmensanleihen sind es vorwiegend Anleihen guter Bonität, wobei bewusst auch in begrenztem Umfang Anleihen gehalten werden, die zum High-Yield-

Bereich gehören. Im Rahmen der laufenden Überwachung der Ausfallrisiken, die auf einem vorgegebenen Risikobudget und der fortlaufenden Beobachtung der Entwicklung der Bonität der Emittenten basiert, erfolgt bei geänderter Markteinschätzung gegebenenfalls eine Anpassung der Anlage des Pensionsvermögens. **Alternative Investments** umfassen vor allem Anlagen in Private Equity, Absolute Return Fonds und besicherte Unternehmensdarlehen.

Für fast alle **Aktien** bestehen Preisnotierungen an aktiven Märkten. Die Kategorie **Schuldinstrumente** enthält Schuldscheindarlehen und Pfandbriefe, die im Rahmen von Privatplatzierungen erworben wurden, mit einem Marktwert in Höhe von 575 Millionen € am 31. Dezember 2017 und 853 Millionen € am 31. Dezember 2016. Für diese Wertpapiere, die insbesondere von inländischen Pensionsvermögen gehalten werden, besteht kein aktiver Markt. Zur Kompensation der reduzierten Fungibilität gewährt der Kapitalmarkt in Abhängigkeit von der Laufzeit Renditeaufschläge. Für die Vermögensanlagen in **Immobilien** und **Alternativen Investments** besteht – von Ausnahmefällen abgesehen – kein aktiver Markt.

In den Pensionsvermögen zum Bilanzstichtag waren von BASF-Gruppengesellschaften emittierte Wertpapiere mit einem Marktwert von 15 Millionen € im Jahr 2017 und 16 Millionen € im Jahr 2016 enthalten. Der Marktwert der von den rechtlich selbständigen Versorgungseinrichtungen an BASF-Gruppengesellschaften vermieteten Immobilien betrug 111 Millionen € am 31. Dezember 2017 und 117 Millionen € am 31. Dezember 2016.

Seit dem Jahr 2010 besteht zwischen der BASF SE und der BASF Pensionskasse eine Vereinbarung über die Gewährung von Genussrechtskapital in Höhe von nominell 80 Millionen €, das der Stärkung der Finanzierungsbasis der BASF Pensionskasse dient. Im Jahr 2017 wurden zur Verbesserung der Deckungsgrade der Pläne mehrere Sonderdotierungen durchgeführt. Zwischen den rechtlich selbständigen Versorgungseinrichtungen und den Unternehmen der BASF-Gruppe fanden im Jahr 2017 darüber hinaus keine wesentlichen Transaktionen statt.

Die folgende Übersicht gibt die Vermögensdeckung der Pläne wieder:

Vermögensdeckung der Pensionspläne zum 31.12. (Millionen €)

	2017		2016	
	Anwartschaftsbarwert	Pensionsvermögen	Anwartschaftsbarwert	Pensionsvermögen
Ohne Pensionsvermögensdeckung	2.814	–	2.869	–
Mit Pensionsvermögensdeckung	24.057	20.648	24.734	19.460
Summe	26.871	20.648	27.603	19.460

Beitragsorientierte Pläne und staatliche Pläne

Die im Ergebnis der Betriebstätigkeit erfassten Beiträge zu beitragsorientierten Plänen beliefen sich im Jahr 2017 auf 303 Millionen € und im Jahr 2016 auf 281 Millionen €.

Im Jahr 2017 wurden an staatliche Rentenversicherungsträger Beiträge in Höhe von 592 Millionen € und im Jahr 2016 von 590 Millionen € geleistet.

23 Sonstige Rückstellungen

Millionen €	31.12.2017		31.12.2016	
		davon kurzfristig		davon kurzfristig
Rückbauverpflichtungen	1.296	17	1.297	29
Umweltschutzmaßnahmen und Beseitigung von Altlasten	600	112	588	116
Personalverpflichtungen	2.173	1.553	1.933	1.217
Verpflichtungen aufgrund von Verkaufsgeschäften oder Einkaufsverträgen	1.080	1.070	928	919
Restrukturierungsmaßnahmen	143	119	208	161
Prozess-, Schadenersatz-, Gewährleistungs- und ähnliche Verpflichtungen	103	48	109	37
Übrige	1.312	310	1.406	323
Summe	6.707	3.229	6.469	2.802

Rückbauverpflichtungen betreffen insbesondere die voraussichtlichen Kosten für das Verfüllen von Bohrlöchern und die Beseitigung von Fördereinrichtungen nach Beendigung der Forderung im Segment Oil & Gas.

Die Rückstellungen für **Umweltschutzmaßnahmen und Beseitigung von Altlasten** decken erwartete Belastungen aus der Sanierung kontaminierter Standorte, der Rekultivierung von Deponien, der Beseitigung von Umweltbeeinträchtigungen an bestehenden Produktions- oder Lagereinrichtungen und ähnliche Maßnahmen ab.

Die Rückstellungen für **Personalverpflichtungen** enthalten insbesondere Verpflichtungen zur Gewährung von Dienstaltersprämien und Jubiläumsgeldern, variable Vergütungen einschließlich hierauf entfallender Sozialversicherungsbeiträge sowie Rückstellungen aufgrund von Frühpensionierungs- und Altersteilzeitmodellen. Der Anstieg ergab sich insbesondere aus höheren Abgrenzungen für variable Vergütungsbestandteile.

 Erläuterungen zu Rückstellungen für das Long-Term-Incentive-Programm unter Anmerkung 30 ab Seite 231

Die Rückstellungen für **Verpflichtungen aufgrund von Verkaufsgeschäften oder Einkaufsverträgen** umfassen überwiegend Verpflichtungen aus zu gewährenden Rabatten oder sonstigen Preisnachlässen im Segment Agricultural Solutions sowie aus Gewährleistungen oder Produkthaftungen, zu

zahlenden Provisionen für die Vermittlung von Verkäufen und drohende Verluste aus vertraglichen Vereinbarungen. Der Anstieg der Rückstellungen resultierte aus höheren Abgrenzungen für Rabattprogramme und für Produkthaftungen.

Die Rückstellungen für **Restrukturierungsmaßnahmen** enthalten Abfindungszahlungen für ausscheidende Mitarbeiter, erwartete Kosten für Standortschließungen sowie Abbruchverpflichtungen und vergleichbare Belastungen.

Die Rückstellungen für **Prozess-, Schadenersatz-, Gewährleistungs- und ähnliche Verpflichtungen** enthalten erwartete Belastungen aus Prozessen, in denen BASF die beklagte Partei ist, und Schadenersatzverpflichtungen aus Klagen gegen BASF sowie Bußgelder.

Übrige enthalten überwiegend langfristige Steuerrückstellungen.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Sonstigen Rückstellungen nach Rückstellungskategorien. Sonstige Veränderungen enthalten Konsolidierungskreisänderungen, Devestitionen, Währungseffekte sowie die Umbuchung von Verpflichtungen in die Verbindlichkeiten, sofern sich die Verpflichtungen hinsichtlich Höhe oder Zeitpunkt ihres Anfalls konkretisiert haben.

Entwicklung Sonstige Rückstellungen im Jahr 2017 (Millionen €)

	01.01.2017	Zuführung	Aufzinsung	Inanspruchnahme	Auflösung	Sonstige Veränderungen	31.12.2017
Rückbauverpflichtungen	1.297	108	29	-30	-21	-87	1.296
Umweltschutzmaßnahmen und Beseitigung von Altlasten	588	111	3	-60	-5	-37	600
Personalverpflichtungen	1.933	1.720	2	-1.235	-154	-93	2.173
Verpflichtungen aufgrund von Verkaufsgeschäften oder Einkaufsverträgen	928	1.027	-	-681	-66	-128	1.080
Restrukturierungsmaßnahmen	208	35	-	-65	-22	-13	143
Prozess-, Schadenersatz-, Gewährleistungs- und ähnliche Verpflichtungen	109	54	-	-24	-24	-12	103
Übrige	1.406	264	1	-225	-85	-49	1.312
Summe	6.469	3.319	35	-2.320	-377	-419	6.707

24 Verbindlichkeiten

Finanzschulden (Millionen €)

	Währung	Nominalvolumen (Millionen Emissionswährung)	Effektivzins	Wertansatz gemäß Effektivzinsmethode	
				31.12.2017	31.12.2016
BASF SE					
Commercial Paper	USD			–	1.033
variabel Anleihe 2014/2017	EUR	300	variabel	–	300
5,875 % Anleihe 2009/2017	GBP	400	6,04 %	–	467
4,625 % Anleihe 2009/2017	EUR	300	4,69 %	–	300
1,375 % Anleihe 2014/2017	GBP	250	1,46 %	–	292
variabel Anleihe 2013/2018	EUR	300	variabel	300	300
1,5 % Anleihe 2012/2018	EUR	1.000	1,51 %	999	999
1,375 % Anleihe 2014/2019	EUR	750	1,44 %	750	749
variabel Anleihe 2017/2019	EUR	1.250	variabel	1.261	–
variabel Anleihe 2013/2020	EUR	300	variabel	300	300
1,875 % Anleihe 2013/2021	EUR	1.000	1,47 %	1.007	1.016
2,5 % Anleihe 2017/2022	USD	500	2,65 %	414	–
2 % Anleihe 2012/2022	EUR	1.250	1,93 %	1.254	1.255
0,925 % Anleihe 2017/2023	USD	850	0,83 %	664	–
0,875 % Anleihe 2016/2023	GBP	250	1,06 %	279	289
2,5 % Anleihe 2014/2024	EUR	500	2,60 %	497	497
1,750 % Anleihe 2017/2025	GBP	300	1,87 %	335	–
3,675 % Anleihe 2013/2025	NOK	1.450	3,70 %	147	159
0,875 % Anleihe 2017/2027	EUR	1.000	1,04 %	984	–
2,670 % Anleihe 2017/2029	NOK	1.600	2,69 %	162	–
1,5 % Anleihe 2016/2031	EUR	200	1,58 %	198	198
0,875 % Anleihe 2016/2031	EUR	500	1,01 %	492	491
2,37 % Anleihe 2016/2031	HKD	1.300	2,37 %	139	159
1,450 % Anleihe 2017/2032	EUR	300	1,57 %	296	–
3 % Anleihe 2013/2033	EUR	500	3,15 %	491	491
2,875 % Anleihe 2013/2033	EUR	200	3,09 %	198	198
1,625 % Anleihe 2017/2037	EUR	750	1,73 %	736	–
3,25 % Anleihe 2013/2043	EUR	200	3,27 %	199	199
3,89 % US Private Placement Serie A 2013/2025	USD	250	3,92 %	208	237
4,09 % US Private Placement Serie B 2013/2028	USD	700	4,11 %	582	663
4,43 % US Private Placement Serie C 2013/2034	USD	300	4,45 %	250	284
BASF Finance Europe N.V.					
0,0 % Anleihe 2016/2020	EUR	1.000	0,14 %	996	995
0,75 % Anleihe 2016/2026	EUR	500	0,88 %	494	494
Ciba Specialty Chemicals Finance Luxembourg S.A.					
4,875 % Anleihe 2003/2018	EUR	477	4,88 %	474	461
Andere Anleihen				547	631
Anleihen und sonstige Kapitalmarktverbindlichkeiten				15.653	13.457
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				2.379	2.855
Finanzschulden				18.032	16.312

Zusammensetzung der Finanzschulden nach Währungen (Millionen €)

	31.12.2017	31.12.2016
Euro	13.326	10.897
US-Dollar	2.922	3.346
Britisches Pfund	614	1.048
Norwegische Krone	309	159
Hongkong-Dollar	139	159
Argentinischer Peso	137	194
Chinesischer Renminbi	127	118
Südafrikanischer Rand	73	28
Türkische Lira	65	59
Ukrainische Hrywnja	63	55
Japanischer Yen	58	–
Brasilianischer Real	53	113
Indonesische Rupie	43	29
Übrige Währungen	103	107
Summe	18.032	16.312

Laufzeiten der Finanzschulden (Millionen €)

	31.12.2017	31.12.2016
Folgejahr 1	2.497	3.767
Folgejahr 2	2.052	1.887
Folgejahr 3	1.845	2.115
Folgejahr 4	1.140	1.304
Folgejahr 5	1.781	1.049
Folgejahr 6 und darüber hinausgehende Restlaufzeiten	8.717	6.190
Summe	18.032	16.312

Andere Anleihen

Als andere Anleihen sind überwiegend Industrieentwicklungs- und Umweltschutzbonds der BASF-Corporation-Gruppe ausgewiesen, die zur Finanzierung von Investitionen in den USA aufgenommen wurden. Sowohl der gewichtete durchschnittliche Zinssatz dieser Anleihen als auch deren gewichteter Effektivzinssatz beliefen sich im Jahr 2017 auf 3,1 % und im Jahr 2016 auf 2,1 %. Die durchschnittliche Restlaufzeit lag zum 31. Dezember 2017 bei 183 Monaten und zum 31. Dezember 2016 bei 195 Monaten.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Zur Finanzierung des Erdgastransportgeschäfts wurde im Jahr 2014 ein Darlehen in Höhe von 1.650 Millionen € mit einer Laufzeit von fünf Jahren zu einem Zinssatz von 1,08 % aufgenommen. Im Jahr 2017 wurden davon 925 Millionen € an die neu gegründete, at Equity bilanzierte Gesellschaft W & G Infrastruktur Finanzierungs-GmbH, Kassel, zur Finanzierung der ebenfalls at Equity bilanzierten Erdgastransportgesellschaften GASCADE Gastransport GmbH, Kassel, und NEL Gastransport GmbH, Kassel, übertragen.

Der durchschnittliche gewichtete Zinssatz für Kredite betrug im Jahr 2017 4,1 % gegenüber 4,5 % im Jahr 2016.

Nicht ausgenutzte Kreditlinien

Die nicht ausgenutzten verbindlich zugesagten Kreditlinien betrugen für BASF SE sowohl am 31. Dezember 2017 als auch am 31. Dezember 2016 6.000 Millionen € mit variabler Verzinsung.

Übrige Verbindlichkeiten (Millionen €)

	31.12.2017		31.12.2016	
	Langfristig	Kurzfristig	Langfristig	Kurzfristig
Derivate mit negativen Marktwerten	290	274	78	571
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	99	25	84	22
Darlehens- und Zinsverbindlichkeiten	283	212	280	199
Sonstige Verbindlichkeiten	94	1.289	97	791
Übrige Verbindlichkeiten, die Finanzinstrumente darstellen	766	1.800	539	1.583
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	–	564	–	556
Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit	67	77	95	68
Personalverbindlichkeiten	28	253	45	310
Verbindlichkeiten aus Edelmetallhandelspositionen	–	17	–	13
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	197	78	171	66
Sonstige Verbindlichkeiten	37	275	23	254
Übrige Verbindlichkeiten, die keine Finanzinstrumente darstellen	329	1.264	334	1.267
Übrige Verbindlichkeiten	1.095	3.064	873	2.850

Übrige Verbindlichkeiten

Der Anstieg der kurzfristigen Übrigen Verbindlichkeiten resultierte im Wesentlichen aus Geldanlagen von nach der Equity-Methode bilanzierten Gesellschaften bei Gruppengesellschaften, die unter **Sonstige Verbindlichkeiten** berichtet werden. Die kurzfristigen Derivate mit negativen Marktwerten gingen aufgrund negativer Marktwerte aus Fremdwährungssicherungsgeschäften zurück. Die langfristigen negativen Marktwerte stiegen dagegen an. Dies betraf überwiegend höhere negative Marktwerte aus der Absicherung durch kombinierte Zins-/Währungsswaps bei USD-, GBP- sowie HKD-Anleihen.

☞ Mehr zu finanzwirtschaftlichen Risiken und derivativen Finanzinstrumenten unter Anmerkung 27 ab Seite 222

Mehr zu Verbindlichkeiten aus Leasingverhältnissen unter Anmerkung 28 ab Seite 228

Gesicherte Verbindlichkeiten (Millionen €)

	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	22	24
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6	6
Übrige Verbindlichkeiten	169	63
Gesicherte Verbindlichkeiten	197	93

Als Sicherheiten für **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** wurden insbesondere Grundschulden bestellt. Der Anstieg der gesicherten **Übrigen Verbindlichkeiten** im Vergleich zum 31. Dezember 2016 ist vor allem auf höhere Sicherheiten für Derivate mit negativen Marktwerten zurückzuführen. Im Jahr 2017 gab es, wie im Vorjahr, keine gesicherten Eventualverbindlichkeiten.

25 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Ansatz der nachfolgend dargestellten Sachverhalte erfolgt zu Nominalwerten:

Millionen €	31.12.2017	31.12.2016
Begebung und Übertragung von Wechseln	9	9
Bürgschaften	11	12
Gewährleistungsverträge	49	43
Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	1	1
Begonnene Investitionsvorhaben	4.109	5.394
davon Bestellobligo	1.045	1.391
für den Erwerb immaterieller Vermögenswerte	16	7
Einzahlungs- und Darlehensverpflichtungen und sonstige finanzielle Verpflichtungen	19	25

Als Voraussetzung für die Exploration und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen im dänischen Konzessionsgebiet durch das Joint Venture Wintershall Noordzee B.V., Rijswijk/Niederlande, gibt BASF entsprechende unbegrenzte Garantien, vor allem zu Gunsten des dänischen Staats sowie des staatlichen

Unternehmens Nordsøfonden. Der 100-prozentigen eventuellen Haftung der BASF im Rahmen dieser Garantien stehen zum Teil 50-prozentige Garantien des Joint-Venture-Partners zu Gunsten der BASF gegenüber. Mit einer Inanspruchnahme der Garantien war zum 31. Dezember 2017 nicht zu rechnen.

Im Rahmen langfristiger Mietverträge genutzte Vermögenswerte

Die im Rahmen langfristiger Mietverträge genutzten Vermögenswerte betrafen vor allem Gebäude sowie die IT-Infrastruktur.

📖 Mehr zu Verbindlichkeiten aus Leasingverhältnissen unter Anmerkung 28 ab Seite 228

Verpflichtungen aus langfristigen Mietverträgen (ohne Finanzierungsleasing) (Millionen €)

2018	362
2019	273
2020	207
2021	137
2022	111
2023 und darüber hinausgehende Restlaufzeiten	320
Summe	1.410

Verpflichtungen aus Kaufverträgen

Die Verpflichtungen aus Kaufverträgen resultierten überwiegend aus langfristigen Abnahmeverpflichtungen für Rohstoffe. Zum 31. Dezember 2017 bestanden folgende feste Kaufverpflichtungen:

Verpflichtungen aus Kaufverträgen (Millionen €)

2018	7.306
2019	4.776
2020	2.688
2021	2.374
2022	2.362
2023 und darüber hinausgehende Restlaufzeiten	7.112
Summe	26.618

Weitere mögliche Verpflichtungen aus Vereinbarungen, die zum 31. Dezember 2017 bestanden, werden unter Anmerkung „2.4 Akquisitionen und Devestitionen“ dargestellt.

26 Risiken aus Rechtsstreitigkeiten und -verfahren

In dem seit Mai 2013 laufenden Schiedsverfahren gegen Wintershall Energía S.A., Argentinien („WIAR“), Total Austral S.A., Argentinien, und Pan American Energy LLC, Argentinien, macht die Metrogas S.A., Chile, Schadenersatzansprüche im Wert von circa 227 Millionen € wegen unzureichender Gaslieferungen geltend. Die Beklagten schlossen als Verkäufer im Jahr 1997 mit Metrogas einen Erdgasliefervertrag ab, an dem WIAR einen Lieferanteil von 37,5 % hat. Nachdem der Vorsitzende des Schiedsgerichts sein Amt Mitte 2016 niedergelegt hatte, benannte der Internationale Schiedsgerichtshof (ICC) ein neues Schiedsgericht, das das Verfahren im Jahr 2017 fortgesetzt hat. Die mündliche Verhandlung fand im April 2017 statt. Am 2. Februar 2018 hat das Schiedsgericht die Klage der Metrogas vollumfänglich abgewiesen und Metrogas die Kosten des Verfahrens auferlegt.

BASF Corporation kann unter US-amerikanischem Umwelthaftungsrecht („Comprehensive Response, Compensation and Liability Act“ von 1980 sowie bundesstaatlichem Recht) für die Untersuchung und Sanierung verschiedener verunreinigter Gelände haftbar sein. Dies betrifft auch die Sanierung der unteren 17 Meilen des Passaic-River-Flussbetts in New Jersey („Lower Passaic River Study Area, LPRSA“). BASF Corporation sowie mehr als 60 weitere Unternehmen („The Lower Passaic River Study Area Cooperating Parties Group“) führen derzeit eine Sanierungsuntersuchung und Machbarkeitsstudie („Remedial Investigation/Feasibility Study“, RI/FS) für die LPRSA durch. Die US-amerikanische Umweltbehörde („U.S. Environmental Protection Agency, USEPA“) hat im Jahr 2016 eine endgültige Sanierungsmaßnahme für die unteren acht Meilen der LPRSA festgelegt. Eine Einigung mit der USEPA über die Sanierungsarbeiten für den oberen Teil der LPRSA ist im Jahr 2018 zu erwarten.

Zwischen November 2014 und März 2015 wurden beim United States District Court für den Südlichen Bezirk von New York eine Sammelklage sowie mehrere Einzelklagen gegen die in Großbritannien ansässige BASF Metals Limited („BML“) und weitere Beklagte wegen angeblicher Verstöße gegen Wettbewerbs- und Rohstoffhandelsrecht bei der Preisfindung für Platin und Palladium eingereicht. Die Verfahren wurden zusammengeführt und im Juli 2015 schließlich als geänderte Sammelklage („Second Consolidated Amended Class Action Complaint“) eingereicht. In dieser geänderten Sammelklage ist neben weiteren Beklagten auch BASF Corporation mitbeklagt. Die Beklagten haben am 21. September 2015 einen gemeinsamen Antrag und BML und BASF Corporation jeweils Einzelanträge auf Klageabweisung eingereicht. Am 28. März 2017 wies das Gericht die Second Consolidated Amended Class Action Complaint gegen BASF Corporation und BML aus prozessualen Gründen zurück. Am 15. Mai 2017 reichten die Kläger eine überarbeitete Klageschrift ein, in der die Anschuldigungen gegen die Beklagten und BML erneuert wurden, während die BASF Corporation nicht mehr als Beklagte benannt wird. Die Beklagten reichten daraufhin einen überarbeiteten gemeinsamen Antrag und BML einen überarbeiteten Einzelantrag auf Klageabweisung ein. Eine im September 2015 eingereichte Einzelklage wurde vom US District Court am 19. Oktober 2017 abgewiesen. Die Klägerin ging dagegen am 19. November 2017 beim US Court of Appeals in Berufung.

Darüber hinaus sind die BASF SE und ihre Beteiligungsgesellschaften als Beklagte oder sonstige Beteiligte regelmäßig in gerichtliche und schiedsgerichtliche Klageverfahren sowie behördliche Verfahren eingebunden. Diese Verfahren haben auf Basis des heutigen Kenntnisstands keinen erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Lage der BASF.

27 Zusatzangaben zu Finanzinstrumenten

27.1 Finanzwirtschaftliche Risiken

Marktrisiken

Währungsrisiken: Änderungen von Wechselkursen können zu Wertverlusten bei Finanzinstrumenten sowie zu nachteiligen Veränderungen künftiger Zahlungsströme aus geplanten Transaktionen führen. Währungsrisiken aus Finanzinstrumenten resultieren aus der Umrechnung von finanziellen Forderungen, Ausleihungen, Wertpapieren, Barmitteln und finanziellen Verbindlichkeiten zum Stichtagskurs in die funktionale Währung der jeweiligen Gruppengesellschaft. Zur Sicherung des Wechselkursrisikos aus originären Finanzinstrumenten sowie aus geplanten Transaktionen werden Devisenkontrakte in einer Vielzahl von Währungen eingesetzt.

Das Währungs-Exposure entspricht dem Nettobetrag des Nominalvolumens der originären und der derivativen Finanzinstrumente, die Währungsrisiken ausgesetzt sind. Außerdem werden geplante Einkaufs- und Umsatztransaktionen des jeweiligen Folgejahres einbezogen, soweit diese im Währungsrisikomanagement berücksichtigt werden. Gegenläufige Positionen in derselben Währung werden gegeneinander aufgerechnet.

Bei der Ermittlung der Sensitivität wird eine Aufwertung der jeweiligen funktionalen Währung von 10% gegenüber den anderen Währungen simuliert. Die Auswirkung auf das Ergebnis vor Ertragsteuern der BASF hätte zum 31. Dezember 2017 –252 Millionen € und zum 31. Dezember 2016 –300 Millionen € betragen. Der Effekt aus den im Rahmen von Hedge Accounting designierten Positionen hätte das Eigenkapital vor Ertragsteuern zum 31. Dezember 2017 um 46 Millionen € erhöht (2016: Erhöhung um 24 Millionen €). Hierbei handelt es sich um Geschäfte in US-Dollar. Das Währungs-Exposure zum 31. Dezember 2017 lag bei 1.976 Millionen € und zum 31. Dezember 2016 bei 2.113 Millionen €.

Exposure und Sensitivität nach Währungen (Millionen €)

	31.12.2017		31.12.2016	
	Exposure	Sensitivität	Exposure	Sensitivität
US\$	1.410	–143	1.849	–241
Sonstige	566	–63	264	–35
Summe	1.976	–206	2.113	–276

Aufgrund des Einsatzes von Optionen zur Absicherung gegenüber Währungsrisiken ist die Sensitivität keine lineare Funktion der unterstellten Veränderung der Wechselkurse.

Zinsänderungsrisiken: Zinsänderungsrisiken bestehen aufgrund potenzieller Änderungen des Marktzins und können bei festverzinslichen Finanzinstrumenten zu einer Änderung des beizulegenden Zeitwerts und bei variabel verzinslichen Finanzinstrumenten zu Zinszahlungsschwankungen führen. Zur Absicherung werden Zinsswaps und kombinierte Zins-/Währungsderivate abgeschlossen. Zinsänderungsrisiken sind im finanzwirtschaftlichen, nicht aber im operativen Bereich von wesentlicher Bedeutung.

Die variable Zinsrisikoposition, die auch im Folgejahr fällige festverzinsliche Anleihen beinhaltet, betrug zum 31. Dezember 2017 –986 Millionen € (2016: –2.447 Millionen €). Ein Anstieg aller relevanten Zinssätze um einen Prozentpunkt hätte zum 31. Dezember 2017 ein um 4 Millionen € höheres Ergebnis vor Ertragsteuern und zum 31. Dezember 2016 ein um 1 Million € höheres Ergebnis vor Ertragsteuern zur Folge gehabt. Der Effekt aus den im Rahmen von Hedge Accounting designierten Positionen hätte das Eigenkapital vor Ertragsteuern zum 31. Dezember 2017 um 9 Millionen € erhöht (2016: Erhöhung um 16 Millionen €).

Buchwerte der originären verzinslichen Finanzinstrumente (Millionen €)

	31.12.2017		31.12.2016	
	Fest verzinslich	Variabel verzinslich	Fest verzinslich	Variabel verzinslich
Ausleihungen	569	439	208	610
Wertpapiere	88	87	105	568
Finanzschulden	14.703	3.329	12.564	3.748

Nominal- und Marktwerte der Zins- und kombinierten Zins-/Währungsswaps (Millionen €)

	31.12.2017		31.12.2016	
	Nominalwert	Marktwert	Nominalwert	Marktwert
Zinsswaps	600	–13	1.700	–27
davon Festzinszahler-Swaps	600	–13	1.700	–27
Kombinierte Zins-/Währungsswaps	3.337	–175	2.745	45
davon feste Verzinsung	3.337	–175	2.476	121

Warenpreisrisiken: Einige Unternehmensbereiche der BASF sind starken Schwankungen der Rohstoffpreise ausgesetzt. Diese resultieren vor allem aus Rohstoffen (zum Beispiel Naphtha, Propylen, Benzol, Laurinöle, Cyclohexan, Methanol, Erdgas, Butadien, LPG-Kondensat, Ammoniak) sowie Edelmetallen. BASF trifft die folgenden Maßnahmen, um Preisrisiken aus dem Rohstoffeinkauf zu reduzieren:

- BASF verwendet Warenderivate zur Absicherung gegen Risiken aus der Volatilität von Rohstoffpreisen. Dabei handelt es sich insbesondere um Optionen und Swaps auf Erdöl, Erdölprodukte und Erdgas.
- Im Segment Oil & Gas entstehen Margenrisiken in den volatilen Märkten, wenn Einkaufs- und Verkaufsverträge unterschiedlich verpreist werden. Zur Absicherung werden entsprechende Öl- und Gasderivate eingesetzt.
- Der Unternehmensbereich Catalysts schließt sowohl kurzfristige als auch langfristige Abnahmeverträge mit Herstellern von Edelmetallen ab und kauft darüber hinaus an den Kassamärkten Edelmetalle von einer Vielzahl von Geschäftspartnern zu. Das Preisrisiko aus Edelmetallen, die für den Weiterverkauf an Dritte oder für die Verwendung in der Produktion von Katalysatoren erworben werden, wird mit derivativen Instrumenten gesichert. Dabei kommen vor allem Terminkontrakte zum Einsatz, die durch Abschluss gegenläufiger Kontrakte oder durch Lieferung des Edelmetalls erfüllt werden.
- Im Unternehmensbereich Crop Protection ist der Verkaufspreis von Produkten teilweise an den Preis bestimmter Agrarprodukte gekoppelt. Um die daraus entstehenden Risiken abzusichern, werden Derivate auf Agrarprodukte abgeschlossen.

Darüber hinaus hält BASF bei Edelmetallen und Erdölprodukten in begrenztem Umfang ungesicherte Positionen zu Eigenhandelszwecken, die auch derivative Instrumente umfassen können. Der Wert dieser Positionen ist der Volatilität der Marktpreise ausgesetzt und unterliegt einer ständigen Kontrolle.

Im Rahmen des CO₂-Emissionshandels werden verschiedene Arten von CO₂-Zertifikaten auf Termin ge- und verkauft. Ziel dieser Transaktionen ist es, im Markt vorhandene Preisdifferenzen zu nutzen. Die Erfüllung der Geschäfte erfolgt durch physische Lieferung. Sowohl zum 31. Dezember 2017 als auch zum 31. Dezember 2016 waren keine Geschäfte im Bestand.

Aufgrund des Haltens von Warenderivaten und Edelmetallhandelspositionen ist BASF Preisrisiken ausgesetzt. Diese Risiken bestehen darin, dass die Bewertung von Warenderivaten und Edelmetallhandelspositionen zum Marktwert bei einer nachteiligen Veränderung der Marktpreise zu Belastungen von Ergebnis und Eigenkapital der BASF führen kann.

BASF führt Value-at-Risk-Analysen für alle Warenderivate und Edelmetallhandelspositionen durch. Mit Value at Risk wird fortlaufend das Marktrisiko quantifiziert und der maximal mögliche Verlust innerhalb des gegebenen Konfidenzintervalls über einen bestimmten Zeitraum prognostiziert. Der Value-at-Risk-Rechnung liegt ein Konfidenzintervall von 95 % und eine Halte-dauer von einem Tag zu Grunde. Für Edelmetalle basiert der Value at Risk auf einem Konfidenzintervall von 99 %. BASF wendet den Varianz-Kovarianz-Ansatz an.

BASF nutzt Value at Risk im Zusammenhang mit anderen Kennzahlen im Rahmen des Risikomanagementsystems. Neben Value at Risk werden volumenbasierte Grenzen, Exposure- und Stop-Loss-Limits gesetzt.

Risikoposition aus Warenderivaten (Millionen €)

	31.12.2017		31.12.2016	
	Exposure	Value at Risk	Exposure	Value at Risk
Erdöl, Erdölprodukte und Erdgas	90	1	6	1
Edelmetalle	36	2	5	1
Emissionszertifikate	–	–	–	–
Agrarprodukte	0	0	–40	0
Summe	126	3	–29	2

Das Exposure entspricht dem Nettobetrag aller Kauf- und Verkaufspositionen der jeweiligen Warenkategorie.

🔗 Mehr zu finanzwirtschaftlichen Risiken und zum Risikomanagement der BASF im „Chancen- und Risikobericht“ ab Seite 111

Ausfall- oder Bonitätsrisiken

Ausfall- oder Bonitätsrisiken bestehen, wenn Vertragspartner ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. BASF analysiert regelmäßig die Kreditwürdigkeit jedes wesentlichen Schuldners und räumt auf dieser Grundlage Kreditlimits ein. Aufgrund der weltweiten Tätigkeit und der diversifizierten Kundenstruktur der BASF-Gruppe liegt keine wesentliche Konzentration von Ausfallrisiken vor. Der Buchwert aller Forderungen, Ausleihungen und verzinslichen Wertpapiere zuzüglich der Nominalwerte der sonstigen ausfallrisikobehafteten finanziellen Verpflichtungen stellt das maximale Ausfallrisiko der BASF dar.

🔗 Mehr zu Bonitätsrisiken unter Anmerkung 18 ab Seite 208

Liquiditätsrisiken

Risiken aus Zahlungsstromschwankungen werden frühzeitig im Rahmen der Liquiditätsplanung erkannt. Durch das laufende Commercial-Paper-Programm sowie von Banken verbindlich zugesagte Kreditlinien kann BASF jederzeit auf umfangreiche liquide Mittel zurückgreifen.

27.2 Fälligkeitsanalyse

Relevant für die Darstellung der Fälligkeiten vertraglicher Zahlungsströme aus finanziellen Verbindlichkeiten sind Zinszahlungen und Zahlungen des Prinzipals sowie sonstige Zahlungen für derivative Finanzinstrumente. In dieser Darstellung werden künftige Zahlungsströme nicht abgezinst.

Derivate werden mit ihren Nettozahlungsströmen einbezogen, soweit sie negative Marktwerte haben und daher Verbindlichkeiten darstellen. Derivate mit positiven Marktwerten sind Vermögenswerte und werden daher nicht berücksichtigt.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind im Wesentlichen unverzinslich und innerhalb eines Jahres fällig. Der Buchwert von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen entspricht daher der Summe der künftigen Zahlungsströme.

Fälligkeiten vertraglicher Zahlungsströme aus finanziellen Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2017 (Millionen €)

	Anleihen und sonstige Kapitalmarktverbindlichkeiten	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Derivative Verbindlichkeiten	Sonstige Verbindlichkeiten	Summe
2018	2.097	698	180	1.578	4.553
2019	2.237	34	70	80	2.421
2020	1.527	541	8	82	2.158
2021	1.219	132	–	46	1.397
2022	1.865	113	50	38	2.066
2023 und darüber hinaus	9.234	861	225	278	10.598
Summe	18.179	2.379	533	2.102	23.193

Fälligkeiten vertraglicher Zahlungsströme aus finanziellen Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2016 (Millionen €)

	Anleihen und sonstige Kapitalmarktverbindlichkeiten	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Derivative Verbindlichkeiten	Sonstige Verbindlichkeiten	Summe
2017	2.687	1.356	561	1.097	5.701
2018	2.025	128	15	88	2.256
2019	936	1.368	11	47	2.362
2020	1.475	10	13	53	1.551
2021	1.163	5	–	81	1.249
2022 und darüber hinaus	7.269	4	60	305	7.638
Summe	15.555	2.871	660	1.671	20.757

27.3 Finanzinstrumente nach Klassen und Kategorien

Bei Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Übrigen Forderungen und sonstigem Vermögen, Ausleihungen, Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und Sonstigen Verbindlichkeiten entspricht der Buchwert annähernd dem Marktwert. In der Bilanzposition Sonstige Finanzanlagen sind nicht an einem aktiven Markt notierte Beteiligungen enthalten, deren beizulegender Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann und die daher zu Anschaffungskosten bewertet werden.

Der Marktwert von Finanzschulden wird auf der Grundlage von Interbank-Zinssätzen ermittelt. Die Differenz zwischen Buch- und Marktwert resultiert vornehmlich aus Zinsänderungen.

Buch- und Marktwerte von Finanzinstrumenten zum 31. Dezember 2017 (Millionen €)

	Buchwerte	Summe Buchwerte im Anwendungs- bereich des IFRS 7	Bewertungs- kategorien gemäß IAS 39 ²	Fair Value	davon Fair Value Stufe 1 ³	davon Fair Value Stufe 2 ⁴	davon Fair Value Stufe 3 ⁵
Beteiligungen ¹	482	482	Afs	–	–	–	–
Forderungen aus Finanzierungsleasing	29	29	n.a.	29	–	–	–
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	11.190	11.190	LaR	11.190	–	–	–
Derivate – kein Hedge Accounting	340	340	aFVtPL	340	14	326	–
Derivate – Hedge Accounting	72	72	n.a.	72	–	72	–
Übrige Forderungen und sonstiges Vermögen ⁶	3.996	1.508	LaR	1.508	–	–	–
Wertpapiere	175	175	Afs	175	175	–	–
Wertpapiere	1	1	Htm	–	–	–	–
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	6.495	6.495	LaR	6.495	6.495	–	–
Summe Vermögenswerte	22.780	20.292		19.809	6.684	398	–
Anleihen	15.653	15.653	AmC	16.406	–	–	–
Commercial Paper	–	–	AmC	–	–	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.379	2.379	AmC	2.379	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	124	124	n.a.	124	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.971	4.971	AmC	4.971	–	–	–
Derivate – kein Hedge Accounting	551	551	aFVtPL	551	36	515	–
Derivate – Hedge Accounting	13	13	n.a.	13	–	13	–
Übrige Verbindlichkeiten ⁶	3.471	1.878	AmC	1.878	–	–	–
Summe Verbindlichkeiten	27.162	25.569		26.322	36	528	–

Buch- und Marktwerte von Finanzinstrumenten zum 31. Dezember 2016 (Millionen €)

	Buchwerte	Summe Buchwerte im Anwendungs- bereich des IFRS 7	Bewertungs- kategorien gemäß IAS 39 ²	Fair Value	davon Fair Value Stufe 1 ³	davon Fair Value Stufe 2 ⁴	davon Fair Value Stufe 3 ⁵
Beteiligungen ¹	468	468	Afs	–	–	–	–
Forderungen aus Finanzierungsleasing	34	34	n.a.	34	–	–	–
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	10.952	10.952	LaR	10.952	–	–	–
Derivate – kein Hedge Accounting	346	346	aFVtPL	346	14	332	–
Derivate – Hedge Accounting	172	172	n.a.	172	–	172	–
Übrige Forderungen und sonstiges Vermögen ⁶	3.736	1.370	LaR	1.370	–	–	–
Wertpapiere	672	672	Afs	672	672	–	–
Wertpapiere	1	1	Htm	–	–	–	–
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	1.375	1.375	LaR	1.375	1.375	–	–
Summe Vermögenswerte	17.756	15.390		14.921	2.061	504	–
Anleihen	12.424	12.424	AmC	13.144	–	–	–
Commercial Paper	1.033	1.033	AmC	1.033	–	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.855	2.855	AmC	2.855	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	106	106	n.a.	106	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.610	4.610	AmC	4.610	–	–	–
Derivate – kein Hedge Accounting	623	623	aFVtPL	623	0	623	–
Derivate – Hedge Accounting	26	26	n.a.	26	–	26	–
Übrige Verbindlichkeiten ⁶	2.968	1.367	AmC	1.367	–	–	–
Summe Verbindlichkeiten	24.645	23.044		23.764	0	649	–

¹ Der Unterschied zwischen Buchwert und Fair Value resultiert aus zu Anschaffungskosten bewerteten Beteiligungen, für die die beizulegenden Zeitwerte nicht verlässlich bestimmbar sind (2017: 482 Millionen €, 2016: 468 Millionen €).

² Afs: Available-for-sale (Kategorie: zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte); LaR: Loans and receivables (Kategorie: Kredite und Forderungen); aFVtPL: at-fair-value-through-profit-or-loss (Kategorie: Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden); AmC: Amortized Cost (Kategorie: Finanzielle Verbindlichkeiten, die keine Derivate sind); Htm: Held-to-maturity (Kategorie: bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte); eine detaillierte Beschreibung der Kategorien ist in Anmerkung 1 ab Seite 173 enthalten.

³ Die Ermittlung des Fair Value erfolgte auf Basis notierter unangepasster Preise auf aktiven Märkten.

⁴ Die Ermittlung des Fair Value erfolgte auf Basis von Parametern, für die direkt oder indirekt abgeleitete notierte Preise auf einem aktiven Markt zur Verfügung stehen.

⁵ Die Ermittlung des Fair Value erfolgte auf Basis von Parametern, für die keine beobachtbaren Marktdaten zur Verfügung stehen.

⁶ Ohne die separat dargestellten Derivate sowie Forderungen und Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing

Saldierung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2017 (Millionen €)

	Saldierte Beträge			Nicht saldierungsfähige Beträge		Potenzieller Nettobetrag
	Bruttoausweis	Saldierung	Nettoausweis	aufgrund von Globalnetting-Vereinbarungen	im Zusammenhang mit finanziellen Sicherheiten	
Derivate mit positiven Marktwerten	376	-39	337	-55	-10	272
Derivate mit negativen Marktwerten	-373	-39	-412	-55	-139	-606

Saldierung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2016 (Millionen €)

	Saldierte Beträge			Nicht saldierungsfähige Beträge		Potenzieller Nettobetrag
	Bruttoausweis	Saldierung	Nettoausweis	aufgrund von Globalnetting-Vereinbarungen	im Zusammenhang mit finanziellen Sicherheiten	
Derivate mit positiven Marktwerten	491	-46	445	-101	-124	220
Derivate mit negativen Marktwerten	515	-46	469	-101	-47	321

Die Tabelle Saldierung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten zeigt, in welchem Maße finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten in der Bilanz saldiert wurden sowie mögliche Auswirkungen aus der Aufrechnung von Instrumenten, die einer rechtlich durchsetzbaren Globalnetting-Vereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung unterliegen. Für positive Marktwerte aus kombinierten Zins-/Währungsswaps wurden seitens der jeweiligen Kontrahenten Sicherheiten in Form von Geldanlagen in vergleichbarer Höhe des ausstehenden Marktwerts hinterlegt.

Abweichungen zu den innerhalb der Übrigen Forderungen und Übrigen Verbindlichkeiten ausgewiesenen Posten Derivate mit positiven Marktwerten und Derivate mit negativen Marktwerten ergaben sich zum Jahresende 2017 und zum Jahresende 2016 aus Derivaten, die keiner Aufrechnungsvereinbarung unterliegen, sowie aus eingebetteten Derivaten. Diese sind somit nicht in obiger Aufstellung enthalten.

Die Nettogewinne und Nettoverluste aus Finanzinstrumenten umfassen Bewertungsergebnisse, das Fortschreiben von Agien und Disagien, das Erfassen und das Stornieren von Aufwendungen aus Wertminderungen, Ergebnisse aus der Währungsumrechnung sowie Zinsen, Dividenden und alle sonstigen ergebniswirksamen Effekte aus Finanzinstrumenten. Im Posten Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente sind nur Ergebnisse aus solchen Instrumenten enthalten, die nicht als Sicherungsinstrumente im Rahmen einer Sicherungsbeziehung nach IAS 39 designiert sind. Nettogewinne und Nettoverluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthalten Ergebnisse aus Abschreibungen, Zuschreibungen, Zinsen, Dividenden sowie Umbuchungen von Bewertungseffekten aus dem Eigenkapital bei Veräußerung von Wertpapieren beziehungsweise Beteiligungen.

Nettogewinne und Nettoverluste aus Finanzinstrumenten (Millionen €)

	2017	2016
Kredite und Forderungen	-311	-166
davon Zinsergebnis	90	74
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	-24	22
davon Zinsergebnis	2	2
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	249	-124
davon Zinsergebnis	-359	-390
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Finanzinstrumente	-396	-558

Der Rückgang der Nettoverluste aus zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten resultierte im Wesentlichen aus der Währungsumrechnung von finanzbedingten Fremdwährungsverbindlichkeiten, für die sich im Jahr 2017 ein im Vergleich zum Vorjahr höherer Umrechnungsgewinn ergab. Für erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte finanzielle Finanzinstrumente ergab sich ebenfalls ein Rückgang der Nettoverluste. Diese Entwicklung ist vor allem auf realisierte und unrealisierte Ergebnisse aus

Derivaten zur Sicherung von Fremdwährungsgeschäften zurückzuführen. Gegenläufig kam es im Jahr 2017 zu einem höheren Nettoverlust aus Krediten und Forderungen, der vor allem auf die Währungsumrechnung von Forderungen zurückzuführen ist.

Die ergebnisneutral im Eigenkapital erfassten Bewertungsgewinne und Bewertungsverluste von Wertpapieren und Beteiligungen werden in der Entwicklung der ergebnisneutral im Eigenkapital der Aktionäre der BASF SE erfassten Erträge und Aufwendungen auf Seite 169 dargestellt.

27.4 Derivative Finanzinstrumente und Sicherungsbeziehungen

Einsatz derivativer Finanzinstrumente

BASF ist im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit Währungs-, Zinsänderungs- und Warenpreissrisiken ausgesetzt. Diese Risiken werden nach einer zentral festgelegten Strategie bei Bedarf durch derivative Instrumente abgesichert. Eine Absicherung wird nur für bestehende Grundgeschäfte aus dem Produktgeschäft, Geldanlagen und Finanzierungen sowie für erwartete Umsätze, Rohstoffbezüge und Kapitalmaßnahmen vorgenommen. Die aus den Grundgeschäften resultierenden Risiken sowie die Derivate werden laufend überwacht. BASF unterliegt Kreditrisiken aus Derivatgeschäften, soweit diese einen positiven Marktwert haben und die

Vertragspartner ihre Leistungen nicht erfüllen können. Zur Beschränkung des Ausfallrisikos bei den positiven Marktwerten der Derivate werden Transaktionen nur im Rahmen festgelegter Limits mit Banken und Partnern guter Bonität getätigt.

Um ein effizientes Risikomanagement zu ermöglichen, werden Risikopositionen bei der BASF SE und bestimmten Gruppengesellschaften zentralisiert. Der Abschluss und die Abwicklung der zu Sicherungszwecken abgeschlossenen derivativen Finanzinstrumente erfolgen nach internen Richtlinien und unterliegen strengen Kontrollen.

Die beizulegenden Zeitwerte der derivativen Finanzinstrumente werden anhand von Bewertungsmodellen ermittelt, die auf am Markt beobachtbaren Input-Parametern basieren. Eine Ausnahme hiervon bilden einige Warenderivate, deren Bewertung unmittelbar auf Marktpreisen beruht.

Marktwerte derivativer Instrumente (Millionen €)

	31.12.2017	31.12.2016
Devisentermingeschäfte	65	-163
Währungsoptionen	37	15
Fremdwährungsderivate	102	-148
davon als Sicherungsinstrumente im Sinne von IAS 39 designiert (Hedge Accounting)	34	3
Zinsswaps	-13	-27
davon als Sicherungsinstrumente im Sinne von IAS 39 designiert (Hedge Accounting)	-13	-21
Kombinierte Zins-/Währungsswaps	-175	45
davon als Sicherungsinstrumente im Sinne von IAS 39 designiert (Hedge Accounting)	38	163
Zinsderivate	-188	18
Warenderivate	-66	-1
davon als Sicherungsinstrumente im Sinne von IAS 39 designiert (Hedge Accounting)	1	1
Derivative Finanzinstrumente	-152	-131

Cashflow Hedge Accounting

Ein Teil der geplanten Einkäufe von Naphtha wird mit Swaps und Optionen auf Öl und Ölprodukte gesichert. Diese Sicherungsbeziehungen werden im Abschluss der BASF sowohl im Jahr 2017 als auch im Vorjahr nicht mittels Cashflow Hedge Accounting abgebildet.

Für Erdgasbezüge wird weiterhin Cashflow Hedge Accounting in geringem Umfang angewendet, so dass Gewinne und Verluste aus den Sicherungsinstrumenten zunächst ergebnisneutral im Eigenkapital erfasst werden. Die Gewinne oder Verluste aus den Sicherungsinstrumenten werden zu dem Zeitpunkt, in dem das Grundgeschäft in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wird, in den Herstellungskosten berücksichtigt.

Sowohl die geplanten Transaktionen als auch die daraus resultierende Erfolgswirkung treten innerhalb des jeweils auf den Bilanzstichtag folgenden Jahres ein. Im Jahr 2017 wurden 200.000 € und im Jahr 2016 1 Million € an effektiven Wertänderungen von Sicherungsinstrumenten im Eigenkapital der Aktionäre der BASF SE gebucht. Aus dem Eigenkapital der Aktionäre der BASF SE ausgebucht und direkt in den Sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst wurden im Jahr 2017 300.000 € und im Jahr 2016 1 Million €. Der ineffektive Teil der Wertänderungen der Sicherungsinstrumente betrug -100.000 € im Jahr 2017 und -1 Million € im Jahr 2016. Diese

Beträge wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung in den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

BASF wendet Cashflow Hedge Accounting teilweise auch für Fremdwährungsderivate zur Absicherung geplanter Umsätze in US-Dollar an. Die Erfolgswirkung aus den zu Grunde liegenden Transaktionen tritt im Jahr 2018 ein. Im Jahr 2017 wurden effektive Wertänderungen aus den Sicherungsgeschäften in Höhe von 71 Millionen € und im Jahr 2016 in Höhe von 9 Millionen € im Eigenkapital der Aktionäre der BASF SE erfasst. Ausbuchungen aus dem Eigenkapital der Aktionäre der BASF SE beliefen sich auf 44 Millionen € und wurden in den Erträgen aus Fremdwährungsgeschäften erfasst (2016: 11 Millionen €). Die Absicherung war vollständig effektiv.

Zur Absicherung des Fremdwährungsrisikos, welches für einen Teil des in US-Dollar denominierten Kaufpreises für den Erwerb sämtlicher Anteile an Chemetall bestand, setzte BASF im Vorjahr Optionen und Devisentermingeschäfte ein. Diese waren als Sicherungsinstrumente designiert und führten im Eigenkapital der Aktionäre der BASF SE zu effektiven Wertänderungen in Höhe von 97 Millionen €. Mit Vollzug der Transaktion im Dezember 2016 wurde dieser Betrag aus dem Eigenkapital der Aktionäre der BASF SE ausgebucht und reduzierte in entsprechender Höhe den Kaufpreis und somit den aus der Transaktion resultierenden Geschäfts- oder Firmenwert. Der ineffektive Teil der Wertänderungen der

Sicherungsinstrumente betrug –10 Millionen € und wurde in den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

Das Zinsänderungsrisiko der im Jahr 2013 emittierten variabel verzinslichen Anleihe wurde mittels Zinsswaps abgesichert. Die Anleihe und die Zinsswaps wurden als Sicherungsbeziehung designiert. Im Jahr 2017 wurden effektive Wertänderungen in Höhe von 6 Millionen € im Eigenkapital der Aktionäre der BASF SE erfasst. Im Vorjahr wurde darüber hinaus auch die im Jahr 2014 emittierte und im Jahr 2017 ausgelaufene variabel verzinsliche Anleihe mittels Zinsswaps abgesichert. Die im Jahr 2016 im Eigenkapital der Aktionäre der BASF SE erfassten effektiven Wertänderungen betrugen 6 Millionen €. Ineffektivitäten traten in beiden Jahren nicht auf.

Des Weiteren wurde das im Jahr 2013 begebene festverzinsliche US Private Placement der BASF SE in Höhe von 1,25 Milliarden US\$ mittels Währungsswaps in Euro gewandelt. Diese Absicherung wurde als Cashflow Hedge designiert. Die Absicherung war vollständig effektiv. Im Jahr 2017 wurden hieraus Wertänderungen in Höhe von –125 Millionen € im Eigenkapital der Aktionäre der BASF SE erfasst (2016: –33 Millionen €). Im Jahr 2017 wurden 144 Millionen € aus der Position Sonstige Eigenkapitalposten ausgebucht und als Aufwand im Finanzergebnis erfasst (2016: 38 Millionen € Ertrag im Finanzergebnis).

28 Leasingverhältnisse

Geleaste Vermögenswerte

Die Sachanlagen beinhalten Vermögenswerte, welche im Rahmen von Finanzierungsleasing wirtschaftliches Eigentum begründen. Sie betreffen im Wesentlichen folgende Posten:

Geleaste Vermögenswerte (Millionen €)

	31.12.2017		31.12.2016	
	Anschaffungskosten	Nettobuchwerte	Anschaffungskosten	Nettobuchwerte
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	22	9	46	26
Technische Anlagen und Maschinen	118	43	136	43
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	113	44	59	25
Summe	253	96	241	94

Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing (Millionen €)

	31.12.2017			31.12.2016		
	Mindestleasingrate	Zinsanteil	Leasingverbindlichkeit	Mindestleasingrate	Zinsanteil	Leasingverbindlichkeit
Folgejahr 1	32	5	27	28	5	23
Folgejahr 2	37	5	32	30	4	26
Folgejahr 3	22	4	18	19	4	15
Folgejahr 4	19	3	16	17	3	14
Folgejahr 5	12	2	10	12	3	9
Über 5 Jahre	26	5	21	35	14	21
Summe	148	24	124	141	33	108

Im laufenden Geschäftsjahr und im Vorjahr wurden keine über die Mindestleasingaufwendungen hinausgehenden zusätzlichen Leasingzahlungen aufgrund vertraglich festgelegter Bedingungen für Finanzierungsleasing ergebniswirk-

sam erfasst. Den Leasingverbindlichkeiten standen 2017 sowie im Vorjahr keine künftigen Mindestleasingzahlungen aus Unterleasingverträgen gegenüber.

Zusätzlich ist BASF Leasingnehmer im Rahmen von Operating-Leasingverträgen. Die sich im Jahr 2017 daraus ergebenden Verpflichtungen in Höhe von insgesamt 1.410 Millionen € (2016: 1.513 Millionen €) sind in den folgenden Jahren zu leisten:

Künftige Mindestleasingzahlungen von BASF aus Operating-Leasingverträgen (Millionen €)

	Nominalwert der künftigen Mindestleasingzahlungen	
	31.12.2017	31.12.2016
Bis 1 Jahr	362	360
1–5 Jahre	728	757
Über 5 Jahre	320	396
Summe	1.410	1.513

Die künftigen Mindestleasingzahlungen aus Unterleasingverträgen betragen basierend auf den bestehenden Vereinbarungen im Jahr 2017 10 Millionen € (2016: 12 Millionen €).

Im Ergebnis der Betriebstätigkeit waren im Jahr 2017 Mindestleasingzahlungen von 448 Millionen € (2016: 446 Millionen €) enthalten. Außerdem waren im Jahr 2017 bedingte Leasingzahlungen von 1 Million € (2016: 1 Million €) enthalten. Weiterhin wurden im Ergebnis der Betriebstätigkeit 2017 Leasingzahlungen aus Unterleasingverträgen von 3 Millionen € (2016: 4 Millionen €) berücksichtigt.

Verleaste Vermögenswerte

BASF tritt nur in unwesentlichem Umfang als Leasinggeber von Finanzierungsleasing auf. Die Forderungen aus Finanzierungsleasing lagen im Jahr 2017 bei 29 Millionen € (2016: 33 Millionen €).

Aus Operating-Leasingverträgen ergaben sich im Jahr 2017 Ansprüche in Höhe von insgesamt 93 Millionen € (2016: 89 Millionen €).

Künftige Mindestleasingzahlungen an BASF aus Operating-Leasingverträgen (Millionen €)

	Nominalwert der künftigen Mindestleasingzahlungen	
	31.12.2017	31.12.2016
Bis 1 Jahr	19	17
1–5 Jahre	50	49
Über 5 Jahre	24	23
Summe	93	89

Sonstige Erläuterungen

29 Kapitalflussrechnung und Kapitalstrukturmanagement

Kapitalflussrechnung

Im Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit waren folgende Zahlungen enthalten:

Millionen €	2017	2016
Ertragsteuerzahlungen	2.147	1.495
Zinszahlungen	409	459
Erhaltene Dividenden	498	225

Die Zinszahlungen beinhalteten 161 Millionen € (2016: 156 Millionen €) erhaltene und 570 Millionen € (2016: 615 Millionen €) gezahlte Zinsen.

Im Jahr 2017 übertrug BASF SE Wertpapiere im Wert von 500 Millionen € in den BASF Pensionstreuhand e.V., Ludwigshafen am Rhein. Diese Übertragung war nicht zahlungswirksam und hatte damit keine Auswirkung auf die Kapitalflussrechnung.

Im Jahr 2016 waren im Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit Rentenauszahlungen in Höhe von 262 Millionen € berücksichtigt, für die im Rahmen eines Contractual Trust Arrangements eine Vermögensdeckung besteht.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit beinhaltete Auszahlungen für Akquisitionen in Höhe von 150 Millionen € (2016: 2.828 Millionen €). Im Vorjahr fielen Auszahlungen insbesondere für den Erwerb des globalen Oberflächentechnik-Anbieters Chemetall von Albemarle Corp., Charlotte/North Carolina, an.

Einzahlungen aus Devestitionen betrugen 177 Millionen € im Jahr 2017 (2016: 664 Millionen €). Im Vorjahr hatten sich Einzahlungen vor allem aus der Veräußerung des Geschäfts mit Industrielacken des Unternehmensbereichs Coatings an die AkzoNobel-Gruppe sowie aus dem Verkauf des globalen Geschäfts mit Polyolefin-Katalysatoren an W.R. Grace & Co., Columbia/Maryland, ergeben.

Die Auszahlungen für Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 3.996 Millionen € enthielten die Investitionen des Jahres 2017, soweit diese bereits zahlungswirksam wurden.

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente unterlagen, wie auch im Vorjahr, keinen Verfügungsbeschränkungen aufgrund von Restriktionen.

🔖 Mehr zu den Cashflow-relevanten Informationen aus Akquisitionen und Devestitionen unter Anmerkung 2.4 ab Seite 187

Überleitungsrechnung gemäß IAS 7 (Millionen €)

	31.12.2016	Zahlungs- wirksam im Cashflow aus Finanzierungs- tätigkeit	Nicht zahlungswirksame Veränderungen				31.12.2017
			Akquisitionen/ Devestitionen/ Veränderungen des Konso- lidierungs- kreises	Wechselkurs- effekte	Sonstige Effekte	Änderungen des Fair Value	
Finanzschulden	16.312	2.330	4	-631	17	-	18.032
Darlehensverbindlichkeiten	357	-4	29	-6	-	-	376
Verbindlichkeit aus Finanzierungsleasing	106	-31	-	-5	54 ¹	-	124
Übrige finanzbedingte Verbindlichkeiten	516	542	-23	-3	26	-	1.058
Finanz- und ähnliche Verbindlichkeiten	17.291	2.837	10	-645	97	-	19.590
Vermögenswerte/Schulden von Absicherungsgeschäften	205	411	-	-	-	-734	-118
Summe	17.496	3.248	10	-645	97	-734	19.472

¹ Enthält Zugänge von Leasingverträgen

Die Überleitungsrechnung zeigt Änderungen solcher Finanzverbindlichkeiten und Absicherungsgeschäfte, deren Einzahlungen und Auszahlungen in der Kapitalflussrechnung im Cashflow aus Finanzierungstätigkeit gezeigt werden.

Die **Darlehensverbindlichkeiten** enthalten keine Zinsanteile.

Die **Übrigen finanzbedingten Verbindlichkeiten** beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Konten, die für das Cash-Pooling mit im Konzernabschluss nicht konsolidierten BASF-Gesellschaften verwendet werden. Sie werden in den Sonstigen Verbindlichkeiten innerhalb der Bilanzposition Übrige Verbindlichkeiten, die Finanzinstrumente darstellen, ausgewiesen.

Die **Vermögenswerte/Schulden von Absicherungsgeschäften** sind Bestandteile der Bilanzpositionen Derivate mit positiven beziehungsweise negativen Marktwerten und umfassen nur Geschäfte, die Risiken aus Finanzschulden und finanzbedingten Verbindlichkeiten mittels Mikro-Hedges absichern.

📖 Mehr zu Forderungen und sonstigem Vermögen unter Anmerkung 18 ab Seite 208

Mehr zu Verbindlichkeiten unter Anmerkung 24 ab Seite 218

Das bilanzielle Eigenkapital der BASF-Gruppe betrug zum 31. Dezember 2017 34.756 Millionen € (31. Dezember 2016: 32.568 Millionen €), die Eigenkapitalquote belief sich am 31. Dezember 2017 auf 44,1 % (31. Dezember 2016: 42,6 %).

Fremdkapital nimmt BASF bevorzugt über Kapitalmärkte auf. Zur kurzfristigen Finanzierung wird ein Commercial-Paper-Programm genutzt, während zur mittel- und langfristigen Finanzierung Unternehmensanleihen, die in Euro und anderen Währungen mit unterschiedlichen Laufzeiten begeben werden, zum Einsatz kommen. Ziel ist, das Fälligkeitsprofil ausgewogen zu gestalten, eine Diversifikation der Investoren zu erzielen und unsere Fremdfinanzierungskonditionen zu optimieren.

BASF verfügt derzeit über folgende Ratings, die von den Ratingagenturen zuletzt im vierten Quartal 2017 bestätigt wurden (Moody's: 19. Dezember 2017; Standard & Poor's sowie Scope: 18. Oktober 2017).

	Langfristige Finanzschulden	Kurzfristige Finanzschulden	Ausblick
31.12.2017			
Moody's	A1	P-1	stabil
Standard & Poor's	A	A-1	stabil
Scope	A	S-1	stabil

Kapitalstrukturmanagement

Ziel des Kapitalstrukturmanagements ist es, finanzwirtschaftlich flexibel zu bleiben, um das Geschäftsportfolio weiterentwickeln und strategische Optionen wahrnehmen zu können. Ziele der Finanzierungspolitik sind die Sicherung der Zahlungsfähigkeit, die Begrenzung finanzwirtschaftlicher Risiken sowie die Optimierung der Kapitalkosten.

Das Kapitalstrukturmanagement orientiert sich an den Anforderungen, die für einen uneingeschränkten Kapitalmarktzugang und ein solides A-Rating notwendig sind. Die Kapitalstruktur wird im Rahmen der Finanzplanung unter Berücksichtigung ausgewählter Finanzkennzahlen, wie zum Beispiel dynamischer Verschuldungsgrößen, gesteuert.

	Langfristige Finanzschulden	Kurzfristige Finanzschulden	Ausblick
31.12.2016			
Moody's	A1	P-1	stabil
Standard & Poor's	A	A-1	stabil
Scope	A	S-1	stabil

BASF strebt an, mindestens ein solides A-Rating zu halten, das einen uneingeschränkten Zugang zu den Geld- und Kapitalmärkten gewährleistet.

📖 Mehr zur Finanzierungspolitik und der Kapitalflussrechnung im Konzernlagebericht ab Seite 58

30 Aktienkursbasiertes Vergütungsprogramm und BASF-Aktienprogramm

Aktienkursbasiertes Vergütungsprogramm

Im Jahr 2017 wurde das seit 1999 bestehende aktienkursbasierte Vergütungsprogramm (sogenanntes Long-Term-Incentive- oder LTI-Programm) der BASF-Gruppe fortgeführt. Derzeit sind circa 1.200 Personen, insbesondere der Vorstand und die Senior Executives, zur Teilnahme am LTI-Programm berechtigt. Dieses Programm sieht die Gewährung von virtuellen Optionen vor. Bei Ausübung werden die Optionsrechte durch Barvergütung erfüllt (Cash Settlement).

Die Teilnahme am LTI-Programm ist freiwillig. Voraussetzung für die Teilnahme ist ein Eigeninvestment: Der Teilnehmer verpflichtet sich, für die Dauer von zwei Jahren ab Optionsgewährung BASF-Aktien in Höhe von 10 % bis 30 % seiner variablen Gehaltsbezüge zu halten (Haltefrist). Für die Anzahl der zu haltenden Aktien ist neben der variablen Vergütung der mit dem Volumen gewichtete Durchschnittskurs am ersten Handelstag nach der Hauptversammlung maßgeblich, der am 15. Mai 2017 87,84 € betrug.

Für jede eingebrachte BASF-Aktie erhält der Teilnehmer vier Optionsrechte. Jedes Optionsrecht besteht aus den Teilrechten A und B, deren Werthaltigkeit sich an unterschiedlichen Erfolgszielen (Hürden) orientiert: Teilrecht A ist werthaltig, wenn der Kurs der BASF-Aktie gegenüber dem Basiskurs bei Gewährung der Optionsrechte um mehr als 30 % gestiegen ist (absolute Hürde). Der Wert des Teilrechts A ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Börsenkurs am jeweiligen Ausübungstag und dem Basiskurs; er ist auf 100 % des Basis-kurses begrenzt. Teilrecht B wird werthaltig, wenn die kumulierte Wertsteigerung der BASF-Aktie den Anstieg des MSCI World Chemicals IndexSM (MSCI Chemicals) übersteigt (relative Hürde). Der Wert des Teilrechts B ergibt sich aus der doppelten prozentualen Outperformance der BASF-Aktie bei Ausübung, bezogen auf den Basiskurs; er ist begrenzt auf den um den rechnerischen Nennbetrag der BASF-Aktie verminderten Börsenschlusskurs bei Ausübung. Beginnend mit dem LTI-Programm 2013, ist das Teilrecht B jedoch nur dann werthaltig, wenn der Kurs der BASF-Aktie mindestens dem Basiskurs entspricht. Die Optionen des LTI-Programms 2017 wurden zum 1. Juli 2017 gewährt und können nach Ablauf einer zweijährigen Wartefrist zwischen dem 1. Juli 2019 und dem 30. Juni 2025 ausgeübt werden. Während der Ausübungsphase dürfen die Optionen innerhalb bestimmter Sperrfristen (Closed Periods) nicht ausgeübt werden. Jedes Optionsrecht kann nur insgesamt ausgeübt werden. Hierzu muss eine der Ausübungshürden überschritten worden sein. Ist die andere Ausübungshürde nicht übertroffen, verfällt das damit verbundene Teilrecht. Der maximal mögliche Ausübungsgewinn für einen Teilnehmer ist ab dem LTI-Programm 2013 auf das Fünffache des Eigeninvestments begrenzt. Für Programme aus Vorjahren beträgt der maximale Ausübungsgewinn das Zehnfache des Eigeninvestments. Die gewährten Optionen sind nicht übertragbar und verfallen, wenn der Teilnehmer vor Ablauf der zweijährigen Haltefrist Aktien aus seinem Eigeninvestment verkauft oder aus der BASF-Gruppe ausscheidet. Sie bleiben bei Eintritt in den Ruhestand erhalten. Für die Mitglieder des Vorstands ist die langfristige Ausrichtung des Programms gegenüber den für die übrigen Teilnehmer

geltenden Bedingungen deutlich verstärkt. Sie sind verpflichtet, mit mindestens 10 % der jährlichen variablen Ist-Vergütung an dem LTI-Programm teilzunehmen. Dabei gilt im Hinblick auf dieses verpflichtende Eigeninvestment (in Form von BASF-Aktien) eine verlängerte Haltefrist von vier Jahren. Eine Ausübung der Optionsrechte ist für die Mitglieder des Vorstands frühestens vier Jahre nach Gewährung (Wartefrist) möglich.

Die Programme 2010 bis 2016 entsprechen in ihrer Grundstruktur dem LTI-Programm 2017.

Die Modelle zur Bewertung der Optionspläne basieren auf der arbitragefreien Bewertung nach Black/Scholes. Die Marktwerte der Optionen werden mit Hilfe des Binomialmodells ermittelt.

Beizulegender Zeitwert der Optionen und Bewertungsparameter zum 31. Dezember 2017

		LTI-Programm des Jahres	
		2017	2016
Beizulegender Zeitwert	€	33,87	41,23
Dividendenrendite	%	3,38	3,38
Risikoloser Zinssatz	%	0,19	0,05
Volatilität BASF-Aktie	%	23,63	23,11
Volatilität MSCI Chemicals	%	14,22	14,34
Korrelation BASF-Kurs – MSCI Chemicals	%	73,41	76,13

Die genannten beizulegenden Zeitwerte und Bewertungsparameter betreffen die LTI-Programme der Jahre 2017 und 2016. Zur Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte wurde ein vom Gewinnpotenzial der Optionen abhängiges Ausübungsverhalten unterstellt. Für Programme aus Vorjahren wurden entsprechende beizulegende Zeitwerte ermittelt und Bewertungsparameter verwendet.

Die Volatilitäten wurden auf Basis der monatlichen Schlusskurse über einen historischen Zeitraum entsprechend der Restlaufzeit der Optionen ermittelt.

Die Anzahl der gewährten Optionen betrug 1.461.113 im Jahr 2017 und 1.710.404 im Jahr 2016.

Da durch Beschluss des Vorstands im Jahr 2002 die Optionsrechte bei Ausübung durch Barvergütung zu erfüllen sind, werden alle noch bestehenden Optionsrechte aus den Programmen 2010 bis 2017 zum 31. Dezember 2017 mit ihrem beizulegenden Zeitwert am Bilanzstichtag bewertet. Für Programme in der Wartefrist wird eine anteilige Rückstellung gebildet. Die LTI-Rückstellung sank aufgrund niedrigerer Marktwerte der ausstehenden Optionen von 464 Millionen € zum 31. Dezember 2016 auf 347 Millionen € zum 31. Dezember 2017. Der Verbrauch der Rückstellung betrug im Jahr 2017 49 Millionen € und im Jahr 2016 25 Millionen €. Der Ertrag aus der Auflösung der Rückstellung belief sich im Jahr 2017 auf 68 Millionen €. Im Vorjahr ergab sich ein Aufwand von 267 Millionen €.

Der gesamte innere Wert der ausübenden Optionen betrug 145 Millionen € zum 31. Dezember 2017 und 167 Millionen € zum 31. Dezember 2016.

BASF-Aktienprogramm

Das „Plus“-Programm wurde 1999 eingeführt und wird derzeit Mitarbeitern in Deutschland, in weiteren europäischen Ländern sowie in Mexiko angeboten. Eine gleichzeitige Teilnahme am „Plus“-Programm und an dem LTI-Programm ist ausgeschlossen.

Mitarbeiter, die am BASF-Aktienprogramm „Plus“ teilnehmen, erwerben als Eigeninvestment aus ihrer variablen Vergütung BASF-Aktien. Je zehn BASF-Aktien berechtigen nach ein, drei, fünf, sieben und zehn Jahren zum kostenlosen Bezug einer BASF-Aktie. Das erste und zweite Zehnerpaket berechtigt grundsätzlich in jedem der folgenden zehn Jahre zum kostenlosen Bezug einer BASF-Aktie.

Die Rechte verfallen, wenn der Teilnehmer sein Eigeninvestment in BASF-Aktien verkauft oder seine Tätigkeit für eine Gruppengesellschaft beendet beziehungsweise ein Jahr nach dessen Pensionierung. Die Anzahl der zu gewährenden Gratisaktien hat sich wie folgt entwickelt:

Zu gewährende Gratisaktien (Stück)

	2017	2016
Stand zum 01.01.	2.849.723	2.829.521
Neu erworbene Ansprüche	570.465	637.610
Ausgegebene Gratisaktien	–479.111	–519.984
Verfallene Ansprüche	–129.630	–97.424
Stand zum 31.12.	2.811.447	2.849.723

Die auszugebenden unentgeltlichen Aktien werden an dem Tag, an dem die Mitarbeiter mit ihrem Eigeninvestment das Bezugsrecht erwerben, zu ihrem Marktwert bewertet. Der Marktwert wird ermittelt auf Basis des Kurses der BASF-Aktie unter Berücksichtigung des Barwerts der während der Laufzeit des Programms nicht gezahlten Dividenden. Die gewichteten Marktwerte am Gewährungstag betrugen 86,02 € für das Programm 2017 und 67,90 € für das Programm 2016.

Der Marktwert der zu gewährenden Gratisaktien wird, über die Laufzeit des Programms verteilt, aufwandswirksam erfasst und in die Kapitalrücklage eingestellt.

Der Personalaufwand für das BASF-Aktienprogramm „Plus“ betrug im Jahr 2017 28 Millionen € und im Jahr 2016 28 Millionen €.

31 Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats

Millionen €	2017	2016
Erfolgsunabhängige und erfolgsbezogene Barvergütung des Vorstands	24,8	17,4
Marktwert der im Geschäftsjahr dem Vorstand gewährten Optionen zum Zeitpunkt ihrer Gewährung	2,7	4,0
Gesamtvergütung des Vorstands	27,5	21,4
Pensionsaufwendungen für Mitglieder des Vorstands	7,0	3,3
Bezüge des Aufsichtsrats	3,3	3,0
Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen ¹	7,6	15,9
Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen	144,3	150,4
Haftungsverhältnisse zu Gunsten von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats	–	–

¹ Die Bezüge für Dr. Harald Schwager und Margret Suckale aus ihrer aktiven Vorstandstätigkeit in 2017 sind unter Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstands enthalten.

Bemessungsgrundlage der erfolgsbezogenen Vergütung des Vorstands ist – neben der Leistung des Gesamtvorstands – die um Sondereffekte bereinigte Gesamtkapitalrendite, die ausgehend vom Ergebnis vor Ertragsteuern zuzüglich der Zinsaufwendungen bezogen auf das durchschnittliche Vermögen erwirtschaftet wird.

Den Mitgliedern des Vorstands wurden im Jahr 2017 im Rahmen des Long-Term-Incentive-Programms (LTI-Programm) 127.276 Optionsrechte gewährt.

Die Marktbewertung der Optionsrechte der aktiven und ehemaligen Mitglieder des Vorstands führte im Jahr 2017 zu einem Ertrag von insgesamt 5,8 Millionen €. Im Jahr 2016 entstand aus den Optionsrechten ein Aufwand in Höhe von 30,7 Millionen €.

📖 Mehr zur Vergütung der Mitglieder des Vorstands im „Vergütungsbericht“ ab Seite 140

Mehr zu den Mitgliedern des Aufsichtsrats und des Vorstands, einschließlich der von ihnen mitgeteilten Mandate, ab Seite 137

32 Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen (Related Parties)

Nahestehende Unternehmen und Personen sind juristische oder natürliche Personen, die auf die BASF-Gruppe Einfluss nehmen können oder die der Kontrolle, der gemeinschaftlichen Führung oder einem maßgeblichen Einfluss durch die BASF-Gruppe unterliegen. Insbesondere gehören hierzu die nicht konsolidierten Tochterunternehmen, Joint Ventures und assoziierte Unternehmen.

Die folgenden Tabellen zeigen den Geschäftsumfang mit nahestehenden Unternehmen, die im Konzernabschluss zu fortgeführten Anschaffungskosten oder at Equity bilanziert wurden.

Umsätze mit nahestehenden Unternehmen (Millionen €)

	2017	2016
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	413	395
Joint Ventures	379	317
Assoziierte Unternehmen	307	245

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber nahestehenden Unternehmen (Millionen €)

	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	136	135	77	73
Joint Ventures	69	76	75	92
Assoziierte Unternehmen	71	55	29	44

Übrige Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen (Millionen €)

	Übrige Forderungen		Übrige Verbindlichkeiten	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	172	176	180	178
Joint Ventures	306	196	734	97
Assoziierte Unternehmen	73	390	236	258

Die Umsätze sowie Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit nahestehenden Unternehmen umfassten hauptsächlich Geschäfte mit eigenen Produkten und Handelswaren, Vermittlungs- und Lizenzgeschäfte sowie sonstige betriebstypische Geschäfte.

Die übrigen Forderungen und Verbindlichkeiten resultierten hauptsächlich aus Finanzierungsgeschäften, für das Cash-Pooling verwendeten Konten, ausstehenden Dividendenzahlungen und Ergebnisabführungsverträgen sowie sonstigen finanzbedingten und operativen Geschäften und Sachverhalten.

Der Rückgang der übrigen Forderungen gegenüber assoziierten Unternehmen sowie der Anstieg der übrigen Forderungen gegenüber Joint Ventures ergab sich vor allem aus der Übertragung der Finanzierungsfunktion für die regulierten Gastransportaktivitäten in das neu gegründete Joint Venture W & G Infrastruktur Finanzierungs-GmbH, Kassel. Forderungen gegenüber den assoziierten Unternehmen GASCADE Gastransport GmbH, Kassel, und NEL Gastransport GmbH, Kassel, von 259 Millionen € wurden an W & G Infrastruktur Finanzierungs-GmbH übertragen und ein Darlehen in Höhe von 140 Millionen € an diese gegeben. Die ebenfalls an das Joint Venture übertragenen Barmittel wurden in den Cash-Pool der BASF-Gruppe eingelegt und führten zu einem Anstieg der übrigen Verbindlichkeiten gegenüber Joint Ventures um 665 Millionen €.

Der Rückgang der übrigen Verbindlichkeiten gegenüber assoziierten Unternehmen im Jahr 2017 um 22 Millionen € resultierte vor allem aus sonstigen finanzbedingten Verbindlichkeiten.

Seit der Einbringung des Lederchemikaliengeschäfts in die Stahl-Gruppe zum 29. September 2017 hält BASF eine Minderheitsbeteiligung mit maßgeblichem Einfluss an dem Mutterunternehmen der Stahl-Gruppe. Die seitdem aus Transaktionen mit der Stahl-Gruppe resultierenden Umsätze, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie übrigen Verbindlichkeiten sind in den oben aufgeführten Tabellen in den Werten des Jahres 2017 für assoziierte Unternehmen enthalten.

Die ausstehenden Salden gegenüber nahestehenden Unternehmen wurden grundsätzlich nicht gesichert und in bar beglichen. Der Bestand an Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber assoziierten Unternehmen erhöhte sich von 1 Million € zum 31. Dezember 2016 auf 9 Millionen € zum 31. Dezember 2017.

Die aufwandswirksame Zuführung zu diesen Wertberichtigungen betrug 5 Millionen € im Jahr 2017 und 1 Million € im Jahr 2016.

Der Bestand an Wertberichtigungen auf übrige Forderungen gegenüber nicht konsolidierten Tochterunternehmen verringerte sich von 79 Millionen € zum 31. Dezember 2016 auf 74 Millionen € zum 31. Dezember 2017. Die

aufwandswirksame Zuführung zu diesen Wertberichtigungen betrug 1 Million € im Jahr 2017 und 26 Millionen € im Jahr 2016.

Bei BASF bestanden Verpflichtungen aus Bürgschaften und sonstigen finanziellen Verpflichtungen zu Gunsten nicht konsolidierter Tochterunternehmen in Höhe von 5 Millionen € zum 31. Dezember 2017 und 3 Millionen € zum 31. Dezember 2016 und zu Gunsten assoziierter Unternehmen in Höhe von 23 Millionen € zum 31. Dezember 2017 und 21 Millionen € zum 31. Dezember 2016.

Es bestanden keine Verpflichtungen aus Kaufverträgen mit assoziierten Unternehmen zum 31. Dezember 2017; zum 31. Dezember 2016 betrugen sie 26 Millionen €. Verpflichtungen aus Kaufverträgen mit Joint Ventures betrugen 3 Millionen € zum 31. Dezember 2017, während zum 31. Dezember 2016 keine entsprechenden Verpflichtungen bestanden.

Der Barwert der zum 31. Dezember 2017 ausstehenden Mindestmietzahlungen von BASF SE an BASF Pensions-

kasse VVaG für ein Bürogebäude inklusive Parkfläche während der unkündbaren Grundmietzeit bis zum Jahr 2029 betrug 55 Millionen €.

Mit Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats und diesen nahestehenden Unternehmen und Personen wurden im Jahr 2017 keine berichtspflichtigen Geschäfte abgeschlossen.

 Mehr Informationen zu Tochterunternehmen, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen siehe „Anteilsbesitzliste der BASF-Gruppe 2017“ auf Seite 190

Mehr Informationen zu Sonstigen finanziellen Verpflichtungen zu Gunsten Joint Ventures siehe Anmerkung 25 ab Seite 220

Mehr Informationen zu den leistungsorientierten Plänen, die Risiken zwischen Gruppengesellschaften (inklusive nicht konsolidierte Tochterunternehmen) aufteilen, siehe „Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“ ab Seite 211

Mehr Informationen zu Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats siehe „Organe der Gesellschaft“ und „Vergütungsbericht“ ab Seite 137

33 Dienstleistungen des Abschlussprüfers

Unternehmen der BASF-Gruppe haben folgende Dienstleistungen von KPMG in Anspruch genommen:

Millionen €	2017	2016
Abschlussprüfung	18,6	17,5
davon Inland	6,4	6,4
Sonstige Bestätigungsleistungen	0,4	0,6
davon Inland	0,1	0,3
Steuerberatung	0,2	0,1
davon Inland	0,1	–
Sonstige Leistungen	0,1	0,3
davon Inland	–	0,3
Summe	19,3	18,5

Die Dienstleistungen des Abschlussprüfers umfassten vor allem Leistungen für die Abschlussprüfung und in geringerem Umfang Bestätigungsleistungen, Steuerberatung und sonstige Leistungen.

Die Abschlussprüfung betraf Aufwendungen für die Prüfung des Konzernabschlusses der BASF-Gruppe sowie der gesetzlich vorgeschriebenen Jahresabschlüsse der BASF SE und der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochter-

unternehmen und Joint Operations. Steuerberatungsleistungen betrafen insbesondere Honorare für die Fertigstellung ausstehender Steuererklärungen von im Jahr 2016 erworbenen Unternehmen. Honorare für sonstige Bestätigungsleistungen umfassten im Wesentlichen projektbegleitende Prüfungen im Zusammenhang mit regulatorischen Anforderungen sowie andere Bestätigungsleistungen.

34 Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex

Erklärung nach § 161 AktG

Die jährliche Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG wurde von

Vorstand und Aufsichtsrat der BASF SE im Dezember 2017 abgegeben und ist im Internet veröffentlicht.

 Mehr dazu unter basf.com/de/governance